

14. 01. 98

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die 43. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung
vom 9. bis 13. Oktober 1997 in Bukarest

Die 43. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung fand vom 9. bis 13. Oktober 1997 in Bukarest statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abg. Brigitte Schulte (SPD),
Amtierende Leiterin der Delegation,
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU),
Abg. Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU),
Abg. Heinrich Graf v. Einsiedel (PDS),
Abg. Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),
Abg. Lothar Ibrügger (SPD),
Abg. Dr. Dionys Jobst (CDU/CSU),
Abg. Dr. Ing. Dietmar Kansy (CDU/CSU),
Abg. Walter Kolbow (SPD),
Abg. Markus Meckel (SPD),
Abg. Manfred Opel (SPD),
Abg. Klaus-Dieter Uelhoff (CDU/CSU),
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD),
Abg. Dr. Norbert Wiczorek (SPD),
Abg. Uta Zapf (SPD),
Abg. Peter Zumkley (SPD)

Bundesrat:

Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz,
Stellvertretender Delegationsleiter,
Staatsminister Gerhard Bökel (SPD), Hessen,
Minister Dr. Arno Walter (SPD), Saarland

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse der Nordatlantischen Versammlung fanden am 10. und 11. Oktober 1997 (S. ff) statt, das Plenum tagte am 13. Oktober 1997 (S...ff).

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Sen. William V. Roth Jr.

(Vereinigte Staaten), eröffnet. Es folgten Ansprachen des Präsidenten der rumänischen Abgeordnetenkammer, **Ion Diaconescu** (S...), des Präsidenten des rumänischen Senats, **Petre Roman** (S...), sowie des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantikrats, **Javier Solana**, mit anschließender Frage- und Antwortstunde.

Die amtierende Leiterin der deutschen Delegation, Abg. **Brigitte Schulte** (Deutschland) brachte anschließend die Plenarentschließung zum Thema „Den globalen Herausforderungen gemeinsam begegnen – Die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft“ ein, zu der zahlreiche Änderungsanträge eingebracht und nach eingehender Diskussion abgestimmt wurden (Anhang, S...).

Politischer Ausschuß

Die Sitzung des Politischen Ausschusses fand am 10. und 11. Oktober 1997 unter Vorsitz des Abg. **Peter-son** (Norwegen) statt. Die Sitzung stand ganz im Zeichen der NATO-Erweiterung, der dazu erforderlichen Ratifikationsprozesse in den einzelnen nationalen Parlamenten sowie der Maßnahmen zur Einbindung der in der ersten Erweiterungsrunde nicht berücksichtigten Bewerberstaaten. Zunächst stellte Abg. **van Traa** (Niederlande) den Generalbericht des Politischen Ausschusses zum Thema „Nach dem Madrider NATO-Gipfel“ vor. Darin konstatierte der Generalberichterstatter, daß die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Madrid hinter den Erwartungen der Nordatlantischen Versammlung zurückgeblieben seien. Diese hatte auf ihrer Frühjahrstagung 1997 in Luxemburg eine erste Erweiterungsrunde befürwortet, der fünf und nicht lediglich drei Staaten angehören sollten. Es bleibe zu hoffen, daß im Rahmen der vorbereitenden Schritte, welche die drei eingeladenen Staaten unternehmen würden, um das Beitrittsziel zu erreichen auch ein „Erfahrungstransfer“ hin zu den übrigen Bewerberländern erfolgen werde. Im übrigen könne in der NAV einige Genugtuung über den Durchbruch bei den Verhandlungen über die

NATO-Erweiterung empfunden werden, da die Öffnung des Bündnisses von der Versammlung seit ihrer Jahrestagung 1991 in Madrid nachhaltig befürwortet worden sei. Während des im nächsten Jahr beginnenden Ratifizierungsprozesses werde die Versammlung wiederum eine besondere Rolle spielen.

Zu bedauern sei jedoch, so **van Traa**, daß auf dem Gipfel keine endgültige Entscheidung über die zukünftige NATO-Kommandostruktur gefällt werden konnte. Spanien sei zwar grundsätzlich bereit, der integrierten Kommandostruktur beizutreten, die französische Regierung habe jedoch nicht die Absicht, diesen Schritt bald zu tun. Für ihn bedeute dies, daß zwischen den Alliierten noch keine Einigkeit über die wahre Natur der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität herrsche. Der Bericht enthält weiterhin eine Analyse der besonderen Beziehungen der NATO zu Rußland auf der einen und zur Ukraine auf der anderen Seite. Die NATO-Rußland-Grundakte, die ein politisches Dokument und kein Vertrag sei, räume Rußland im Hinblick auf eine NATO-Erweiterung kein Vetorecht ein, mache aber das Engagement der NATO für das Streben nach einer Sicherheitspartnerschaft mit der Russischen Föderation deutlich. Im Hinblick auf die konkrete Umsetzung der Akte rät der Berichterstatter, den Gedanken einer gemeinsamen NATO-Rußland-Brigade als hervorragende vertrauensbildende Maßnahme ernst zu nehmen. Wichtig sei auch die Bemühung um eine frühzeitige Umsetzung der bahnbrechenden Vereinbarung über die Errichtung gegenseitiger militärischer Verbindungsmissionen sowie der in der Akte erwähnten möglichen Errichtung einer NATO-Mission in Moskau. Vor allem aber müsse durch eigenes Handeln deutlich gemacht werden, daß die Beziehungen zwischen Rußland und der NATO sich zu einer wirklichen Partnerschaft entwickeln könnten. Weiterhin müsse deutlich gemacht werden, daß das Bündnis für jeden in Frage kommenden europäischen Staat unabhängig von seiner geographischen Lage, was Rußland nicht grundsätzlich ausschließe, offen bleibe.

Im Hinblick auf die NATO-Ukraine-Charta stellte der Berichterstatter die Punkte heraus, in denen die Charta bewußt von der NATO-Rußland-Akte abweiche. So gebe es keinen „Rat“ für gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln sondern lediglich eine zweimal im Jahr zusammentretende „Kommission“, welche die Umsetzung der Charta überprüfen und der Verpflichtung zur Erarbeitung eines „Krisenkonsultationsmechanismus“ nachkommen solle. Beiden Dokumenten gemeinsam sei jedoch der ausdrückliche Wunsch nach einer Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der NAV und den entsprechenden Parlamenten. **Van Traa** schloß seinen Bericht mit einigen Bemerkungen zur Situation in Bosnien. Er appellierte an die Parlamentarier, die bisher unternommenen Anstrengungen nicht aus Ungeduld über den offensichtlich ohne ständigen internationalen Druck nicht vorhandenen Versöhnungswillen der Konfliktparteien einzustellen. Vielmehr sollten die Regierungen und der Kongreß der Vereinigten Staaten bereit sein, den für Juli 1998 angekündigten Rückzug der amerikanischen Truppen

aus Bosnien zu überdenken. Dies gelte auch für die europäischen und die übrigen Truppen. Die Bedingungen für die Erhaltung des Friedens seien ohne eine starke internationale SFOR II-Präsenz einfach nicht gegeben. Im übrigen verstehe es sich von selbst, daß die SFOR-Staaten einen greifbaren Beitrag zur Festnahme mutmaßlicher Kriegsverbrecher leisten sollten.

In der nachfolgenden Debatte berichtete Abg. **Karsten Voigt** (Deutschland), daß im Deutschen Bundestag 70-80 % der Abgeordneten eine NATO-Osterweiterung befürworteten. Weiterhin gebe es einen Konsens für eine frühe Ratifizierung. Es gelte, nicht auf den US-Senat zu warten, sondern durch eine schnelle Ratifizierung ein Signal zu setzen. Seiner Auffassung nach hätte es im Deutschen Bundestag sogar für fünf neue Bündnismitglieder eine Mehrheit gegeben. Nun hänge die Glaubwürdigkeit der USA sowie ihre Führungsrolle in der NATO von der Ratifizierung der Erweiterung durch den Senat ab. Wichtig sei, daß die NATO für weitere Mitglieder offen bleibe. Im Hinblick auf die Kosten der NATO-Erweiterung sei festzuhalten, daß diese minimal seien und zum größten Teil von den neuen Mitgliedern getragen werden müßten. An die Adresse der Erweiterungskandidaten richtete er den Hinweis, sich vor der Ratifizierung nicht von der US-Rüstungsindustrie unter Druck setzen zu lassen. Die französische Delegation stellte klar, daß der Streit um das NATO-Südkommando eine eher symbolische Frage sei, und daß es vielmehr darum gehe, ein echtes Gleichgewicht in der NATO zu schaffen. Die Lastendiskussion erscheine insofern unverständlich, als die USA massive politische und wirtschaftliche Interessen in Europa hätten. Für die Zukunft werde eine NATO gebraucht, welche auf zwei Pfeilern, USA und Europa, stehe. Abg. **Uta Zapf** (Deutschland) schloß sich den Auffassungen des Generalberichterstatters im Hinblick auf die SFOR-Nachfolge an und forderte die USA auf, in Bosnien zu bleiben. Die slowenische Delegation gab ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, in der ersten Erweiterungsrunde nicht dabei gewesen zu sein, obwohl man alle Kriterien erfüllt habe und eine Aufnahme ein stabilisierendes Zeichen für Ex-Jugoslawien gewesen wäre. Nun hoffe man auf eine baldige zweite Runde. Abg. **Pastusliak** (Polen) bedauerte, daß in den USA eine unglückliche Kostendiskussion entstanden sei. Die NATO-Erweiterung dürfe nicht an den Kosten scheitern. Dies um so weniger als es unterschiedlichste Schätzungen gebe, deren Prognosen weit auseinander lägen. So seien die Kostenschätzungen polnischer Institute weit niedriger angesetzt als die der US-Institute. Die zu dem Generalbericht gehörende Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen, nachdem sie vorher durch einige Änderungsanträge, unter anderem von Seiten des deutschen Delegationsleiters, Abg. **Klaus Francke**, schriftlich konkretisiert worden war.

Die Abg. **Just** (Dänemark) und **Goss** (Vereinigte Staaten) stellten den Zwischenbericht des Unterausschusses „NATO-Erweiterung und die neuen Demokratien“ vor. In diesem Bericht zum Thema „Die Ratifikation der NATO-Erweiterung“ nehmen die Ko-Berichterstatter Stellung zu einer Reihe von kritischen

Fragen, welche von Gegnern der NATO-Erweiterung häufig vorgetragen werden, wie beispielsweise der Frage nach der militärischen Bedrohung, auf die mit einer NATO-Erweiterung reagiert werden müsse oder der Frage nach den Auswirkungen der Einbeziehung der neuen NATO-Mitglieder in die Rechte und Privilegien der derzeitigen NATO-Mitgliedsländer. Nach der Auseinandersetzung mit diesen Fragen kamen die Berichterstatter zu dem Schluß, daß die Erweiterung in allererster Linie eine politische und strategische Entscheidung sei. Der Prozeß der Ratifizierung könne jedoch durch die Herstellung größerer Klarheit im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten eindeutig beschleunigt werden. Auch wenn die Erstellung eines objektiven NATO-Berichtes über dieses Problem möglicherweise eine schwierige politische Aufgabe darstelle, würde er jedoch die Diskussionen sowohl innerhalb des Bündnisses selbst als auch innerhalb der einzelnen derzeitigen sowie zukünftigen beteiligten Mitgliedstaaten erleichtern. Gleichzeitig sei zu beachten, daß die Kostenfrage keinen Anlaß darstellen dürfe, die Frage, ob es eine NATO-Erweiterung geben solle, neu heraufzubeschwören. Denn die Zeit für eine Erweiterung der NATO sei endgültig reif gewesen, und nunmehr sollte dieser einmal eingeschlagene Weg fortgesetzt werden.

Der Abg. **Pastusiak** (Polen) hatte für den Unterausschuß „Transatlantische und europäische Beziehungen“ den Bericht zum Thema „Polen auf dem Weg zur NATO“ vorbereitet. Mit diesem Bericht wolle er darauf hinweisen – so **Pastusiak** –, daß die Vorbereitungen Polens für den Beitritt zur NATO schon lange vor der auf dem Gipfeltreffen in Madrid ausgesprochenen Einladung begonnen worden waren. Dieser Prozeß, der mit der Formulierung einer polnischen NATO-Mitgliedschaft als strategischem Ziel im Jahre 1992 begonnen habe, könne unter Umständen als Beispiel für andere Länder dienen. Ein Meilenstein auf dem Weg zu diesem Ziel sei die intensive Mitarbeit Polens in der Partnerschaft für den Frieden (PPF) gewesen. Parallel hierzu habe Polen bilaterale Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit einzelnen Mitgliedsländern geschlossen. Per Gesetz vom Dezember 1995 habe Polen die zivile und demokratische Kontrolle der Streitkräfte verwirklicht. Ziel des von der Regierung verabschiedeten Entwicklungsprogramms für die polnischen Streitkräfte sei neben der Verbesserung der Qualität der Streitkräfte vor allem die Herstellung der Interoperabilität mit den Streitkräften der NATO-Mitgliedstaaten. Diese werde zunächst in den Bereichen der Partnerschaft für den Frieden, d.h. im Bereich friedenswahrender und friedensherstellender Aktivitäten sowie humanitärer Hilfs- und Rettungsoperationen, hergestellt. **Pastusiak** schloß seinen Bericht mit einer Stellungnahme zur NATO im 21. Jahrhundert aus polnischer Perspektive. In diesem Zusammenhang betonte er die Notwendigkeit, die derzeitige Politik der Allianz beizubehalten, keine Unterscheidung der Mitgliedsstaaten in Mitglieder erster und Mitglieder zweiter Klasse zuzulassen. Auch aus polnischer Sicht solle kein Staat, der die Kriterien des Artikels 10 des Washingtoner Vertrages erfülle, a priori von einem Beitritt zur NATO ausgeschlossen sein. Auf die Frage

eines Mitglieds des Europäischen Parlamentes hin erläuterte **Pastusiak**, daß Polen zweieinhalb Prozent seines Bruttosozialproduktes für militärische Zwecke ausbehalte und damit dem Durchschnitt der NATO-Mitgliedstaaten entspreche. Weiterhin wies **Pastusiak** darauf hin, daß der polnische Bericht über die voraussichtlichen Kosten der NATO-Erweiterung weitaus niedrigere Kostenschätzungen enthalte als amerikanische Studien, weil er die Kosten für eine Modernisierung der polnischen Streitkräfte nicht enthalte. Diese Kosten seien nicht in die Rechnung eingestellt worden, da sie ohnehin angefallen wären.

Über den Prozeß der Ratifikation der NATO-Erweiterung in den Vereinigten Staaten informierte **Cameron Munter**, ein Assistent des Sonderberaters des Präsidenten der Vereinigten Staaten für die Ratifikation der NATO-Erweiterung. **Munter** hob hervor, daß die Entscheidung über die NATO-Erweiterung die erste große Abstimmung im amerikanischen Kongreß nach dem Zweiten Weltkrieg sei, mit der die amerikanischen Verbindlichkeiten gegenüber Europa bekräftigt werden würden. Für ein positives Ergebnis seien 67 Ja-Stimmen im Senat erforderlich. Das eigens gegründete „NATO enlargement ratification office“ sei jedoch nicht nur dafür zuständig, die Bedingungen für eine positive Abstimmung zu schaffen, sondern auch dafür, sicherzustellen, daß die amerikanische Bevölkerung über den Erweiterungsprozeß bestmöglich informiert wird. Eine der immer wieder gestellten Fragen sei, ob die drei neuen Mitglieder für die NATO eher eine Bürde darstellten, d.h. Konsumenten von Sicherheit, oder aber ob sie auch Produzenten von Sicherheit sein würden. Aus der Sicht der Experten werde letzteres befürwortet. Einzugestehen sei, daß die Frage der Kosten sich zu einer Schlüsselfrage entwickelt habe. Hier erhoffe man sich weitere Klarheit von dem angekündigten Bericht des NATO-Rates. Mit der eigentlichen Abstimmung im Senat werde für Mitte März gerechnet. Auf die Frage des Abg. **van Traa** (Niederlande), warum nicht bereits in Madrid fünf Bewerber zum Beitritt eingeladen worden seien, antwortete **Munter**, daß im Hinblick auf Rumänien alle entscheidenden Beitrittskriterien zwar erfüllt, aber noch nicht genügend gesichert gewesen seien. Für die erforderliche tiefe Verankerung der notwendigen Strukturen hätten diese noch nicht lange genug bestanden. Die Rumänen seien jedoch darin bestärkt worden, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Im Hinblick auf Slowenien habe das Problem eines nicht ausreichenden militärischen Beitrages bestanden. Die Nichtaufnahme Sloweniens in die erste Erweiterungsrunde sei keine Absage an dieses Land sondern stelle lediglich eine Verschiebung der Aufnahme dar. Man habe sich mit dem Ziel, den Erfolg der ersten Erweiterungsrunde sicherzustellen, dafür entschieden, sich zunächst auf lediglich drei Beitrittskandidaten zu konzentrieren. Der demokratische Abg. **Lantos** (Vereinigte Staaten) erläuterte, daß er Angehöriger der Minderheit im US-Kongreß gewesen sei, welche die Einladung von fünf Beitrittskandidaten befürwortet habe. Er habe vorgeschlagen, die fünf aussichtsreichsten Bewerber gleichzeitig zu einem Beitritt einzuladen ohne damit jedoch eine Zusage im Hinblick auf eine gleichzeitige Zulassung zu verbind-

den. Diese Vorgehensweise wäre seines Erachtens psychologisch sinnvoll gewesen.

Einen unmittelbaren Eindruck von der aktuellen Situation in Bosnien-Herzegowina gab Botschafter **Kai Eide** (Norwegen), der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die UN-Mission in Bosnien-Herzegowina. **Eide** beschrieb, daß aufgrund des wiederhergestellten Friedens ein Aufwärtstrend in Bosnien-Herzegowina verzeichnet werden könne. Zu beachten sei jedoch, daß die Lage auf dem Land noch sehr viel kritischer sei als in Sarajewo selbst, wo vieles bereits wiederaufgebaut worden sei. Von der geschätzten Zahl von einer Million Flüchtlingen seien 1996 90 000 und 1997 85 000 Menschen zurückgekehrt. Demokratische Strukturen könnten jedoch nur mit militärischer Unterstützung aufgebaut werden. Ohne SFOR gebe es, so der Botschafter, in Bosnien-Herzegowina keinen dauerhaften Frieden. Eine Aufgabe der UN-Mission in Bosnien-Herzegowina sei die Überwachung der Polizeireform. Diese Aufgabe könne nicht ohne die Unterstützung durch die SFOR-Truppen vollbracht werden. Derzeit sei bereits absehbar, daß die erforderlichen Aufbauarbeiten sowie Strukturreformen bis zum Juni 1998 nicht abgeschlossen sein würden. Als nicht ausreichend bezeichnete **Eide** die propagierte „over the horizon“-Lösung, da diese kein ausreichendes Druckmittel darstelle. Es gelte eine multiethnische Struktur aufzubauen. Derart pluralistische Strukturen würden derzeit jedoch noch von zu vielen Politikern abgelehnt. Botschafter **Eide** forderte die Parlamentarier auf, sich bei Besuchen nicht nur durch Bekannte und einflußreiche Politiker informieren zu lassen. Er plädierte dafür, den vielen oppositionellen Politikern durch Gespräche und Begegnungen moralische Unterstützung zu leisten. Abg. **Karsten Volgt** (Deutschland) wies darauf hin, daß von Seiten europäischer politischer Organisationen finanzielle und organisatorische Hilfe für Politiker moderater Parteien zur Verfügung gestellt worden sei. Diese Unterstützung nicht nationalistischer Parteien sei insbesondere in Tuzla sehr erfolgreich gewesen. Die Fragen der Abgeordneten **Viggers** (Vereinigtes Königreich), **van Traa** (Niederlande) und **Lantos** (Vereinigte Staaten) zielten auf einen realistischen Zeitplan ab. Botschafter **Eide** bat jedoch um Verständnis dafür, daß er den Zeitpunkt des Abschlusses der internationalen Hilfsprojekte nicht festlegen könne. Derzeit könne lediglich konstatiert werden, daß dem Dayton-Abkommen ohne eine glaubwürdige militärische Präsenz nach dem Juni 1998 „das Rückgrat gebrochen“ würde. Staatsminister **Gerhard Bökel** (Deutschland) stellte klar, daß das Abkommen von Dayton seines Erachtens auf eine Illusion gebaut sei. Er verwies darauf, daß Deutschland 350 000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen habe, von denen ein großer Teil noch immer in Deutschland lebe, da es nicht möglich sei, die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzuschicken. Er forderte daher, daß bei der Entscheidung über die Beendigung einer militärischen Präsenz in Bosnien-Herzegowina die Rückkehroptionen für die Flüchtlinge mitbedacht werden müßten. Oft handele es sich bei den Flüchtlingen um junge Menschen, die für den Aufbau der vom Krieg zerstörten Gebiete dringend

benötigt würden. Gerade die Vereinigten Staaten, die das Abkommen von Dayton ermöglicht hätten und damit einen großen Erfolg erzielt hätten, dürften sich jetzt nicht zurückziehen. Denn ein zu früher Rückzug der militärischen Präsenz würde nicht nur die Rückkehr von Flüchtlingen verhindern, sondern neue Flüchtlingströme verursachen.

Anschließend stellte Frau **Petre**, Leitende Beraterin des rumänischen Präsidenten in internationalen Angelegenheiten, die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zur Integration in die europäischen und transatlantischen Strukturen dar. Sie erläuterte die zahlreichen bilateralen und trilateralen Kooperationsverträge, die Rumänien kürzlich abgeschlossen habe. Dabei handele es sich sowohl um militärische und strategische Partnerschaften, wie um pragmatische Kooperationsprojekte zur Verbesserung der Infrastruktur und der wirtschaftlichen Entwicklung, als auch um die gemeinsame Bekämpfung nicht militärischer Risiken wie des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität. Frau **Petre** verwies darauf, daß der reibungslose Regierungswechsel nach den Wahlen zeige, daß die Demokratie in Rumänien Wurzeln geschlagen habe. Marktwirtschaftliche Strukturen würden so schnell wie möglich aufgebaut. Besonders betonte sie, daß die NATO für Rumänien nicht nur einen Schutzschirm darstelle, sondern eine Gemeinschaft von Werten bedeute, welche auch von Rumänien geteilt würden. Da man in Rumänien diese Werte teile, empfinde man die kleine erste Erweiterungsrunde nur als Aufschub und nicht als Absage an den rumänischen Beitrittswunsch. Abg. **Karsten Volgt** (Deutschland) würdigte die Entwicklungen in Rumänien als klares Signal dafür, daß die Rumänen beschlossen hätten, nicht in der Ecke zu sitzen, sondern den Prozeß der Reorientierung und des Aufbaus fortzuführen und zu Ende zu bringen. Die aus der Geschichte erklärbaren Konflikte Rumäniens mit seinen Nachbarn seien entweder bereits vollständig beigelegt oder befänden sich in einer Konsolidierungsphase. Die Aussicht auf einen Beitritt Rumäniens zur NATO stelle für dieses Land mit seiner jahrhundertelangen Geschichte der Unterdrückung und der Unfreiheit eine historische Chance dar. Aus diesem Grunde sei die Zustimmung in der Bevölkerung größer als in Polen. Seines Erachtens werde die zweite Runde spätestens 1999 eröffnet, während die informelle Debatte über eine zweite Erweiterungsrunde spätestens mit dieser Tagung der Nordatlantischen Versammlung in Bukarest begonnen habe.

Anschließend nahm der Ausschuß den Bericht des Unterausschusses „Transatlantische und europäische Beziehungen“ zum Thema „Sich ergänzende Pfeiler der europäischen Sicherheit: das OSZE-Sicherheitsmodell und der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat“ zustimmend zur Kenntnis, den der Berichterstatter **George** (Vereinigtes Königreich) vorgelegt hatte. In der Diskussion machte Abg. **Uta Zapf** (Deutschland) auf das Konfliktpräventionszentrum der OSZE aufmerksam. Die zukünftig zu erwartenden Konflikte würden eher innerstaatlicher als interstaatlicher Natur sein. Die Möglichkeiten, auf derartige Krisen zu reagieren, sollten innerhalb der OSZE ausgebaut und verstärkt werden. Es gelte daher, dieses Zentrum

sowohl finanziell, als auch organisatorisch zu stärken. Weiterhin forderte Abg. **Uta Zapf**, der OSZE im Falle der Konfliktprävention eine Koordinierungsfunktion zu übertragen.

Abschließend stellte der Vorsitzende des Politischen Ausschusses, Abg. **Petersen** (Norwegen) seinen vorläufigen Beitrag zu der Studie „Die Nato im 21. Jahrhundert“ vor. Die Zusammenführung der unterschiedlichen Beiträge der Ausschußvorsitzenden obliegt dem Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses, **Stanley Sloan**. Dieser führte zur weiteren Vorgehensweise bei der Erstellung der genannten Studie aus, daß es dabei nicht darum gehe, die Entwicklung der NATO vorherzusagen, sondern vielmehr deren Entwicklung zu beeinflussen. Angesichts der veränderten Situation im unmittelbaren Umfeld des Nordatlantischen Bündnisses müsse das strategische Konzept der NATO bearbeitet werden. Mit Hilfe des geplanten Berichtes zur NATO im 21. Jahrhundert habe die Nordatlantische Versammlung die Chance, auf diesen Prozeß der Überarbeitung Einfluß zu nehmen.

Am Ende der Sitzung wurden die Abg. **Lantos** (Vereinigte Staaten) und **Verivalkis** (Griechenland) zu stellvertretenden Vorsitzenden des Politischen Ausschusses gewählt. Der Vorsitzende Abg. **Petersen** (Norwegen), der stellvertretende Vorsitzende **Viggers** (Vereinigtes Königreich) sowie der Generalberichterstatter Abg. **van Traa** (Niederlande) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Die Mandatsträger des Unterausschusses „NATO-Erweiterung und neue Demokratien“ wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt, der Abg. **Wood** (Kanada) wurde neben dem Abg. **Hans-Dirk Bierling** (Deutschland) zum stellvertretenden Vorsitzenden neu gewählt. Die Mandatsträger des Unterausschusses „Transatlantische und europäische Beziehungen“ wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit tagte am 10. und 11. Oktober 1997 unter dem Vorsitz des Abg. **Anders C. Sjaastad** (Norwegen). Im Vordergrund der Ausschußarbeit stand die Beratung des Berichts und des Entschließungsentwurfs der Abg. **van Heemskerck Pillis-Duvekot** (Niederlande) über den Verlauf der SFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina und die Frage ihrer Fortführung über Juni 1998 hinaus. Weiterhin standen Berichte über den Zustand der russischen Streitkräfte, die Reform der Militärstruktur der NATO, der Stand der Beziehungen der Allianz zu Ungarn und Rumänien sowie die Sicherheit in der Arktis und im Mittelmeerraum auf der Tagesordnung. Als Gastredner vor dem Ausschuß sprachen der rumänische Verteidigungsminister **Babluac** und der Chef des rumänischen Generalstabs, General **Degeratu**, sowie der Generaldirektor der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen, Herr **José Bustanl**.

Für das Gastgeberland Rumänien stellten Verteidigungsminister **Babluac** und der Chef des rumänischen Generalstabs, General **Degeratu**, die sicherheitspolitischen Zielsetzungen und die gegenwärtigen militärischen Reformbestrebungen des Landes dar. Beide

Redner unterstrichen die Entschlossenheit Rumäniens, die Bemühungen um eine vollständige Integration in die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen fortzusetzen. Ziel der gegenwärtigen Neustrukturierung der nationalen Streitkräfte sei neben der Gewährleistung der eigenen Sicherheit die Fähigkeit, einen effizienten Beitrag zur Stabilität in der Region leisten zu können. Des Weiteren müsse die Möglichkeit zur militärischen Kooperation im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden und multinationalen Friedenseinsätzen sowie die Interoperabilität in Bereichen wie Kommando- und Truppenstruktur, Kommunikation und Logistik sowie Infrastruktur weiter ausgebildet werden. Die bereits erzielten Fortschritte im Bereich der Armeereform, die Stärkung der demokratischen Kontrollmechanismen sowie die aktive Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden und der Arbeit des Nordatlantischen Kooperationsrates seien entscheidende Schritte, die Rumänien auf dem Weg zur NATO-Vollmitgliedschaft bereits zurückgelegt habe.

Abg. **Mateman** (Niederlande) stellte die beiden Berichte der Sondergruppe „Mittelmeerraum“ zur Rolle der NATO in der Mittelmeerregion und der Entwicklung des Friedensprozesses im Nahen Osten vor. Obwohl die Allianz intensiv mit Fragen der bevorstehenden Öffnung für neue Mitglieder in Mittel- und Osteuropa, dem Verhältnis zu Rußland und den Friedensbemühungen in Bosnien befaßt sei, dürfe die Sicherheitslage im Mittelmeerraum bei der gegenwärtigen Diskussion über die Reform der Bündnisstrukturen nicht unberücksichtigt bleiben. Die Analyse der aktuellen Spannungszentren in der Region zeige die Notwendigkeit auf, den bestehenden Dialog mit den regionalen Partnern im Rahmen einer kohärenten Mittelmeerpolitik zu vertiefen. Vor diesem Hintergrund sei die kürzlich von den Regierungen der Bündnisstaaten eingesetzte Mittelmeerkoooperationsgruppe eine begrüßenswerte Initiative. Enttäuschend sei allerdings, daß auf militärischer Ebene bisher nur wenige Fortschritte in der Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainern zu verzeichnen seien. Hinsichtlich der Lage im Nahen Osten lasse die steigende Spannung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn weitreichende Folgen für die Stabilität der Region befürchten. Die Entscheidung über eine Fortsetzung des Friedensprozesses liege allein in der Verantwortung der palästinensischen und vor allem der israelischen Führung. Die Vereinigten Staaten und Europa seien aber in der Pflicht, bei der Erarbeitung eines für alle Seiten akzeptablen Lösungsansatzes Hilfestellung zu leisten.

Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) stellte den Entwurf eines Zwischenberichtes des Unterausschusses „Zukunft der Streitkräfte“ zur Entwicklung der Partnerschaft für den Frieden vor. Vor dem Hintergrund des veränderten europäischen Sicherheitsumfeldes und im Anschluß an den Madrider NATO-Gipfel müsse der Frage eines langfristigen Konzepts für die „PfP“ verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Partnerschaft für den Frieden habe nicht nur einen neuen Sicherheitsrahmen, sondern auch eine Atmosphäre des Vertrauens in Europa geschaffen. Ausgehend von diesen Erfahrungen sei es essentiell,

neue Ansätze zu ihrem weiteren Ausbau zu entwickeln. Abg. **Peter Zumkley** (Deutschland) würdigte den vorliegenden Bericht als gelungenen Beitrag zur Fortführung und Anregung der laufenden Diskussion über die Zukunft der Partnerschaft für den Frieden. Zu berücksichtigen seien in diesem Rahmen auch die zivilen Aspekte internationaler Zusammenarbeit wie Katastrophenhilfe und -management. Nötig sei eine Struktur, die in der Lage sei, internationale Einsätze und Hilfsaktionen in diesem Bereich zu organisieren. Die im Rahmen der „PfP“ bereits vorhandenen Ansätze in dieser Richtung müßten weiterverfolgt werden.

Im Anschluß führten die Ko-Berichtersteller **Tamas Wachslor** (Ungarn) und **Ion Ratiu** (Rumänien) den Zwischenbericht zum Stand der Vorbereitungsprozesse in Ungarn und Rumänien fort. Die dazu zusammengestellten Informationen umfaßten nicht nur den Stand der Streitkräftereformen, die Ausgestaltung der zivilen Kontrolle des Militärs sowie außen- und innenpolitische Tendenzen, sondern auch die Kommentierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen in beiden Ländern. Damit der in Madrid mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn begonnene Erweiterungsprozeß keine neuen Trennlinien durch Europa ziehe und die Tür zur NATO-Mitgliedschaft auch für weitere mittel- und osteuropäische Bewerber offen bleibe, sei es von Bedeutung, die erweiterte NATO und die Partnerschaft für den Frieden als zwei sich gegenseitig ergänzende Pfeiler der zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur zu betrachten und die in der ersten Beitrittsrunde nicht berücksichtigten Kandidaten kontinuierlich in ihren Reformbestrebungen zu unterstützen. Unterbleibe dieser Rückhalt, seien nicht nur ernsthafte Auswirkungen auf die mittel- und osteuropäischen Länder selbst, sondern auch eine Beeinträchtigung der gesamten Euro-Atlantischen Sicherheit zu befürchten.

In seinem Entwurf für einen Generalbericht des Verteidigungsausschusses ging Generalberichterstatter **Rafael Estrella** (Spanien) im Anschluß an seinen Vorjahresbericht auf die inneren Reformprozesse der Allianz nach dem Madrider Gipfel ein. Anders als bei der klaren Entscheidung über die zukünftige Aufnahme neuer Mitgliedstaaten habe der Madrider Gipfel im Bereich der Anpassung der NATO-Militärstruktur bedauerlicherweise nicht die erhofften Fortschritte erzielt. Trotz eines grundsätzlichen Konsens über weite Teile der Reform sei der Eindruck entstanden, daß einige Anpassungsfragen nach wie vor politisch umstritten und nicht isoliert zu lösen seien. In der anschließenden Diskussion ging Abg. **Karsten Voigt** (Deutschland) näher auf die Schwierigkeit der Divergenz nationaler Interessen im Bereich der Besetzung von NATO-Kommandopositionen ein. Eng damit verknüpft seien Fragen der Ausbildung einer Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität. Abg. **Delaneau** (Frankreich) betonte, daß sein Land nicht die Absicht habe, die gegenwärtige Strukturreform des Bündnisses zu bremsen. Obwohl sich Frankreich zur Zeit nicht zu einer Rückkehr in die Militärstruktur der Allianz entschließen könne, verfolge es einen positiven und konstruktiven Ansatz

in der gegenwärtigen Reformdiskussion. Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten) bedauerte die Entscheidung der französischen Regierung, gegenwärtig keine Schritte zu einer militärischen Reintegration in das Bündnis zu unternehmen, die aus amerikanischer Sicht nicht nur eine grundsätzliche Stärkung der Allianz impliziere, sondern vor allem auch zu der Herausbildung des europäischen Pfeilers der NATO beitragen könne.

Anschließend stellte Gastredner **José Bustani** die am 29. April 1997 in Kraft getretene Chemiewaffen-Konvention in den Mittelpunkt seines Vortrags über die internationalen Fortschritte im Bereich der Nichtverbreitung chemischer Waffen. Im Anschluß an die Darstellung des durch die Konvention geschaffenen Verifikationssystems gab er einen Überblick über die Struktur und Aufgaben der neu eingerichteten Organisation für das Verbot Chemischer Waffen sowie die bisher in 17 Vertragsstaaten durchgeführten Inspektionseinsätze. Die erste Implementierungsphase der vergangenen sechs Monate habe bereits erheblich zur Identifizierung ehemaliger und gegenwärtiger Chemiewaffenaktivitäten beigetragen. Von großer Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Konvention und ihrer Mechanismen sei die Erweiterung des Vertragsstaatenkreises um weitere Schlüsselländer, insbesondere Rußland, das die Konvention bereits unterzeichnet, aber noch nicht endgültig ratifiziert habe.

Für den Unterausschuß „Sicherheit im Norden“ führten die Abgeordneten **Hoekema** (Niederlande) und **Rompkey** (Kanada) den Zwischenbericht zum Thema „Keine Sicherheit in der Arktis ohne Rußland“ fort. Nach einem Überblick über das Ausmaß und die Folgen bisheriger militärischer Aktivitäten in der Arktisregion, zeigten die Ko-Berichtersteller Ansatzpunkte für eine breit angelegte Strategie zur Lösung der gegenwärtigen Sicherheitsrisiken auf. Dabei müsse auch zukünftig die Beteiligung Rußlands an gemeinsamen Projekten ermutigt werden. Angesichts der ernsthaften Gefahr, welche für die Bevölkerung Nordeuropas von Nuklearmüll und den zum Teil stillgelegten atomgetriebenen U-Booten in der Arktis ausgehe, seien Sofortmaßnahmen erforderlich.

Anschließend stand erneut der Generalberichtsentswurf über den „Zustand der russischen Streitkräfte“ auf der Tagesordnung. Generalberichterstatter **Rafael Estrella** (Spanien) wies auf die Entwicklungen der letzten sechs Monate hin, die berechtigten Anlaß zu der Einschätzung böten, daß sich die gegenwärtig schwierige Situation der russischen Armee zum besseren entwickeln könne. Der Abschluß des Friedensabkommens zwischen Rußland und Tschetschenien sei in diesem Zusammenhang ebenso zu berücksichtigen wie die Eröffnung der russischen Partnerschaft mit der Allianz durch die Unterzeichnung der NATO-Rußland-Grundakte. Einen weiteren Schritt stelle die Ankündigung Präsident Jelzins vom Juli 1997 dar, die Reform der russischen Streitkräfte nunmehr energisch voranzutreiben. Da es ohne ein stabiles, demokratisches Rußland keinen dauerhaften Frieden in Europa geben könne, habe die Frage des Zustands der russischen Armee nicht nur für Rußland, sondern auch für seine Nachbarstaaten und die Mitglieder

der Allianz große Bedeutung. Wünschenswert sei, daß die NATO Rußland über die bereits bestehenden Kooperationsprogramme hinaus weiter unterstütze. Für die Nordatlantische Versammlung biete die Zusammenarbeit mit der russischen Delegation eine wichtige Möglichkeit des Meinungsaustausches zu diesem Themenbereich.

Abg. **Volkov** (Russische Föderation) stellte weitere Einzelheiten der gegenwärtigen Situation der nationalen Streitkräfte dar. Berücksichtigt werden müsse, daß der Rückzug russischer Truppen aus Europa und den ehemaligen Sowjetrepubliken vor allem auch weitreichende soziale Konsequenzen gehabt habe. Viele Soldaten seien nach ihrer Rückkehr ohne Existenzgrundlage geblieben. Aufgrund der Einsparungen im Verteidigungshaushalt seien Gehälter nicht ausbezahlt und ein Teil der früheren Sozialleistungen gestrichen worden. Mit Hilfe der europäischen Partnerstaaten sei es zumindest möglich gewesen, mit der Schaffung von Wohnraum für die Heimkehrer zu beginnen. Nach Ansicht der Staatsduma und des Föderationsrates bedürfe eine erfolgreiche Streitkräfte-reform einer soliden Rechtsgrundlage. Erforderlich sei ein Gesetzespaket zu Bereichen wie Landesverteidigung, Status des Militärs, Einberufung von Soldaten, Ausgestaltung des Zivildienstes, Krankenversicherungs- und Pensionsleistungen sowie Bekämpfung der Korruption innerhalb der Armee, das in Teilen bereits verabschiedet worden sei. Von großer Bedeutung sei die Schaffung gesetzlicher Regelungen zur zivilen Kontrolle der Streitkräfte, um die Verankerung demokratischer Grundsätze in der russischen Militärstruktur zu festigen. Im Rahmen der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten müsse die Transparenz des Verteidigungshaushaltes durch Aufgliederung und genauere Spezifizierung der einzelnen Budgettitel vergrößert werden. Daneben sei vorgesehen, die Kandidaten für das Amt des Verteidigungsministers von der Staatsduma bestätigen zu lassen und einen speziellen Repäsentanten für Menschenrechtsfragen innerhalb der Streitkräfte einzusetzen. Hinsichtlich der Finanzierung der Armee-reform bestehe das Parlament gegenüber der russischen Regierung darauf, daß insgesamt 3 % des nationalen Bruttosozialproduktes für die Restrukturierung der Streitkräfte und die Durchführung sozialer Begleitprogramme anzusetzen seien. Im Rahmen der Wohnungsbauprogramme werde man internationale Unterstützung auch in Zukunft nicht ablehnen. Abschließend sei zu bemerken, daß trotz der derzeitigen schwierigen Lage die russische Armee nicht außer Kontrolle sei. Rußlands Sicherheit könne unter militärischen Gesichtspunkten nach wie vor gewährleistet werden. Wie auch andere Länder sehe sich Rußland aber neuen Sicherheitsherausforderungen im Bereich chemischer und nuklearer Waffen, Umweltzerstörung, Ernährungsengpässen und vor allem mangelnder medizinischer Versorgung gegenüber, die neue politische Lösungsansätze erforderten. Die offene Diskussion dieser Themen auf parlamentarischer Ebene werde hierzu einen Beitrag leisten.

Für den Unterausschuß „Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika“ führte die Abg. **van Heemskerck Pillis-Du-**

vekot (Niederlande) ihren Bericht zum Thema „SFOR: Eine transatlantische Koalition für den Frieden“ fort. Im Anschluß an die Darstellung der bisherigen Fortschritte in der militärischen Umsetzung des Dayton-Abkommens ging die Berichterstatterin auf die noch bestehenden Defizite in der dauerhaften Stabilisierung Bosnien-Herzegowinas ein. Die gegenwärtige Situation des Landes sei nach wie vor durch erhebliche Spannungen zwischen den unterschiedlichen Entitäten und ethnischen Gruppen gekennzeichnet. Zu den dringlichsten Aufgaben der Zukunft zähle Freizügigkeit, Pressefreiheit, Flüchtlingsrückkehr, wirtschaftlicher Wiederaufbau sowie die Ergreifung der international gesuchten Kriegsverbrecher. Weiterhin sei die Durchführung der Kommunalwahlen, der Polizei- und Justizreform sowie die Schaffung gemeinsamer staatlicher Institutionen und einer funktionsfähigen Verwaltung auf allen Ebenen erforderlich. Ein aussichtsreicher Ansatz zur Stärkung der lokalen Unterstützung für die internationalen Friedensbemühungen könne eine gut koordinierte Aufklärungskampagne für Frieden, Vernunft und Demokratie sein, die nicht nur die Versuche, die Medien zu manipulieren vereiteln, sondern auch den Willen zur Aussöhnung und zur Zusammenarbeit stärken könne. In militärischer Hinsicht seien hinsichtlich einer internationalen Truppenpräsenz über den Ablauf der SFOR-Mission im Juni 1998 hinaus verschiedene Szenarien vorstellbar. Eines davon sei die Reduzierung der in Bosnien verbleibenden Truppen auf ein Minimum, in Verbindung mit der Stationierung schneller Eingreiftruppen in Nachbarländern. Entscheidende Bedeutung komme der sorgfältigen Analyse der Fehler und Schwächen der Vergangenheit zu, um daraus entsprechende Lehren für zukünftige Missionen zu ziehen.

Anschließend beriet der Ausschuß den Entschließungsentwurf der Berichterstatterin über die SFOR-Mission und ihre Fortführung. Einhellig anerkannt wurde die Notwendigkeit, den Verbleib ausländischer Truppen in Bosnien über Juni 1998 hinaus zu unterstützen. Nach Annahme mehrerer Änderungsanträge auch von Seiten der deutschen Delegation wurde die Entschließung dem Plenum zur Annahme empfohlen.

Am Schluß der Sitzung wählte der Ausschuß den bisherigen Generalberichterstatter **Estrella** (Spanien) zum neuen Ausschußvorsitzenden sowie die Abg. **Bateman** (Vereinigte Staaten) und **Cook** (Vereinigtes Königreich) zu stellvertretenden Vorsitzenden. Des weiteren wurde Abg. **Hoekema** (Niederlande) zum neuen Generalberichterstatter, Abg. **Forcleri** (Italien) zum Berichterstatter des Unterausschusses über die „Zukunft der Streitkräfte“ und Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) zum Sonderberichterstatter über den Zustand der russischen Streitkräfte gewählt. Die übrigen Funktionsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß tagte am 11. Oktober 1997 unter Vorsitz des Abg. **Billiey** (Vereinigte Staaten).

Der Ausschuß behandelte den von Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Entwurf eines Sonderberichts über „Die Kosten der NATO-Erweiterung: Ein Überblick über vier große Vorstudien“, den von Abg. **Dr. Norbert Wleczorek** (Bundesrepublik Deutschland) verfaßten Entwurf seines Generalberichts „Der transatlantische Handel mit Wehrtechnik und die Veränderung der Rüstungsmärkte“ und den von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) konzipierten Zwischenbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Ungarn in der Weltwirtschaft“ sowie den ebenfalls von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) erstellten Zwischenbericht „Privatisierung in Ungarn, Polen und in der Tschechischen Republik“; des weiteren berichtete der Vorsitzende, Abg. **Billey** (Vereinigte Staaten), zum Thema „NATO im 21. Jahrhundert“.

Vor dem Ausschuß sprachen als Gastredner **Aurel Leca**, Generaldirektor der rumänischen Nationalbehörde für Elektroenergie, **Prof. Skidelsky** von der „Social Market Foundation“ in London, **Dan Dumitru Popescu** vom rumänischen Nationalbüro für Umstrukturierung und **Aurel Pana** vom Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung Rumäniens.

Zu Beginn der Sitzung referierte **Aurel Leca**, Generaldirektor der rumänischen Nationalbehörde für Elektroenergie, über die rumänische Energiepolitik aus regionaler Sicht. Angesichts des weltweiten Prozesses der Entwicklung und Liberalisierung der Energiemärkte sei eine dringende Reform der Energiepolitik des Landes notwendig, um einen grundlegenden Strukturwandel dieses Sektors zu erreichen. Die treibende Kraft eines globalen Elektrizitätsmarktes seien Effizienz und deshalb Abbau der Monopole, Wettbewerbsfähigkeit der Stromerzeugung und -versorgung, Privatisierung und internationales Kapital, das auch für den Einsatz umweltfreundlicher Energie benötigt werde. **Aurel Leca** betonte, daß wegen des Rückgangs der zur Zeit noch bedeutenden Rohöl- und Erdgasreserven Rumäniens, eine Kompensation durch Verbesserung der Energiegewinnung, der Kapazitätsauslastung und vermehrten Einsatz von Wasser- und Atomkraft bei gleichzeitiger Rückführung des Kohleverbrauchs gewährleistet werden solle.

In der anschließenden Diskussion stellte der Gastredner auf die Frage des Abg. **Ivor** (Russische Föderation) fest, daß Rumänien weiteren Bedarf für russische Erdgaslieferungen sehe. Abg. **Zijlstra** (Niederlande) bat den Gastredner darzulegen, wie die Schließung von Braunkohlekraftwerken sozial abgesichert und die dadurch entstehende Energielücke geschlossen werden könne. In seiner Antwort verwies **Aurel Leca** auf vorbereitete Informations- und Abfindungsprogramme für die Beschäftigten; die ausgefallene Energie werde durch Erdgas bzw. Wärmekopplung ersetzt. Abg. **Regula** (Vereinigte Staaten) interessierte sich für Maßnahmen, die zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes führten. Der Gastredner verwies auf die Anstrengungen seines Landes, verstärkt auf Wasserkraft auszuweichen.

Mit seinem Sonderbericht „Die Kosten der NATO-Erweiterung: Ein Überblick über vier große Vorstudien“ faßte Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) die

Ergebnisse der wichtigsten bisherigen Studien zusammen. Die zur Zeit am häufigsten zitierten Studien über die Kosten der Erweiterung gelangten in der Kostenfrage zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Von allen Annahmen sei das wahrgenommene Bedrohungsumfeld für die Kostenprognose zweifellos am folgenschwersten. Einige Studien hätten Bedrohungsszenarien wie zur Zeit des Kalten Krieges als Prämisse und sagten dementsprechend hohe erweiterungsbedingte Kosten voraus. Andere erwarteten ein weniger bedrohliches Sicherheitsumfeld, das weder den gegenwärtigen noch den neuen Mitgliedern gewaltige Kostenbelastungen auferlegen werde. Abg. **Cohen** hob hervor, daß die Kostenfrage der Erweiterung mittlerweile Aufsehen erzeuge und bei den Ratifizierungsdebatten in den Parlamenten der Allianz ein zentrales Thema abgeben werde. Die entscheidende Frage laute, welche zusätzlichen Maßnahmen die derzeitigen NATO-Mitglieder, die neuen NATO-Mitglieder und die NATO selbst ergreifen müßten, um gegebenenfalls sicherzustellen, daß neue Verpflichtungen gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages glaubwürdig blieben. Diese Maßnahmen hätten mit Sicherheit Kosten zur Folge, die direkt der NATO-Erweiterung zugeschrieben werden könnten und deren Übernahme im Sicherheitsinvestitionshaushalt der NATO festgelegt sei. Die entscheidenden Fragen, die bei den anstehenden Verhandlungen zu lösen seien, umfaßten auch die speziellen militärischen Verbesserungsmaßnahmen – bei der Ausrüstung, der Infrastruktur und dem Potential, zu denen jedes der neuen Mitglieder aufgefordert werde.

Auf die zu Beginn der Debatte von Abg. **Ivor** (Russische Föderation) gestellte Frage, ob für die militärischen Verbesserungsmaßnahmen auch Waffen der Russischen Föderation von NATO-Staaten gekauft werden könnten, antwortete der Sonderberichterstatter, daß nach den Grundsätzen des Wettbewerbs auch russische Waffen und Geräte in Betracht gezogen werden könnten, zumal die neuen Mitgliedstaaten mit Waffen der früheren Sowjetunion ausgerüstet seien. In der engagiert geführten Aussprache wurden in einem engeren Zusammenhang stehende Fragen vorgetragen: von Abg. **Demerliat** (Frankreich) zur Höhe der auf die Erweiterung entfallenden Kosten, von Abg. **Mateman** (Niederlande) zum Erfordernis einer NATO-Studie zu diesem Komplex und von Abg. **Lenic** (Slowenien) zum entsprechenden Prozeß der Abstimmung und Schaffung der erforderlichen Transparenz in den „neuen östlichen Mitgliedstaaten“. Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) faßte die Antwort wie folgt zusammen: Jede Kostendiskussion sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt reine Spekulation. Bis in allerjüngste Zeit habe die NATO aus praktischen wie politischen Gründen keine internen Studien über die Kosten der Erweiterung vorgelegt. Bei den Beitrittsverhandlungen, deren Abschluß für Dezember dieses Jahres erwartet werde, solle festgelegt werden, was die gegenwärtigen NATO-Mitglieder von den neuen Mitgliedern bei der Erfüllung ihrer neuen Verpflichtungen zu erwarten hätten. Die neuen Mitglieder müßten ihrerseits versuchen, klare Auskünfte zu den Ressourcen und Potentialen zu erteilen, die sie sich leisten könnten. NATO-Generalse-

ekretär Solana habe betont, daß die Kosten kaum unerschwinglich sein dürften, obwohl mehrere amerikanische Analytiker davon überzeugt seien, daß die Sicherstellung der Glaubwürdigkeit der neuen Verpflichtungen gemäß Artikel 5 einen hohen Preis haben werde. Letztlich würden die Kosten von dem militärischen Bedarf bestimmt, der gerade erst umrissen werde. Nach der Diskussion mit den Mitgliedstaaten werde die Studie der NATO veröffentlicht werden. Als Grundsatz gelte, daß beide Lager im Ergebnis ihre Waffenlager reduzieren müßten und statt einer Erhöhung auf eine Verringerung der Kosten hingewirkt werden müsse. Dieser Prozeß werde durch eine alle zwei Jahre in der Allianz stattfindende Streitkräfteuntersuchung unterstützt, mit der sichergestellt werden solle, daß die Staaten ihren Verpflichtungen nachkämen und die Entwicklungen unter Kontrolle blieben.

Anschließend gab der Generalberichterstatter, **Dr. Norbert Wleczorek** (Deutschland), einen allgemeinen Überblick über den transatlantischen Handel mit Wehrtechnik und die Veränderung der Rüstungsmärkte.

Ein zentrales Ziel sämtlicher militärischer Kreise im Westen liege inzwischen darin sicherzustellen, daß potentielle Koalitionspartner mit kostengünstigen und interoperablem Gerät arbeiten, das technologisch demjenigen jedes möglichen Feindes überlegen sei. Zur Erreichung dieses Ziels seien die NATO-Verantwortlichen gegenwärtig mit einer erneuten Prüfung einer transnationalen Rüstungskoooperation und eines internationalen Wettbewerbs – innerhalb Europas sowie zwischen den beiden Seiten des Atlantiks – im Bereich der Wehrtechnik befaßt. Gelingen es Europa nicht, mit der technologischen und strategischen Revolution Schritt zu halten, die gegenwärtig die Verteidigungsplanung der Vereinigten Staaten erfaßt habe, so könne dies ein Auseinanderdriften der beiden Seiten sowohl im Militärischen als auch im Politischen zur Folge haben. Ein einvernehmlich abgesteckter Rahmen für den Wettbewerb in der Rüstungsindustrie sowie ein breiter Fächer von gut geführten und kostengünstigen Projekten gemeinsamer Entwicklung könne wiederum die politischen Beziehungen unter den Bündnispartnern unterstützen. Abg. **Dr. Norbert Wleczorek** faßte zusammen: Die amerikanischen Unternehmen seien nach dem Kalten Krieg sehr rasch an die Umstrukturierung bestehender Unternehmen, die Begründung neuer Partnerschaften und die aggressive Bearbeitung neuer Technologien und Märkte herangegangen. In Westeuropa habe der Fusionsprozeß ebenfalls, wenngleich deutlich langsamer, eingesetzt, und im Vergleich mit den amerikanischen Firmen scheine die Wettbewerbsfähigkeit der Rüstungsindustrie dahinzuschwinden. Diese Tendenzen könnten die Begründung von transatlantischen Partnerschaften zur Entwicklung und Herstellung gemeinsam benötigter Wehrtechnik noch schwieriger werden lassen. Schließlich stehe in Mittel- und Osteuropa die Rüstungsindustrie vor einer Reihe größerer Herausforderungen: Zusammenbruch der Binnen- und Auslandsmärkte, Notwendigkeit einer Umstrukturierung von oben nach unten aufgrund der Nachwirkungen

der Planwirtschaft, Fehlen des dazu erforderlichen Kapitals sowie begründete politische Befürchtungen, die Umstrukturierung werde zu Massenentlassungen führen. Außerdem müßten die zu einem Beitritt zur NATO aufgeforderten Länder nun auch neue Ansätze zur Koordinierung ihrer wehrtechnischen Industriepolitik mit derjenigen ihrer Bündnispartner entwickeln.

Die Veränderungen an den Rüstungsmärkten seien so tiefgreifend und potentiell von derart weitreichenden politischen und sicherheitspolitischen Konsequenzen, daß die Frage im Bündnis auf der höchsten Ebene aufgegriffen und insbesondere auf der Tagesordnung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO an oberster Stelle behandelt werden müsse.

Der Generalbericht wurde vom Ausschuß ohne Aussprache gebilligt. Abg. **Dr. Norbert Wleczorek** dankte dem Ausschuß aus Anlaß seiner letzten Sitzung als Generalberichterstatter für die gute Unterstützung und wünschte seinem Nachfolger alles Gute.

Der Vorsitzende, Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten), stellte nun seinen Bericht „NATO im 21. Jahrhundert“ vor und betonte unter Hinweis auf den Konflikt im früheren Jugoslawien und die entscheidende Rolle der NATO bei den Friedensbemühungen, wie wichtig ein Fortbestehen des Bündnisses sei. Bei der Diskussion der Kosten, die auch durch die NATO-Erweiterung ins Blickfeld rücke, müsse berücksichtigt werden, daß die Bündnispolitik höhere Sicherheit zu niedrigeren Kosten anbiete, als es die nationale Verteidigung gewährleisten könne. Das Fehlen eines wirklich integrierten Markts in Europa und die Versuchung, politische Einflüsse im Umstrukturierungsprozeß und in Kooperationsprojekten geltend zu machen, stellten nach wie vor ernsthafte Probleme bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dar, wodurch auch der europäische Sicherheitspfeiler geschwächt werden könne. Es müsse von den Verantwortlichen im Zuge des Wandels auf den Rüstungsmärkten Europas und Amerikas auch über zukünftige Beiträge der Länder Mittel- und Osteuropas nachgedacht werden.

Abg. **Bliley** verwies auf verschiedene Differenzen zu Handels-, Währungs- und Wirtschaftsfragen, die nach dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung innerhalb der Partnerschaft zunehmen würden, und nannte als Beispiel für diese Rivalitäten die von der Europäischen Kommission verlangte Anti-Trust-Untersuchung in bezug auf die Fusion der Firmen Boeing und McDonnell Douglas. Die unterschiedlichen Positionen dürften aber nicht überbewertet werden. Ein weiterer kritischer Faktor in der transatlantischen Beziehung sei die künftige Gestaltung Europas, die Einführung des Euro als Konkurrenzwährung zum US-Dollar und die Einrichtung der Europäischen Zentralbank. Die Erweiterung der Europäischen Union könne aus amerikanischer Sicht ferner zu einer Liberalisierung des Agrarmarktes und damit zu einer weiteren Öffnung des Marktes für amerikanische Erzeuger von Agrarprodukten führen. Dies könne die künftigen transatlantischen Beziehungen sehr positiv beeinflussen. Die Vereinigten Staaten würden die Entwicklung in Europa aufmerksam ver-

folgen. Abg. **Billley** ging noch auf die derzeitige instabile Wirtschaftssituation in der Russischen Föderation ein, von der eine Fülle ernsthafter Probleme für die Staaten Zentral- und Osteuropas ausgehe, die von Flüchtlingsproblemen bis hin zu größeren Aktivitäten der Mafia reichten. Dennoch werde die Russische Föderation weiterhin eine Schlüsselrolle auf dem Energiemarkt innehaben und ihren Einfluß im Bereich des Kaspischen Meers auszudehnen versuchen, um Zugang zu den gewaltigen Rohöl- und Erdgasvorkommen zu erlangen. Diese Region könnte wegen ihrer strategischen Lage zu einer kritischen „Out-of-area-Diskussion“ führen, welche die Interessen Nordamerikas, Europas und der Russischen Föderation aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen mehr trennen als verbinden dürfte.

Anschließend referierte **Prof. Skidelsky** von der „Social Market Foundation“ in London über die künftigen transatlantischen Herausforderungen. Es gebe zwei besorgniserregende ökonomische Herausforderungen: die makroökonomische Instabilität, die einhergehe mit der Sorge der Menschen nach einer stabilen Zukunft und die Wettbewerbsfähigkeit, die sich mit der Frage verbinde, ob Westeuropa, die Vereinigten Staaten und selbst Japan ihre Arbeitsplätze, ihren Lebensstandard und ihre Sozialsysteme erhalten könnten im Wettbewerb mit Niedriglohnländern wie China, Indien, den Staaten Lateinamerikas und den aufstrebenden Volkswirtschaften Osteuropas und der früheren Sowjetunion. Der Referent zeigte die verschiedenen geldmarktpolitischen Möglichkeiten auf, wobei die Mehrzahl der Ökonomen heute einen freien Kapitalmarkt favorisiere, der jedem Land Zugang zu den Geldreserven der Welt ermögliche. Es gebe ein Kernproblem der Makroökonomie, nämlich die unkontrollierte, weltweite Kapitalbewegung und Warnungen, daß es wegen der „launenhaften Kapitalbewegungen“ zu ernsthaften Störungen, ja zum Zusammenbruch der Finanzmärkte kommen könne. Er erwarte im Währungsbereich noch viele Krisen. **Prof. Skidelsky** setzte seine Betrachtungen zur Wettbewerbsfähigkeit fort, die längerfristig den Staaten der Europäischen Gemeinschaft einen vergleichbaren Standard beschere, eine wichtige Voraussetzung für ein geordnetes Wachstum. Ferner seien in diesen Staaten das Humankapital, Strategien zur Entwicklung der Humanressourcen und die Sozialfähigkeit weitere positive Faktoren für moderne Beschäftigungssysteme, die längerfristig für eine Lösung der Probleme sprächen.

Abg. **van Gennip** (Niederlande) und Abg. **Zijlstra** (Niederlande) stellten fest, daß es kein Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit gebe, ein flexibler Arbeitsmarkt und mehr Anreize auch im sozialen Sicherheitssystem jedoch Verbesserungen versprochen, wie das niederländische Beispiel zeige. Als Ergebnis dieser Bemühungen seien nicht nur einfache, sondern auch viele qualifizierte Arbeitsplätze entstanden. Auf die Frage des Abg. **van Gennip** (Niederlande), ob die Währungsunion zwingend eine Einheitswährung erfordere, antwortete **Prof. Skidelsky**, daß eine Währungsunion auch ohne Einheitswährung funktionieren könne, allerdings müßten die Wechselkurse regelmäßig festgesetzt werden. Auf die weitere

Frage, ob anderen Gesellschaften, zum Beispiel in den Ländern Osteuropas, die Übernahme anderer Systeme empfohlen werden sollte, entgegnete **Prof. Skidelsky**, daß von Menschenrechten einmal abgesehen, keine allgemeinverbindlichen Regeln für alle durchgesetzt werden sollten. Wenn die Europaverträge zwar das gleiche Grundmuster hätten, so seien sie dennoch in wirtschafts- und handelspolitischen Details unterschiedlich und auf die jeweiligen Interessen der einzelnen Länder zugeschnitten. Nach den Vorstellungen des Abg. **Zijlstra** (Niederlande) sollte in der Europäischen Union für monetäre Fragen entweder die Europäische Zentralbank das letzte Wort sprechen oder es müsse politisch entschieden werden. Abg. **Luis** (Spanien) bat den Gastredner darzulegen, wie er die Chance für eine pünktliche Einführung des Euro bewerte. **Prof. Skidelsky** tat seine persönliche Meinung kund, der Mythos, daß der Euro planmäßig eingeführt werde, trage tatsächlich auch zu dessen Einführung bei, nicht aber dazu, daß er auch funktionieren werde. Neben den Konvergenzkriterien hätten unbedingt auch Regeln zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vorgesehen werden müssen. Seiner Überzeugung nach werde die Europäische Währungsunion wegen der hohen Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten nicht funktionieren.

Es folgte ein Referat des Gastredners **Dan Dumitru Popescu** vom rumänischen Nationalbüro für Umstrukturierung zur Wirtschaftsreform in Rumänien. Die Regierung bemühe sich, in einem Umfeld der Transparenz eine Politik zu fördern, deren Hauptziele die Zentralisierung, Entbürokratisierung bzw. Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und die Reduzierung des Verwaltungspersonals sowie Privatisierungen und Förderung des Wettbewerbs seien. Die Entmonopolisierung stelle eine wirklich schwierige Aufgabe für die Wirtschaft dar, weil sie von sozialen Unterstützungsmaßnahmen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen flankiert werden müsse. Diese Maßnahmen würden im Einvernehmen mit den internationalen Finanzgremien, dem Währungsfonds und der Weltbank sowie der Europäischen Kommission beschlossen. Abg. **Dr. Norbert Wleczorek** (Deutschland) fragte nach den vorgesehenen Sozialmaßnahmen für abgebaute Arbeitsplätze und nach der Entwicklung der einheimischen Kapitalmärkte und der Banken. Der Gastredner wies auf passive und aktive Maßnahmen hin, die eine soziale Abfederung ermöglichten. Die Privatisierungsanstrengungen im Bankenbereich würden forciert werden; die vollständige Umstrukturierung des Finanzsektors stehe auf der Prioritätenliste an erster Stelle. Zur nächsten Frage, wie sich das PHARE-Programm entwickelt habe, entgegnete der Gastredner, daß von der Europäischen Kommission bis 1999 rund eine Milliarde ECU bereitgestellt würde, die vorrangig für Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Telekommunikation, Energie- und Elektrizitätsversorgung, Bildung und Tourismus vorgesehen sei. Das Reformpaket werde allerdings wegen der radikalen Wirtschaftsreformen kurzfristig auch eine Reihe von Maßnahmen für den Schutz von realen Einkommen enthalten. Dem Abg. **Ivor** (Russische Föderation) antwortete er auf die Frage, in welchem Umfang sich eine Schatten- bzw. Parallelwirtschaft entwickelt habe, daß Schätzungen von einem entsprechenden

Anteil bis zu 40 % der gesamten Wirtschaftskraft ausgingen.

In seinem Referat zur Reform der rumänischen Landwirtschaft machte **Aurel Pana** vom Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung deutlich, daß Rumänien seine Landwirtschaft grundlegend reformieren müsse, bevor es die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen erfüllen könne. Besondere Anstrengungen müßten im Hinblick auf die Agrarstrukturen, die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie, die Agrarpolitik und die Gesundheits- und Qualitätskontrollen unternommen werden.

Der im Anschluß von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) vorgelegte Zwischenbericht über „Ungarn in der Weltwirtschaft“ wurde vom Ausschuß ohne Aussprache gebilligt.

Als letzter Berichterstatter legte Abg. **Zijlstra** (Niederlande) einen Zwischenbericht „Privatisierung in Ungarn, Polen und in der Tschechischen Republik“ vor, in dem er ein eindrucksvolles Bild des Privatisierungsprozesses vermittelte, der gegenwärtig ganz Osteuropa überziehe. In den im Übergang befindlichen Volkswirtschaften müsse der Verkauf des staatlichen Erbes im Kontext tiefgreifender politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen gesehen werden. Eine erfolgreiche Privatisierung von Staatsbetrieben – das hieße eine Privatisierung, die den Transfer der meisten staatlichen Unternehmen in private Hände ebenso umfaßte wie den Niedergang nicht mehr zu rettender Betriebe, den Notverkauf der verkäuflichen Vermögenswerte dieser Betriebe und die Umstrukturierung von Betrieben, die das Potential besäßen, sich im Wettbewerb zu behaupten – prägten das makroökonomische, rechtliche und politische Klima. Idealerweise sollte eine Privatisierung die Wirtschaft dazu bringen, nach den Kriterien des Wettbewerbs zu arbeiten. Auf diese Weise würden Investitions- und Humankapital freigesetzt und gewinnbringend genutzt. Die Gesellschaft eines im Übergang befindlichen Landes sei häufig besser damit beraten, sich von verlustbringenden Investitionen zu trennen, als zu versuchen, Unternehmen wiederzubeleben, die aus unterschiedlichen Gründen zum Scheitern verurteilt seien. Nach seiner Ansicht, so stellte Abg. **Zijlstra** (Niederlande) fest, könne man die Privatisierungsprozesse der drei Länder zum jetzigen Zeitpunkt auf einer Skala zwischen „sehr erfolgreich“ und „wenig erfolgreich“ einordnen, und es scheine, daß Ungarn die meisten und die Tschechische Republik die wenigsten Fortschritte gemacht hätten. In Polen seien noch viele Betriebe zu privatisieren, und es bleibe abzuwarten, wie diese Privatisierung verlaufen werde.

Abg. **Payne** (Tschechische Republik) entgegnete dem Abg. **Zijlstra** (Niederlande) zunächst, daß es schwer zu beurteilen sei, welches der Länder im Prozeß der Umstrukturierung bisher schlechter abgeschnitten habe. In der anschließenden Diskussion wies er auf die niedrige Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik hin, die zur Zeit 3,5 % betrage. In seinem Land gebe es eher zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte. Jährlich wechselten mehr als 450 000

Menschen ihren Arbeitsplatz, wobei die eigentliche Wanderung von der Industrie in den Dienstleistungsbereich stattfände. Die Tschechische Republik habe neben dem radikalen Transformationsansatz auch eine moderat höhere Inflationsrate in Kauf genommen und damit eine günstige Arbeitsmarktsituation geschaffen. Es gebe Gründe, weshalb der Staat, der sich in einem schwierigen Übergang befinde, sein industrielles Erbe nicht allzuschnell verkaufen solle. Zunächst solle der Staat mit der Umstrukturierung beginnen, dabei könne jeder Betrieb seine Vorstellungen über den Weg der Privatisierung einbringen; verkauft werden solle aber erst, wenn die Marktregeln festgelegt seien. Der Übergang von der zentralen in die private Wirtschaft müsse von der Regierung gesteuert werden. Abg. **Williams** (Vereinigtes Königreich) unterstützte den Gedanken, daß die Privatisierung kontrolliert werden müsse. Abg. **Zijlstra** (Niederlande) führte dazu weiter aus, daß eine erfolgreiche Privatisierung ein gewisses Maß an administrativer Kompetenz und die positive Beteiligung des Staates voraussetze, in der eine stabile makroökonomische Ordnung und eine transparente Rechts- und Verwaltungsstruktur bestehe, die klare und gerechte Spielregeln vorsehe.

Im Anschluß daran wurden das Präsidium des Ausschusses und der Vorsitzende des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ in den Ämtern bestätigt; gewählt wurden Abg. **Zijlstra** (Niederlande) zum Generalberichterstatter, Abg. **Helminger** (Luxemburg) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ und zu dessen Berichterstatter Abg. **Alfieri** (Spanien).

Abg. **Billiey** (Vereinigte Staaten) schloß die Sitzung des Wirtschaftsausschusses mit dem Hinweis, daß die Jahresversammlung der OECD am 28. Februar 1998 in Paris stattfinden und man zur Frühjahrstagung vom 22. bis 26. Mai 1998 in Barcelona zusammenkommen werde.

Ausschuß für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie tagte am 10. Oktober 1997 unter Vorsitz von Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten). Nach Verabschiedung der Tagesordnung referierte der Generaldirektor der Organisation für das Verbot chemischer Waffen, **José M. Bustani**, über seine Arbeit. Mit dem Übereinkommen über das Verbot von Chemiewaffen (CWÜ) sei ein bedeutendes Instrumentarium für die Begrenzung chemischer Waffen geschaffen worden, indem die Entwicklungen in der chemischen Industrie beobachtet, die Möglichkeit zur Erfassung von etwaigen Vertragsverletzungen geschaffen und schließlich den Staaten verboten worden sei, mit hochgiftigen Stoffen zu handeln. Letzteres solle bis zum Jahr 2000 gänzlich ausgeschlossen werden; bis dahin gelten verschärfte Kontrollmaßnahmen. Seit dem Inkrafttreten des Übereinkommens haben bereits über 80 Inspektionen stattgefunden, wofür 140 Inspektoren zuständig seien. Gleichwohl liege die zukünftige Herausforderung darin, bislang dem CWÜ nicht beige-

tretenen Länder – wie z. B. Rußland – zu einem Beitritt zu bewegen.

Als nächster referierte **Ioan Olteanu**, Minister für Wasserwirtschaft, Forsten und Umwelt Rumäniens über die Umweltprobleme und Politik seines Landes. Positiv bewertete der Minister die Anstrengungen Rumäniens bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes sowie die eingeleiteten Schritte zur nachhaltigen Entwicklung. Dabei stünden seinem Land mehrere Institute zur Verfügung: Eines befasse sich mit dem Zustand der Donau, ein weiteres mit Meereskunde und das dritte Institut sehe seinen Arbeitsschwerpunkt in einem Harmonisierungsprogramm für den Bereich Umwelt und umweltkompatible Entwicklung.

Für den aus der britischen Delegation ausgeschiedenen **Lord Lyell** berichtete Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) sodann über die Informationskriegsführung (IW). Das Internet sei ursprünglich vom US-Verteidigungsministerium aufgebaut worden, um Kommunikationswege auch im Falle eines großangelegten Nuklearangriffs intakt zu halten. Nun werde allerdings das Schlüsselement der Landesverteidigung als Fokus internationaler Verletzbarkeit betrachtet; so seien gegenwärtig internationale nachrichtendienstliche Tätigkeiten, Industriespionage und Diebstahl Zielscheibe für Bedrohungen durch Informationskriegsführung. Neben den Vereinigten Staaten als am stärksten von der Informationstechnologie abhängigem Land seien auch die übrigen hochentwickelten Industrieländer fast ebenso für IW empfänglich. Letztere seien jedoch schlechter auf Bedrohungen durch eine IT-Kriegsführung vorbereitet, was teilweise damit zusammenhänge, daß nicht eindeutig geklärt sei, welche Einrichtung für den Umgang mit dieser Art von Bedrohungen zuständig sei. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob der Schutz der zivilen Informationsstruktur auch im Verteidigungsbereich gebündelt werden solle und wenn ja, ob das Militär allein überhaupt in der Lage wäre, auch zivile Strukturen wirksam zu schützen. Alles in allem könne man ein wirksames koordiniertes Handeln auf diesem Sektor nur dann ausarbeiten, wenn militärische wie auch zivile Gremien an einem Strang zögen. Auch wenn sich das Militär inzwischen einen Überblick über die Bedrohungen nicht nur der militärischen sondern auch der für das Militär unverzichtbaren zivilen Systeme verschafft habe, so müsse das Bewußtsein für die Verletzbarkeit der zivilen IT-Systeme noch deutlich geschärft werden, um die Betreiber dieser Systeme für die gemeinsame Erarbeitung geeigneter Gegenstrategien gewinnen zu können.

In sachlichem Zusammenhang dazu begründete Abg. **Lothar Ibrügger** den Entschließungsentwurf betreffend Informationskriegsführung. Die Entschließung fuße auf der Erkenntnis, daß die meisten Länder der Erde zunehmend von IT abhängig würden. Insofern müsse zunächst das Bewußtsein für die Verletzbarkeit von Informationssystemen geschärft und internationale Strategien zur Abwehr von IW entwickelt werden. Der Entschließungsentwurf wurde ohne Gegenstimme vom Ausschuß verabschiedet.

Anschließend stellte Abg. **Lothar Ibrügger** den Bericht über die „Milleniumbombe“ vor. Die Computertechnik habe in den letzten beiden Jahrzehnten rasante Fortschritte erzielt, so daß die Bauteile von PCs immer leistungsfähiger, kleiner und preiswerter geworden seien. Bei der Milleniumbombe liege das Problem nun darin, daß zu Beginn des neuen Jahrtausends ältere Computerprogramme, die das Jahr nur zweistellig angeben, auf „00“ zurückkehren. Der Mensch verstehe zwar sofort, daß es sich um das Jahr „2000“ handle, viele Computerchips würden allerdings von dem Jahr 1900 ausgehen. Weil der Alltag sehr viel stärker von Computern abhängt, als viele Menschen glauben – z.B. bei der Flugsicherung, Wehrtechnik und in der Medizin – gingen einige Schätzungen der Kosten für die weltweite Behebung dieses Programmierungsfehlers in die hundert Milliarden Dollar. Zusammenfassend gab Abg. **Ibrügger** zu bedenken, daß in vielen Ländern das Bewußtsein für dieses Problem noch erschreckend unterentwickelt sei. Deshalb müsse man an die Regierungen appellieren, umgehend dafür Sorge zu tragen, daß bei ihren Informationssystemen bis zum Jahr 2000 die Fehler behoben sein werden; allerdings sei Eile geboten, denn die Uhr der Milleniumbombe ticke unaufhaltsam.

In der anschließenden Diskussion erwähnte Abg. **Sarris** (Griechenland), daß sein Land von dem Problem der Jahrtausendbombe insofern weniger betroffen sei, als dort die Computertechnologie erst relativ spät Einzug gehalten habe; gleichwohl nehme sich die Politik dieses Problems an. In die gleiche Richtung wies die Aussage des Abg. **Iver** (Russische Föderation), daß auch in seinem Land die Duma bereits in einer zweiten Anhörung mit Software-Experten darüber diskutiert habe, gleichwohl plädierte er dafür, daß auch in der Nordatlantischen Versammlung international anerkannte Experten Problemlösungen anbieten sollten. Diese Anregung aufgreifend bot Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) an, den vorgelegten Bericht nach Verabschiedung im Plenum allen Ländern zuzusenden, und gleichzeitig bat er seine Ausschußkollegen, für die Frühjahrssitzung in Barcelona einen Entschließungstext zu diesem Thema vorzubereiten.

Zum nächsten Thema zeigte die Abg. **Parrish** (Kanada) einen Videofilm über die Auswirkungen von Anti-Personen-Minen auf die Zivilbevölkerung, der sehr eindringlich verdeutlichte, wie sehr an Konflikten unbeteiligte Menschen unter diesen heimtückischen Waffen leiden: so sterben monatlich schätzungsweise 800 Menschen weltweit – unter ihnen zahlreiche Kinder – durch Anti-Personen-Minen, weitere 1200 Menschen werden von ihnen verstümmelt. In ihrem Bericht zu diesem Thema plädierte Abg. **Parrish** eindringlich für ein koordiniertes Vorgehen aller Länder sowie für internationale Investitionen in Minenräumtechnologien flankiert von Anstrengungen zur weltweiten Ächtung von Landminen. Ferner appellierte sie an die Regierungen der NATO-Staaten, humanitäre Minenräumaktionen zu unterstützen. Bedauerlicherweise würden tagtäglich mehr neue Minen hergestellt, verkauft und verlegt, als durch Minenräumaktionen vernichtet. Deshalb sei die globale Ächtung

von Anti-Personen-Minen dringend geboten; die internationale Staatengemeinschaft müsse sich möglichst rasch vertraglich dazu verpflichten, denn erst dann könnten die 120 Millionen verlegten Landminen endgültig geräumt werden, was im Moment noch eine Sisyphusarbeit sei. Genau darauf zielen auch die von ihr vorgelegte Entschließung über die Beseitigung von Anti-Personen-Minen ab. Sowohl der Entschließungsentwurf als auch der ihm zugrundeliegende Bericht wurde von dem Ausschuß ohne Gegenstimme verabschiedet.

Eröffnet wurde die anschließende Diskussion von dem Abg. **van Waning** (Niederlande), der darauf hinwies, daß das Hauptproblem im Moment auch die Panzerabwehrminen der Vereinigten Staaten in Korea sei. Darauf entgegnete der Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten), daß Clinton sich für eine Ächtung der Landminen ausgesprochen habe und die Vereinigten Staaten bislang 152 Millionen US-Dollar für Minenräumaktionen ausgegeben haben. Allerdings spielten andere Hauptakteure nicht mit – unter ihnen Rußland, Pakistan und China – und in Korea bestehe insofern eine Ausnahmesituation, als dort die USA ihre eigenen Soldaten mit Panzerabwehrminen schützen müßten. Allein deshalb habe sein Land für ein neunjähriges Moratorium plädiert.

Ohne Aussprache nahm der Ausschuß den Bericht über nichttödliche Waffen an. In der anschließenden Diskussion über die Gründungsakte bemängelte Abg. **Iver** (Russische Föderation), daß viele Bürger seines Landes gegen die Erweiterung der NATO seien, weil sie neue Trennlinien schaffe. Als ein Beispiel dafür nannte er die jüngsten NATO-Übungen in der Nähe der russischen Grenze – z.B. SEA BREEZE –, zu der die Staatsduma nach eingehender Beratung auch eine Erklärung abgegeben habe. Hier werde unter dem Deckmantel der Friedenserhaltung eine Aufrüstung betrieben und neue Konfrontationslinien geschaffen. Deshalb mahnte **Iver** mehr Transparenz und einen besseren Informationsaustausch über derartige Vorhaben an. Darauf entgegnete Abg. **van Waning** (Niederlande), daß er sich gegen den Vorwurf verwehre, die NATO betreibe unter dem Deckmantelchen der Friedenserhaltung eine neue Expansionspolitik; das Gegenteil sei der Fall. Im übrigen begrüßte er die russische Forderung nach mehr Transparenz bei Manövern, der allerdings auch die Russische Föderation genügen müsse. Daran anknüpfend korrigierte Abg. **Druva** (Lettland) die Stellungnahme des russischen Vertreters dahingehend, daß zu den genannten Militärübungen auch Vertreter der Russischen Föderation eingeladen und anwesend gewesen seien; im übrigen verwies er auf russische Grenzverletzungen bei Übungen in der Region Kaliningrad.

Als nächster referierte **Christopher Bolkcom** von der „Science Education International Corporation“ über die technologischen Herausforderungen für die NATO im 21. Jahrhundert. Die Verteidigungstechnologie werde auf drei Bedrohungstrends reagieren müssen: Erstens das Ziel der Gegner, asymmetrische Strategien zu entwickeln; d.h. Beeinträchtigung des Informationsvorsprunges durch Informationskriegsführung, Mobilität und Verfälschung, die Ausbeu-

tung demokratischer Strukturen durch psychologische Operationen, durch die Vermeidung direkter Konfrontation und die Ausbeutung des Kostengefälles, und zuletzt durch den Einsatz preiswerter Instrumente gegen teure Waffen. Ein zweiter Trend sei die Informationskriegsführung mit Hilfe von Techniken wie den direkten Einsatz von Viren durch physische Zerstörung und Fehlinformation. Und drittens grenzüberschreitende Bedrohungen, wozu Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Drogenhandel und religiöser Extremismus zählen; gerade in dem letztgenannten Bereich sei nach geheimdienstlichen Erkenntnissen eine größere globale Zusammenarbeit zu verzeichnen. Somit habe sich durch die Umwälzungen in der Informationstechnik auch die Bedrohung verändert in Richtung informationsgestützter Kriegsführung, die den Einsatz kleinerer Einheiten ermögliche. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch die technologische Kluft mit der ihr innewohnenden Gefahr, daß zwischen Alliierten mit einer weit fortgeschrittenen informationstechnischen Kriegsführung auf der einen und Verbündeten mit weniger hochentwickelten Systemen auf der anderen Seite auf lange Sicht keine Zusammenarbeit mehr möglich sein könnte. In den USA werde mittlerweile 41 % aller Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung für Informationstechnologie verwendet. Dabei dürfe eine wichtige Herausforderung nicht übersehen werden, die mit der NATO-Erweiterung Hand in Hand geht: Interoperabilität. Gerade hier sei die Kluft am größten, denn es genüge heute nicht mehr, serien-gleiche Flugzeuge zu fliegen oder baugleiche Artilleriegeschütze zu benutzen. Die Informationsvernetzung – gerade auch mit den neuen Beitrittsaspiranten – sei die Herausforderung für die NATO im 21. Jahrhundert. Dabei gelte es, das Tempo und die Schwerpunkte der informationsgestützten Kriegsführung zu koordinieren, militärische Fähigkeiten intelligent in „joint ventures“ mit der gewerblichen Wirtschaft auszubauen und Pläne zu entwickeln, wie das Bündnis auf die neuen transnationalen Bedrohungen reagieren könnte.

In der anschließenden Diskussion fragte Abg. **Ross-Jorde** (Norwegen) nach Gegenmaßnahmen um der Verletzbarkeit auf dem Informationssektor entgegenzuwirken. Die einzige Möglichkeit sei abzusichern sei eine Mehrfachspeicherung von Daten antwortete **Bolkcom**. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) gab zu bedenken, daß die rasanten Fortschritte im Technologiebereich auch Auswirkungen auf die politische Handlungsfähigkeit hätten. So sei es gefährlich, wenn die Politik technologischen Entwicklungen hinterherhinke, wo sie doch vorausschauend und gestaltend wirken solle. Abg. **Iver** (Russische Föderation) fragte, ob es denkbar sei, daß ein Einzelner aufgrund seiner genialen Begabung oder sonstiger Fertigkeiten gegen einzelne Länder oder ganze Ländergruppen Krieg führen könne. Darauf antwortete **Bolkcom**, daß die Informationstechnologie dem Einzelnen viel Macht gebe, das beste Beispiel seien die britischen Teenager, die sich in das Informationssystem des Pentagon per Computer eingeschlichen hätten, somit müsse er die Frage bejahen. Gegen Ende der Sitzung berichtete Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) über die zukünftigen Aktivitäten sei-

nes Ausschusses: Mitte/Ende Februar 1998 sei ein Besuch Indiens geplant und im Juni 1998 ein Besuch bei den Vereinten Nationen in den USA. Unter dem letzten Tagesordnungspunkt wurden die Mandatsträger des Ausschusses in ihren Ämtern bestätigt bzw. wiedergewählt: Sherwood L. Boshert (Vereinigte Staaten) als Ausschußvorsitzender, Lord Gladwin of Clee (Vereinigtes Königreich) und Pierre Claude Nolin (Kanada) als stellvertretende Vorsitzende, Lothar Ibrügger (Deutschland) als Generalberichterstatter, Carolyn Parrish (Kanada) als Sonderberichterstatterin „Anti-Personen-Minen“, Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich) als Vorsitzender, Jan Willem van Waning (Niederlande) und Dimitrios Sarris (Griechenland) als stellvertretende Vorsitzende sowie Hans Roesjorde (Norwegen) als Generalberichterstatter des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“.

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für Zivile Angelegenheiten tagte am 10. und 11. Oktober 1997 unter dem Vorsitz von Senator Migone (Italien).

Zentrale Themen der Erörterungen der Ausschußmitglieder waren die Frage der Stabilität auf dem Balkan und die damit in Verbindung stehende Rolle der euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen sowie das Problem der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels, insbesondere in den ost- und südosteuropäischen Staaten. Der Ausschuß befaßte sich ferner mit dem Friedensprozeß im Nahen Osten und der Rolle der NATO im Mittelmeerraum. Als Gastredner hatte der Ausschuß den Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, **Cornelio Sommaruga**, den rumänischen Innenminister, **Gavril Dejeu**, sowie den Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien und Exekutivdirektor des Internationalen Drogenbekämpfungsprogramms, **Pino Arlacchi**, eingeladen. Ferner hatten die Ausschußmitglieder die Möglichkeit, den Vortrag des albanischen Ministerpräsidenten, **Fatos Nano**, über die derzeitige Lage in seinem Land zu hören.

Bei der Vorstellung des von ihm in Zusammenarbeit mit Abg. **van Eekelen** (Niederlande) erstellten Berichts über die Stabilität auf dem Balkan und die Rolle der europäischen Sicherheitsinstitutionen stellte Abg. **Paecht** (Frankreich) einleitend fest, daß die Destabilisierungsgefahr in Bosnien sehr groß sei und daß zur Eindämmung dieser Gefahr ein effizientes Krisenmanagement und eine entsprechende Koordinierung der vor Ort tätigen internationalen Organisationen, wie UNO, WEU, OSZE und anderen, ganz entscheidend seien. **Paecht** erklärte kurz den historischen Hintergrund des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien und ging dann auf die derzeitige Situation im Krisengebiet ein. Er unterstrich, daß das Ziel der Friedensbemühungen ein einheitlicher Staat in Bosnien sein müsse, und hierfür sei beim aktuellen Stand der Entwicklungen unbedingt eine dauerhafte Präsenz der internationalen Streitkräfte zur Sicherung des brüchigen Waffenstillstands in Bosnien erforderlich. Ein endgültiger Abzug der SFOR-Truppen

würde bestimmte Gruppen ermutigen, die Kämpfe wiederaufzunehmen. **Paecht** schlug vor, einen Teil der Truppen stärker für bestimmte Aufgabenbereiche zu spezialisieren und auch die Ausbildung der örtlichen Polizeikräfte noch intensiver zu fördern. Nach den Wahlen im Jahre 1996 habe sich gezeigt, daß es keine Verständigung auf gemeinsame Institutionen in Bosnien-Herzegowina gegeben habe und daß sich die Politiker immer wieder auf ethnische Gruppen beziehen würden. Auch das Problem der Ergreifung und Bestrafung der Kriegsverbrecher sei bei weitem noch nicht gelöst, weil hierzu die Bereitschaft fast aller Seiten fehle. Diese Situation sei insgesamt sehr entmutigend; erst nach den auf dem Gipfeltreffen in Portugal getroffenen Beschlüssen in bezug auf die Arbeit des „Peace Implementation Council“ sei Bewegung in die verfahren Situation gekommen. Die Forderung nach Einhaltung der Bestimmungen des Abkommens von Dayton, die Verknüpfung von Wiederaufbauleistungen und finanzieller Hilfe durch die Geber mit zu erfüllenden Forderungen durch die Empfänger, das Insistieren der US-Regierung auf einem energischeren Vorgehen und die Festnahme von Kriegsverbrechern durch die SFOR-Truppen verbesserten die Glaubwürdigkeit der internationalen Staatengemeinschaft. In bezug auf die politische Krise in der Republik Srpska, ausgelöst durch den Streit zwischen der Präsidentin der bosnischen Serben, **Plavsic**, und dem Führer der Serben, **Radovan Karadzic**, habe sich die Staatengemeinschaft entschlossen, Frau **Plavsic** zu unterstützen und die von ihr geforderten Parlamentswahlen mit Hilfe der OSZE zu organisieren und zu überwachen. Zu erkennen sei, daß die Bosnier zu einer gewissen Normalität zurückkehren wollten und hierfür eine Reihe von Initiativen ergriffen hätten, die dazu beitragen, die allgemeine politische Atmosphäre und die Lebensbedingungen zu verbessern. Trotz aller Fortschritte stehe jedoch ein großes Problem im Vordergrund, nämlich das der Rückführung der Flüchtlinge. Während bei der Rückführung der Flüchtlinge in die Föderation gewisse Fortschritte erzielt worden seien, gebe es jedoch kaum eine Rückführung in die Republik Srpska. **Paecht** unterstrich abschließend, daß es keine Alternative zu einem geeinten Bosnien gebe. Alle anderen Lösungen wären ein Eingeständnis einer Niederlage und eines Versagens der Staatengemeinschaft und insbesondere der europäischen Staaten.

Der niederländische Abg. **van Eekelen** befaßte sich in seinen Ausführungen zu dem Generalbericht insbesondere mit der Präsenz und den Aufgaben der SFOR-Truppen. Auch er forderte nachdrücklich, keinen vorzeitigen Abzug der Truppen aus Bosnien zuzulassen, und beschwor die Solidarität der Staatengemeinschaft, alles zu tun, um das Abkommen von Dayton umzusetzen. Ein auf längere Zeit ausgerichtetes Mandat könne gewährleisten, daß in jedem Fall ein kurz- und mittelfristiges Aufflammen der Kämpfe verhindert würde. **Van Eekelen** ging auch kurz auf die Situation im Kosovo ein und wies auf die inakzeptable Lage der unterdrückten Bevölkerung hin. Es sei verwunderlich, daß die Bevölkerung bis jetzt so friedlich reagiert habe. Eine zufriedenstellende Lösung des Kosovo-Konflikts sollte eine der Bedin-

gungen für die Wiederaufnahme Belgrads in die Völkergemeinschaft sein. In bezug auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien unterstrich **van Eekelen**, daß dort beachtliche Fortschritte im Hinblick auf die Einführung von Verfahren für die Abhaltung von Mehrparteienwahlen und die Überwachung der Exekutive durch eine unabhängige Rechtsprechung erzielt worden seien. Trotzdem gebe es noch eine extreme Polarisierung der politischen Landschaft, die durch ethnische Faktoren weiter kompliziert werde. Die Beziehungen der mazedonischen Bevölkerungsmehrheit zur albanischen Minderheit seien sicherlich ebenso wie die Fortsetzung der eingeleiteten Wirtschaftsreformen ein Schlüsselfaktor für die zukünftige Stabilität des Landes. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Auswirkungen der gegen Jugoslawien verhängten Sanktionen sowie der von Griechenland verhängten Sanktionen seien ein Hindernis, das die nationale Volkswirtschaft schwer beeinträchtige. Besonders interessant sei die Tatsache, daß die ehemalige Republik Mazedonien seit Dezember 1992 Schauplatz eines bislang erfolgreichen militärischen Experiments in Form der UNPREDEP-Truppen sei. Dank dieser Präventivtruppe und insbesondere ihres abschreckenden Effekts habe sich Mazedonien aus dem Jugoslawienkonflikt heraushalten können. Das Mandat der ursprünglich entlang der serbischen Grenzen aufgestellten Truppen sei 1994 erweitert worden, so daß zu der militärischen Aufgabe auch zivile Aufgaben, wie Vermittlung, gute Dienste, Einbeziehung in Hilfstransporte, medizinische Dienste und eine enge Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Skopje, hinzugekommen seien. Zusammenfassend stellte **van Eekelen** fest, daß das große Hauptproblem der Balkanregion weiterhin der Konflikt in Bosnien bleiben werde. Dabei werde die Frage, welche Mindestpräsenz der USA ausreiche, um die Fortdauer der SFOR-Truppen zu gewährleisten, für die zukünftige Entwicklung ausschlaggebend sein. Es sei offensichtlich, daß der Beitrag Europas, aber auch der Rußlands, verstärkt werden müsse. In Bosnien seien viele internationale und einzelstaatliche Organisationen, aber auch Nichtregierungsorganisationen tätig, deren Arbeit in verstärktem Maße koordiniert werden müsse. Es sei eine der Aufgaben des Ausschusses für Zivile Angelegenheiten zu prüfen, auf welche Weise dies erfolgen könne.

Im Anschluß an die Erläuterungen der beiden Berichterstatter zum Generalbericht gab der spanische Abg. **Ruperez** in seiner Funktion als Sonderbeauftragter der OSZE für die Überwachung der Gemeinde- und Kommunalwahlen in Bosnien-Herzegowina einen kurzen Überblick über die Ergebnisse seiner Mission, wobei er ausführte, daß diese Wahlen, obwohl sie nicht den in Westeuropa üblichen demokratischen Standards entsprochen hätten und bei weitem nicht perfekt organisiert worden seien, angesichts der Nachkriegssituation dennoch insofern als erfolgreich zu bewerten seien, als sie ruhig und friedlich, ohne große Unregelmäßigkeiten und mit großer Wählerbeteiligung verlaufen seien. Trotz zahlreicher unverantwortlicher Versuche aller führenden Parteien, eigennützige und engstirnige Anliegen in den Vordergrund zu stellen, hätten sich viele Wähler nicht beeindrucken lassen und ihre Meinung frei geäußert. Die Zu-

sammenarbeit von OSZE und NATO bei der Durchführung und Überwachung dieser Wahlen sei ausgezeichnet gewesen. **Ruperez** forderte ebenfalls nachdrücklich eine auch im Hinblick auf die Stabilität in Westeuropa notwendige Verlängerung des SFOR-Mandats über den Juni 1998 hinaus.

Der Ausschuß verabschiedete die Entschließung zu diesem Thema und den Generalbericht mit 20 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung.

Kernpunkt des Vortrags des Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, **Cornelio Sommaruga**, war die Frage der Vereinbarkeit von militärischen und humanitären Aktionen in Krisensituationen, in denen sowohl humanitäre Organisationen wie das Rote Kreuz als auch militärische Organisationen wie die NATO tätig werden. **Cornelio Sommaruga** betonte, daß das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) in der Balkankrise von Anfang an tätig und zunächst die einzige internationale Organisation gewesen sei, die dort eine Rolle als neutraler humanitärer Vermittler zwischen den Konfliktparteien übernommen habe. Bald danach hätten sich jedoch neben dem IKRK eine Reihe neuer politischer und militärischer Akteure eingefunden, wie die von der EU entsandte Beobachtermission und später die VN-Truppen. Die humanitären Aufgaben gehörten zu den wichtigsten Aufgaben der internationalen Staatengemeinschaft in diesem Konflikt, und das IKRK habe stets unterstrichen, wie wichtig es sei, humanitäre Maßnahmen von politischen und militärischen Aktionen zu trennen. Obwohl es wichtig sei, Verfahren für eine Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Organisationen zu entwickeln, müsse die Schaffung einer einzigen Autorität, die sowohl zivile als auch militärische Operationen umfasse, mit Vorsicht betrachtet werden, zumindest soweit Nichtregierungsorganisationen oder multinationale humanitäre Operationen betroffen seien. Der Präsident des IKRK wies darauf hin, daß auch von anderer Seite die Frage geäußert worden sei, ob die Rolle der Friedenstruppen im wesentlichen humanitärer Art sei und ob diese Truppen unter bestimmten Umständen aufgefordert werden könnten, militärische Aktionen durchzuführen. Es gelte zu entscheiden, ob humanitäre Hilfsanstrengungen und militärische Durchsetzungsmaßnahmen miteinander kompatibel seien oder sich gegenseitig ausschließen würden. Bei mehreren Gelegenheiten habe sich allerdings gezeigt, daß friedenserhaltende und humanitäre Operationen Hand in Hand gehen könnten, vorausgesetzt, daß die verschiedenen Akteure über ein klares und unmißverständliches Mandat verfügten, im Rahmen der jeweiligen Mandate arbeiteten und ihre Aktivitäten unter gebührender Achtung der Unabhängigkeit der anderen Beteiligten koordinierten. **Sommaruga** verdeutlichte, was unter dem Begriff humanitäre Aktionen zu verstehen sei. Ganz entscheidend sei, daß bei humanitären Operationen die Grundsätze der Humanität, der Unparteilichkeit und der Neutralität gewahrt würden, die er gemeinsam mit der Unabhängigkeit als grundlegende Prinzipien der Organisation des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds bezeichnete.

Als Schlüsselemente für das Verhältnis und die Zusammenarbeit von friedenserhaltenden und rein humanitären Operationen bezeichnete Sommaruga folgende Punkte: Multinationale militärische Missionen seien ein entscheidendes Element der erfolgreichen Konfliktbewältigung. Sie könnten in bestimmten Situationen zur Durchsetzung des humanitären Kriegsvölkerrechts und zur Wiederherstellung der Sicherheitsverhältnisse, die für die Durchführung humanitärer Maßnahmen notwendig seien, unerlässlich sein. Militärische Kräfte sollten jedoch nicht direkt an humanitären Maßnahmen beteiligt werden, weil sie in den Augen der örtlichen Bevölkerung und Behörden humanitäre Organisationen mit politischen oder militärischen Zielen in Verbindung bringen könnten. Humanitäre Hilfe sei nicht auf die Lösung eines Konfliktes gerichtet, sondern darauf, menschliches Leben und Menschenwürde zu schützen. Sie sollte parallel zum politischen Prozeß der Konfliktlösung erfolgen und dürfe nicht zum Instrument werden, um fehlende politische Entschlossenheit zu überdecken oder deren Unzulänglichkeit zu kompensieren. Die Arbeit humanitärer Organisationen bei der Bewältigung von Konflikten müsse ganz eindeutig unpolitisch und unparteiisch sein. Bereitstellung humanitärer Hilfe dürfe nicht an Fortschritte bei politischen Verhandlungen oder anderen politischen Zielen gekoppelt sein. Ohne die Bedeutung einer notwendigen Gesamtkohärenz der von den verschiedenen Seiten durchgeführten humanitären Maßnahmen zu verkennen, müßten humanitäre Organisationen jedoch ihre uneingeschränkte Entscheidungs- und Handlungsfreiheit bewahren, bei gleichzeitiger enger Absprache mit den Friedenstruppen auf allen Ebenen und in jeder Phase. Dieses sei schon im Vorbereitungsstadium von Friedenserhaltungs- und -durchsetzungsmissionen erforderlich. Ein ständiger Informationsaustausch sowohl vor Ort als auch in den Hauptquartieren sei ebenfalls notwendig. Bei einem Stillstand humanitärer Maßnahmen und bei entsprechendem Auftrag des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum militärischen Eingreifen sollte die Entscheidung Teil eines umfassenden und konsistenten Aktionsplans zur Wiederherstellung von Frieden unter Berücksichtigung der humanitären ebenso wie der politischen Belange sein. Wichtig sei es, die Voraussetzungen für die Durchführung von humanitären Maßnahmen und die Beachtung der völkerrechtlichen Bestimmungen wiederherzustellen. Wichtig sei auch, daß die an den Friedenseinsätzen teilnehmenden Truppen bei ihrer Vorbereitung umfassend über das humanitäre Kriegsvölkerrecht aufgeklärt und entsprechend ausgebildet würden.

Zusammenfassend stellte der Präsident des IKRK fest, daß die VN-Truppen bei der Durchführung umfassenderer Mandate im Rahmen bewaffneter Auseinandersetzungen völlig neuen Problemen gegenübergestanden hätten, wie z.B. neuen Kampfmethoden, der Festnahme von Gefangenen und dem Schutz der Zivilbevölkerung. Damit sei die Frage der Anwendung des humanitären Kriegsvölkerrechts von größter Aktualität. Dies sei der Grund, weshalb sich das IKRK und das Sekretariat der Vereinten Nationen in Absprache mit anderen Stellen veranlaßt gesehen hätten, Richtlinien für militärische Einsätze

von VN-Truppen aufzustellen, basierend auf den Grundprinzipien des humanitären Kriegsvölkerrechts. Er hoffe, daß diese Richtlinien dank der zugesagten Unterstützung des neuen Generalsekretärs der Vereinten Nationen bald den VN-Truppen zur Beachtung ausgehändigt werden könnten. Er sei überzeugt, daß ein beispielhaftes Verhalten der VN-Soldaten und anderer militärischer Friedenstruppen entscheidend sei für eine verstärkte Glaubwürdigkeit und Effizienz dieser Missionen. Daher hätten auch der Generalsekretär der NATO und SACEUR diese Richtlinien erhalten. Entscheidend sei, bei allen Friedenseinsätzen darauf zu achten, daß es gelinge, die Rahmenbedingungen für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen politischen und humanitären Maßnahmen festzulegen, damit sich militärische, politische und humanitäre Akteure im Interesse der Opfer dieser Konflikte gegenseitig unterstützen könnten.

Als weiteren Bericht auf seiner Tagesordnung behandelte der Ausschuß den von Abg. **Ruzin** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) vorgelegten Sonderbericht über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und den Prozeß der NATO-Erweiterung. Abg. **Ruzin** wies darauf hin, daß die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien die einzige jugoslawische Republik sei, die ihre Unabhängigkeit ohne Krieg erlangt hätte. Betrachte man die neue Balkankarte, so fiele auf, daß die politischen Grenzen sehr häufig nicht denen der nationalen Volksgemeinschaften entsprächen. Das sei für viele Länder, auch für Mazedonien, ein schwer zu bewältigendes Problem. Mazedonien hatte sich zum Ziel gesetzt, trotz gewaltiger Schwierigkeiten, die durch Nationalismus, wirtschaftliche Beeinträchtigungen, Auswirkungen der Sanktionen und ethnische Spannungen bedingt seien, einen neuen Staat und stabile Einrichtungen aufzubauen. Mazedonien sei bemüht, seine Beziehungen zu Griechenland stetig zu verbessern und auch gute wirtschaftliche Beziehungen im europäischen Sinne aufzubauen. Hinsichtlich der Beziehungen zur NATO führte **Ruzin** aus, daß die Sicherheit des Balkans seines Erachtens nur im Rahmen der NATO gewährleistet werden könne. In der Bevölkerung gebe es eine starke Unterstützung für einen Beitritt des Landes zur NATO, was angesichts seiner geopolitischen Lage für die Stabilität der Region insgesamt wichtig sei. Mazedonien habe umfassende Anstrengungen unternommen, um die Bedingungen für einen Beitritt zu erfüllen. Seine Teilnahme an den „PfP“-Aktivitäten, die Reform seiner Streitkräfte, die Transparenz der militärischen Ausgaben und verstärkte Beziehungen zur NATO seien Ausdruck für den guten Willen und die Bereitschaft, die geforderten Voraussetzungen zu erfüllen, was in Anbetracht der Tatsache, daß sich das Land im Umbruch befinde, nicht einfach sei.

Bei seinen Ausführungen zu dem von ihm vorgelegten Bericht über das organisierte Verbrechen, den Drogenhandel und die illegale Migration in der mittel- und osteuropäischen Region wies Abg. **Csoti** (Ungarn) darauf hin, daß dieser Bericht bereits auf der Frühjahrstagung in Luxemburg ausführlich vorgestellt und erörtert worden sei. Mit seinem Bericht

habe er sich das Ziel gesetzt, ein realistisches Bild über Ausmaß und Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität in Mittel- und Osteuropa zu zeichnen. Nach dem Umbruch im Jahre 89/90 habe es einen enormen Zuwachs und eine Umstrukturierung der Kriminalität gegeben. Die Organisierte Kriminalität habe sich auf neue Bereiche, wie Drogenhandel, Prostitution, Korruption und Fahrzeughandel konzentriert. Dabei sei sie mittels Korruption und Bestechung weit in Wirtschaftskreise vorgedrungen und habe Wirtschaftsaktivitäten in einem solchen Maße beeinflusst, daß bereits große volkswirtschaftliche Schäden entstanden seien. Die Organisierte Kriminalität in Mittel- und Osteuropa berge auch für Westeuropa große Gefahren und sei zu einem Sicherheitsrisiko für ganz Europa geworden. Eine Bekämpfung sei nur auf internationaler Ebene möglich. Wichtig sei es in jedem Fall, bei der Verbrechensbekämpfung von ähnlichen Begriffen auszugehen und vor allem über Gesetze zu verfügen, die international abgeglichen und wirksam seien. Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der illegalen Migration sei keine Frage der Landesgrenzen, sondern eine Frage der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit von Polizei- und Justizbehörden. **Csoti** schlug vor, einen Unterausschuß des Zivilen Ausschusses einzusetzen, der untersuchen solle, auf welche Art und Weise und mit welchen Mitteln und Möglichkeiten die stark angestiegene Kriminalität und das organisierte Verbrechen bekämpft werden könnten.

Abg. **Ruperez** (Spanien) stimmte den Ausführungen zu, wies aber auch darauf hin, daß es nicht genüge, sich bei der Verbrechensbekämpfung auf die Justiz und den Rechtsapparat zu verlassen. Die Staaten müßten auch an das moralische Verhalten der Bürger appellieren. In dieser Hinsicht wäre z.B. ein Verhaltenskodex eine vorstellbare Lösung. Im verstärkten Maße müßten Aufklärungs- und Informationskampagnen durchgeführt werden, gerade im Bereich des Drogenmißbrauchs und Drogenhandels.

Abg. **Brigitte Schulte** (Deutschland) erklärte, daß auch in Deutschland das Rechtsbewußtsein nachlasse, wenn von Bevölkerungskreisen mit hohen Einkommen Steuern hinterzogen würden. Dies habe in der Bevölkerung großen Unmut hervorgerufen. Sie vertrat die Ansicht, daß für die enorm angestiegene Kriminalität in den mittel- und osteuropäischen Staaten u.a. ein Verlust von Rechtsbewußtsein und eine Überschwemmung mit ausländischer Kriminalität ausschlaggebend seien. Viele Staaten würden überflutet mit Kriminalitätsformen, die man bisher nicht gekannt habe und die z.B. auch zu Fremdenfeindlichkeit führten. Das Erleben dieser neuen Kriminalität erschwere es den Menschen in diesen Staaten, den Weg zur Demokratie zu akzeptieren. Abg. **Brigitte Schulte** unterstützte den Vorschlag, einen Unterausschuß einzurichten.

Senator **Migone** (Italien) sprach sich dafür aus, den neuen Unterausschuß gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuß einzurichten.

Als Gastredner zu diesem Fragenkomplex hatte der Ausschuß den rumänischen Innenminister, **Gavril Dejeu**, eingeladen, der über Maßnahmen der rumä-

nischen Regierung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels sprach. Der rumänische Innenminister stellte einleitend fest, daß das zu Ende gehende Jahrtausend nicht nur durch eine Vielzahl bewaffneter Auseinandersetzungen gekennzeichnet sei, sondern auch durch eine alarmierende Zunahme neuer Erscheinungsformen der Kriminalität, die den internationalen Frieden und die Sicherheit in der ganzen Welt bedrohten. Dazu zählten der Drogen- und illegale Waffenhandel, der Handel mit nuklearem Material, betrügerische Bankgeschäfte und Schmuggel im großen Rahmen, Geldwäsche und Computerkriminalität. Diejenigen, die hinter diesen Verbrechen stünden und sie koordinierten, verfügten nicht nur über enorme Kenntnisse, sondern auch über gewaltige finanzielle Mittel, die es ihnen ermöglichten, sich Zugang zu politischen und staatlichen Strukturen zu verschaffen und diese durch Korruption zu zersetzen. Diese Gruppen machten sich gesellschaftliche Mißstände und Kontroversen zunutze, um eigene Zwecke zu verfolgen. Sie gefährdeten den sozialen Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Auch die mittel- und osteuropäischen Staaten und die Staaten der ehemaligen Sowjetunion seien mittlerweile in diese kriminellen Verflechtungen einbezogen worden, unter Ausnutzung wirtschaftlicher Mängel, offener Grenzen, Dezentralisierung der Macht und Korruptionsanfälligkeit der schlecht bezahlten Mitarbeiter im Staatsdienst. In Rumänien befänden sich diese Phänomene erst in der Anfangsphase, was die Hoffnung zulasse, daß es dem Staat gelingen könnte, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Aber auch in Rumänien belegten die statistischen Angaben, daß die Kriminalität stark gestiegen sei. Insbesondere kriminelle Finanzgeschäfte fügten dem rumänischen Staat schweren Schaden zu und seien mitverantwortlich für die Krisensituation, in der sich die rumänische Gesellschaft derzeit befinde. So werde der beschleunigte Privatisierungsprozeß durch die Aktivitäten der sogenannten Untergrundwirtschaft, d. h. des Schmuggels, der Steuerhinterziehung und der Korruption, stark beeinträchtigt. Auch illegale Bankgeschäfte mit Betrugereien, die dem gesamten Finanzsystem schwere Schäden zufügten, seien verstärkt zu registrieren. Was den Drogenhandel betreffe, sei Rumänien aufgrund seiner geographischen Lage und des Kriegs in Ex-Jugoslawien wichtiger Teil der „Balkanroute“ geworden, als Glied der Nordkette, die vom Iran über die Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Tschechische Republik und Slowenien nach Deutschland und in die Niederlande verlaufe. Rumänien als ehemaliges Transitland für Drogenhandel sei zu einem Land geworden, in dem Drogen über geraume Zeit gelagert würden, abhängig von den jeweiligen Bedarfsanforderungen. Der Drogenkonsum in der rumänischen Bevölkerung selbst sei noch nicht so stark ausgeprägt, so daß spezielle medizinische Hilfsprogramme von staatlicher Seite noch nicht notwendig seien. Auch das vermehrte Auftreten von Falschgeld und Dokumentenfälschungen bereite dem Land Probleme. Mafiaähnliche Gruppen hätten ihre Operationen verstärkt auf Rumänien ausgebreitet. Ein sehr schwerwiegendes und kompliziertes Problem sei auch der Handel mit gestohlenen Fahrzeugen. Dabei seien Fahrzeuge

der Luxusklasse aus dem Westen besonders beliebt bei den Dieben. Über verschiedene und verschlungene Wege würden die Fahrzeuge dann weiter verschickt, sowohl in den Osten als auch in arabische und nordafrikanische Staaten. Ebenfalls gravierend sei das Problem der illegal eingeschleusten Einwanderer, die in der Regel aus Sri Lanka, Pakistan und Bangladesch kämen, um über Rumänien nach Westeuropa zu gelangen. Die Prostitution sei ein weiterer beunruhigender Zweig der kriminellen Geschäfte im Land, wobei überwiegend Personen aus sozial schwachen und nicht intakten Familien mit falschen Versprechen gelockt und durch Einschüchterung und Erpressung zu dieser Tätigkeit gezwungen würden. Schließlich erwähnte der Innenminister noch die Geldwäsche, die – obschon in Rumänien bis vor wenigen Jahren so gut wie nicht als Problem bekannt – mittlerweile explosionsartig zugenommen habe, was Rumänien veranlaßt habe, nicht nur die entsprechenden internationalen Verträge zur Bekämpfung dieses Verbrechens zu ratifizieren, sondern sich auch verstärkt um die Erarbeitung neuer Gesetze zu bemühen, die dazu beitragen könnten, Schwarzgeld- und Geldwäschegeschäften im Lande Einhalt zu gebieten. Bislang gebe es noch keine rechtlichen Vorschriften, die das Finanz- und Bankenwesen verpflichteten, seine Geschäfte transparent und nachvollziehbar abzuwickeln. Rumänien lege großen Wert auf eine internationale Zusammenarbeit im Bereich der Verbrechensbekämpfung, und zu diesem Zweck seien auch der Nationale Aktionsrat zur Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen sowie weitere Sondergremien auf staatlicher Ebene eingerichtet worden. Auf der Ebene der Gesetzgebung bestehe noch großer Handlungsbedarf, um die rumänischen Gesetze denen der Europäischen Union anzugleichen. Mit Gesetzentwürfen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Drogenhandel und zum Schutz von Zeugen seien einige Ansätze in diese Richtung gemacht worden, und Rumänien hoffe auf weitere Fortschritte durch den Abschluß von mehr als 23 Kooperationsvereinbarungen und Übereinkommen mit allen mittel- und osteuropäischen Staaten, mit einigen GUS-Staaten und Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Angesprochen auf die Umorganisation der rumänischen Polizeikräfte unterstrich **Dejeu**, daß Rumänien eine enge Zusammenarbeit seiner Polizeikräfte mit anderen Organisationen anstrebe, die bis jetzt noch nicht verwirklicht werden konnte. Mit dem neugegründeten Nationalen Aktionsrat zur Verbrechensbekämpfung sei ein Organ geschaffen worden, das eine Lenkungsfunction in dieser Frage einnehmen solle.

Der ungarische Abg. **Csoti** betonte, daß Ungarn bereit sei, Rumänien beim Schutz der östlichen und südlichen Grenzen vor Menschenhandel und Drogengeschäften zu unterstützen. **Dejeu** betonte, daß es bereits jetzt gemischte ungarisch-rumänische Grenzkontrolltruppen gebe, deren gemeinsames Ziel es sei, die illegale Einwanderungswelle abzufangen. Auf die Frage des Abg. **Zijlstra** (Niederlande), wie weit die Korruption im Staatsdienst verbreitet sei und welche Maßnahmen Rumänien dagegen ergreife, erwiderte

Dejeu, daß es ernste Fälle von Korruption im Staatsdienst gebe, daß aber bis jetzt ergriffene Gegenmaßnahmen schon zu ersten Erfolgen geführt hätten. Trotzdem sei es sehr schwierig, die Verflechtung von Bank-, Wirtschafts- und Finanzkreisen, die über hohe Finanzkapazitäten und politische Macht verfügten, transparent zu machen und kriminelle Handlungen zum Nachteil der Volkswirtschaft nachzuweisen.

Pino Arlacchi, der Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien und Exekutivdirektor des neuen Büros für Drogenbekämpfung und Verbrechensverhütung, informierte die Ausschußmitglieder in seinem Vortrag über die von seiner Dienststelle zusammengetragenen und ausgewerteten Informationen über die stark ansteigende Kriminalität in Mittel- und Osteuropa. Die aufgrund der Transformationsprozesse von großen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten betroffenen MOE-Staaten seien leider aus diesen Gründen auch sehr anfällig für kriminelle Aktivitäten. Gut organisierte und transnational operierende kriminelle Vereinigungen hätten sich insbesondere die Balkanregion als Hauptbetätigungsfeld ausgesucht. Dabei teilten diese Gruppen bestimmte Verbrechensbereiche untereinander auf und arbeiteten in sehr enger Weise zusammen. So seien z. B. mehr als 2,2 Mio. Fahrzeuge in Westeuropa gestohlen und in die Balkanstaaten und den Nahen Osten verschoben worden. Korruption und Bestechung hätten in einem alarmierenden Maße zugenommen. Der Drogenhandel sei einer der wichtigsten Bereiche der kriminellen Aktivitäten. Große Mengen an Heroin fänden ihren Weg von Afghanistan über die Türkei und Bulgarien nach Westeuropa. Auf diesem als Balkan-Route bekannten Transportweg gelangten 80 % des in Europa konsumierten Heroins in die Zielländer. Aufgrund der durch den Krieg, die militärischen Operationen und die Sanktionen im ehemaligen Jugoslawien blockierten Haupttransportwege hätten jetzt auch zweitrangige Transportwege und -methoden neue Bedeutung erlangt. Komplexe Grenzübergangsverfahren sowie eine zunehmende Anzahl von Drogentransporten auf dem Seeweg seien von neuen kriminellen Vereinigungen eingerichtet worden. Mit der Wiederherstellung des Friedens in Bosnien-Herzegowina und Kroatien sei zwar die Möglichkeit gegeben, eine systematische Drogenkontrolle in diesem Gebiet durchzuführen. Leider würden trotzdem weiterhin große Mengen über Albanien und nicht kontrollierte Grenzübergänge zu Italien und Griechenland nach Westeuropa gelangen. Aber auch andere Drogen wie Kokain und Haschisch würden in großen Mengen die Grenzen passieren. Unlängst habe man mehrere Tonnen dieser Drogen in Schwarzmerhäfen in Bulgarien und Rumänien beschlagnahmen können. Auch habe die Zahl der Drogenabhängigen in den Balkanstaaten zugenommen. Alarmierend sei besonders das Alter der Drogensüchtigen, das 1995 im Durchschnitt noch bei 22 Jahren lag, jetzt aber bereits auf 15 Jahre gesunken sei.

Arlacchi unterstrich, daß Erfolge nur über eine verstärkte technische Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens erzielt werden könnten. Daher habe

sich seine Dienststelle besonders für entsprechende technische Unterstützungsprojekte in der Balkanregion eingesetzt. Er zählte einige spezielle Projekte auf, die bereits seit Beginn der 90er Jahre in Kooperation mit Ländern wie Rumänien, Ungarn, Albanien, Bulgarien und der Türkei eingerichtet worden seien. Als ein Erfolg dieser Projekte sei zu sehen, daß das rumänische Parlament derzeit ein Gesetz zur Korruptionsbekämpfung nach einem von seiner Dienststelle entworfenen Modell erarbeitet habe. Die Verfolgung und Bestrafung von Mitgliedern krimineller Vereinigungen werde ebenfalls erleichtert durch kooperative Zeugen- und Informationsschutzregelungen, wie z. B. in den USA und Italien bereits praktiziert. **Arlacchi** wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es in vielen Balkanstaaten keine ausreichenden und den neuen Gegebenheiten entsprechenden Strafrechtsgesetze und Regelungen gebe und hier oftmals noch traditionelle Verfahren angewandt würden. **Arlacchi** bemängelte, daß die Regierungen diese Probleme auf internationalen Konferenzen zwar oft als Priorität bezeichneten, es jedoch in nationalen Politiken und Programmen an einer effizienten Umsetzung mangelte und nicht genügend Ressourcen bereitgestellt würden. Er bezeichnete das in Wien ansässige Büro der Vereinten Nationen als wichtige Schaltstelle für die Vermittlung von Erkenntnissen und normativen Funktionen. Die internationale Kooperation sei nicht nur als Instrument zur Aufdeckung bestehender krimineller Syndikate, sondern auch als eine vorbeugende Maßnahme zu sehen. Der internationale Drogenhandel und das organisierte Verbrechen könnten nur wirksam bekämpft werden, wenn die Justizbehörden in der Lage seien, die gleiche Innovationsbereitschaft, organisatorische Flexibilität und Kooperation an den Tag zu legen, wie sie in den kriminellen Vereinigungen praktiziert werde.

In der anschließenden Diskussion wurde immer wieder hervorgehoben, daß verhindert werden müsse, daß das exportierte Verbrechen für die im Umbruch begriffenen Staaten in Mittel- und Osteuropa zu einem Teil ihres Entwicklungsweges werde. Es müsse versucht werden, das Gleichgewicht von Handel und freier Marktwirtschaft von dieser negativen Komponente der Globalisierung zu trennen. Dabei sei eine sorgfältige Kombination von Regulierung und freier Marktwirtschaft äußerst wichtig.

Der rumänische Abgeordnete **Gheorghiu** wies darauf hin, daß es in seinem Land nicht an Institutionen und Gesetzen fehle, sondern daß die geringen finanziellen Mittel und Haushaltseinschränkungen z. B. eine angemessene Bezahlung der Polizeikräfte fast unmöglich machten. Abg. **Brigitte Schulte** (Deutschland) erklärte, daß technische und materielle Hilfe an Länder, die um solche Hilfe ersuchten, auch an der Bereitschaft dieser Länder ausgerichtet werden sollte, ihre Gesetzgebung auf eine mit den westeuropäischen Demokratien vergleichbare Ebene zu bringen. Der US-Abgeordnete **Hastert** wies darauf hin, daß die Legalisierung von Drogen dazu führe, daß Bankensysteme für die Verschiebung von Geldern benutzt würden. Er forderte mehr Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche. **Arlacchi** wies darauf hin, daß dieses Problem Gegenstand einer Sondersit-

zung der Vereinten Nationen im nächsten Jahr sein werde. Eine Arbeitsgruppe sei derzeit dabei, internationale Mindestnormen in bezug auf das Problem der Geldwäsche zu erarbeiten, wobei zwei absolute Prioritäten zu beachten seien: Daß das Bankgeheimnis und Steueroasen nicht von Untersuchungen über kriminelle Aktivitäten ausgenommen werden dürften und daß die Staaten sich hierzu vertraglich verpflichten müßten.

Als letzten Punkt der Tagesordnung des ersten Sitzungstages behandelte der Ausschuß die vom Abg. **Moya** (Spanien) vorgelegten Berichte über den Friedensprozeß im Nahen Osten und über die Rolle der NATO im Mittelmeerraum. Abg. **Moya** stellte beide Berichte, mit denen sich die Sondergruppe Mittelmeerraum noch ausführlich befassen werde, in einer kurzen Zusammenfassung vor, in der er darauf hinwies, daß das strategische Gleichgewicht der NATO durch Risikofaktoren im „Mittelmeerraum“, die auch eine Gefahr für ganz Europa werden könnten, bedroht werden könnte. Dazu zählten die politische und soziale Instabilität in vielen dieser Staaten, Terroranschläge, große Migrationsströme und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Diese Gefahr sei nicht unbedingt gegen den Norden gerichtet, sondern sei eher eine Süd-Süd-Bedrohung. **Moya** forderte, den viel zu schleppenden Dialog mit den Maghreb-Staaten zu verbessern und im verstärkten Maße zwischen der NATO und den Staaten des südlichen Mittelmeerraums Vertrauen zu schaffen. Ängste und Zweifel der südlichen Staaten gegenüber den neuen Aufgaben des Bündnisses müßten behoben werden, und die NATO müsse alle Punkte, die für diese Staaten mißverständlich und unklar sein könnten, in einem offenen und transparenten Dialog erörtern und erläutern. Ein verstärkter Informationsaustausch und eventuell auch gemeinsame militärische Manöver könnten sicherlich dazu beitragen, das gegenseitige Vertrauen zu stärken. Er setze in dieser Hinsicht große Hoffnungen auf den auf dem Madrider Gipfel geschaffenen Kooperationsrat für den Mittelmeerraum und forderte die NATO auf, eine eigenständige Mittelmeerpolitik zu erarbeiten.

In bezug auf den Friedensprozeß im Nahen Osten stellte Abg. **Moya** fest, daß sein Bericht eine chronologische Zusammenstellung der seit der Osloer Konferenz stattgefundenen Entwicklungen enthalte. Er äußerte die Besorgnis, daß bei einem Zusammenbruch des Friedensprozesses und einer Verschärfung der derzeitigen Spannungen in Nahost ernste Konsequenzen für den gesamten Mittelmeerraum zu erwarten seien. Beim jetzigen Stand der Entwicklungen sei es schwierig, an eine zweite Friedenskonferenz in Oslo zu glauben. Ein neuer „Camp David“-Geist sei erforderlich, um die festgefahrene Situation wieder in Bewegung zu bringen. Die Palästinenser müßten die Sicherheit erhalten, daß ein palästinensischer Staat mit unverletzlichen Grenzen entstehen werde, was auch für Israel sichere Grenzen bedeuten werde. Es sei unbedingt notwendig, aus der derzeitigen Sackgasse herauszukommen.

Abg. **Landers** (Vereinigte Staaten) betonte, daß der Friedensprozeß von existentieller Bedeutung für Israel sei und daß die große Gefahr drohe, daß dieser

Prozeß nun nahezu zerfalle. Man müsse die Frage stellen, welches die Gründe für diese ernste Situation im Nahen Osten seien. Der Ausgang der Wahlen in Israel sei trotz der Bemühungen der vorhergehenden Regierung ein Ergebnis der Terroranschläge der letzten Monate. Die Angst um die Sicherheit habe viele Wähler bei ihrer Entscheidung beeinflusst. Er lehne es ab, nur die israelische Seite für die jüngsten Entwicklungen verantwortlich zu machen und betonte, daß Israel als Opfer der Terroranschläge viel Leid erfahren und den Verlust vieler unschuldiger Menschen zu beklagen habe. Der niederländische Abgeordnete **van Eekelen** betonte, daß die Sicherheitsvorstellungen der arabischen Staaten ganz anders aussähen als die im Rahmen der EU und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festgelegten Konzepte. In dem Bericht sollte auch auf Algerien – ein Land, in dem eine potentiell explosive Situation zu einer Massenflucht führen könnte – eingegangen werden. Abg. **Moya** (Spanien) unterstrich zusammenfassend, daß es Ansätze für eine hoffnungsvolle Zukunft gebe, und daß beide Seiten im Nahost-Prozeß gezwungen werden müßten, entscheidende Schritte zu ergreifen. Sowohl Vertreter der USA als auch Europas hätten sich bemüht, den Friedensprozeß am Leben zu erhalten. Wahrscheinlich verfüge die USA über mehr Gewicht, doch werde auch von der Europäischen Union erwartet, daß sie ihren Einfluß geltend mache. Er forderte von den Palästinensern verstärkte und wirksamere Maßnahmen zur Unterbindung des Terrorismus, beschwor aber auch die israelische Regierung, sich nicht zu sehr auf Sicherheitsargumente zu konzentrieren. In Oslo habe man sich bemüht, einen schrittweisen Plan zu entwickeln, der letztlich zur Autonomie Palästinas führen solle. Die Ausschußmitglieder überwiesen beide Berichte zur eingehenden Erörterung an die Sondergruppe Mittelmeerraum.

Der Ausschuß hatte ferner den albanischen Ministerpräsidenten, **Fatos Nano**, eingeladen, über die derzeitige Situation in Albanien zu berichten. Der albanische Ministerpräsident begrüßte es, daß sich der Ausschuß so eingehend mit den politischen Entwicklungen und der Stabilität auf dem Balkan befasse, wozu auch die Auseinandersetzung mit der kritischen Situation in seinem Land in den vergangenen Monaten gehöre. Er dankte den Bündnisstaaten und einer Reihe von „PfP“-Staaten für ihre Unterstützung der Bemühungen der neuen albanischen Regierung, wieder normale Zustände im Lande herzustellen. Die NATO genieße in seinem Land hohes Ansehen, und daher gehöre die Festigung der Beziehungen zur NATO und die aktive Beteiligung an den euro-atlantischen Strukturen und Organisationen zu den wichtigsten Zielen der albanischen Außenpolitik. **Nano** betonte nachdrücklich, daß sich sein Land bemühe, alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Bündnisstaaten durch den in Madrid geschaffenen euro-atlantischen Partnerschaftsrat zu nutzen, und letztlich hoffe, eines Tages auch Mitglied der NATO zu werden. Der Ministerpräsident unterrichtete die Ausschußmitglieder über die Anstrengungen seines Landes, eine wirtschaftliche Erholung und nachhaltiges Wachstum im Land herbeizuführen. Dies be-

inhalte die Wiederherstellung der makro-ökonomischen Stabilität, den Aufbau eines funktionierenden Finanzsektors und eine Stärkung des sozialen Netzes. Ein steuerliches Konsolidierungsprogramm zur Eindämmung der Steuerhinterziehung, das mit Hilfe der EU erarbeitet worden sei, sei hierfür unverzichtbar. Gleichzeitig gelte es, einen Anstieg der Inflationsrate zu verhindern. Die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes sei eng verknüpft mit der Wiederherstellung der Sicherheit im Lande, um u.a. das Vertrauen neuer Investoren zu gewinnen. Die Regierung habe sich diesbezüglich auf ein Drei-Phasen-Programm zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung verständigt. Dieses Programm beinhalte die strikte Beachtung der Rechtsstaatlichkeit, funktionierende demokratische Institutionen, die Entwicklung einer gesunden Marktwirtschaft und eine offene bürgerliche Gesellschaft. Die nach den Wahlen vor drei Monaten aus einer Koalition von fünf Parteien hervorgegangene Regierung habe sich die schwierige Aufgabe gestellt, ein Klima des gegenseitigen Vertrauens im Lande zu schaffen, in dem alle Mehrheiten und Minderheiten ihren Platz finden könnten. Dazu gehöre der Erlaß, die Waffen in der Bevölkerung einzusammeln, eine Aufgabe, die bereits eingeleitet worden sei und gute Erfolge zeitige. Die Bevölkerung habe verstanden, daß niemand für die eigene Sicherheit und die Sicherheit seines Hab und Gutes alleine sorgen könne. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, die der zivilen und demokratischen Kontrolle untersteht, müßten solide aufgebaute staatliche Institutionen übernehmen. Auch eine Reorganisation der Streitkräfte sei bereits eingeleitet. Erste Erfolge seien von der kürzlich zu einem Besuch im Land eingetroffene NATO-Erkundungsmission festgestellt worden. Der Vorschlag eines individuellen Partnerschaftsprogramms mit der NATO werde von Albanien begrüßt, weil dieses Programm den dringenden kurzfristigen Bedarf des Landes genau widerspiegle und die Grundlage für eine langfristige Kooperation schaffe. Vor wenigen Wochen sei auch beschlossen worden, eine besondere Mission Albaniens auf Botschafterebene bei der NATO in Brüssel einzurichten. Der Ministerpräsident unterstrich abschließend mit Nachdruck, daß Albanien allergrößten Wert auf die Zusammenarbeit, sowohl in seiner Innen- als auch in seiner Außenpolitik, lege. Es sei offen für den Dialog, bekenne sich zu den gemeinsamen Werten Europas und den eingegangenen Verpflichtungen und trete für Frieden und Stabilität im eigenen Land sowie weltweit ein. Angesichts der bevorstehenden Ministerkonferenz in Rom über Albanien und der Konferenz der Geberstaaten in Brüssel versicherte er den Ausschußmitgliedern, daß man in Albanien den Empfehlungen von Rom mit einem Höchstmaß an Verantwortung nachkommen werde und sich dessen bewußt sei, daß die Zukunft des Landes untrennbar mit der Europas, mit den euro-atlantischen Strukturen und den demokratischen Grundsätzen und Werten verknüpft sei.

Die im Anschluß an den Vortrag gestellte Frage von Abg. **Ruperez** (Spanien), inwieweit die Oppositionsparteien mit in die Regierungspolitik eingebunden würden und ob es gelinge, diejenigen, die durch das

Pyramidensystem finanzielle Schäden erlitten hätten, zu entschädigen, erwiderte der Ministerpräsident, daß die albanische Regierung bemüht sei, die Oppositionsparteien in die institutionelle Verantwortung einzubinden, indem sie Politikern der Oppositionsparteien in einem höheren als durch das Wahlergebnis gerechtfertigten Maße Sitze in Parlamentsausschüssen und bei der Leitung dieser Ausschüsse und anderen Gremien zugestehe. Man sei bestrebt, das Land in einem Geist der nationalen Versöhnung zu regieren und einen Machtmißbrauch oder die Ausschaltung politischer Gegner nicht zuzulassen. Man wolle die Politik nicht auf die Straße verlagern und auch diejenigen einbinden, die die Parteiwahlen boykottiert hätten. In bezug auf das Pyramidensystem seien die notwendigen Rechtsreformen im Gange, damit sich Ähnliches nicht wiederholen könne. Die albanischen Bürger forderten mit Recht eine Aufklärung über die verschwundenen Gelder und erwarteten einen fairen Ausgleich, wobei die Regierung alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um dies zu gewährleisten. Abg. **Brigitte Schulte** (Deutschland) wollte wissen, wie es mit der Kontrolle der Streitkräfte und Polizei stehe und ob die Armee der Regierung gegenüber loyal sei. **Nano** erwiderte, daß die alten Polizei- und Armeestrukturen praktisch nicht mehr existierten und daß die jetzige Regierung dabei sei, auch mit Hilfe von NATO und WEU, neue Polizei- und Armeestrukturen aufzubauen, die den westlichen Normen entsprächen. Gemeinsam mit Vertretern der euro-atlantischen Strukturen habe man begonnen, eine neue Verfassung zu erarbeiten und neue Institutionen zu begründen. Die Ausbildung der Polizei und die Ausrichtung auf die Werte einer bürgerlichen Gesellschaft seien eingeleitet und ein rechtlicher und institutioneller Rahmen für die zivile Kontrolle der Streit- und Polizeikräfte geschaffen; die Beachtung der Rechtsstaatlichkeit stünde als oberstes Ziel im Vordergrund. Albanien wolle die westeuropäischen Erfahrungen nützen und erfolgreiche und bewährte Verfahren übernehmen. Auf die Frage der Abg. **Nardini** (Italien), was die albanische Regierung tue, um den Drogenhandel zu bekämpfen und die Auswanderungs- und Flüchtlingswelle zu stoppen, entgegnete **Nano**, daß Albanien auch bei der Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität darauf setze, seine Polizei- und Justizkräfte besser auszubilden, um dieses Phänomen wirksamer bekämpfen zu können. Dabei sei es aber auch entscheidend auf die Hilfe der Nachbarstaaten, insbesondere Italiens und Griechenlands, angewiesen, was verstärkte Grenzkontrollen und grenzüberschreitende Untersuchungen über die Verflechtungen von kriminellen Vereinigungen angehe.

Der Ausschuß diskutierte am Ende seiner Tagung über den Beitrag des Zivilen Ausschusses zu der von der NAV zu erstellenden Studie über die NATO im 21. Jahrhundert. Hierzu stellte der Ausschußvorsitzende Senator **Migone** (Italien) fest, daß es bei dieser Studie um die Frage gehe, welches die traditionellen Aufgaben der NATO gewesen seien und was jetzt in einer Phase des Umbruchs von einer reformierten NATO erwartet werde. Zu fragen sei auch, was die NATO seit dem Fall der Berliner Mauer getan habe, um den neuen Umständen Rechnung zu tragen.

Auch das Zusammenspiel zwischen Europäern und Amerikanern, u. a. im Rahmen gemeinsamer Friedensoperationen, solle kritisch betrachtet werden, und es müsse analysiert werden, welches die Gründe für ein zu spätes Eingreifen, für falsche Entscheidungen und für fehlende Koordination gewesen sein könnten. Der Schwerpunkt der Untersuchung müsse auf den neuen Aufgaben der NATO liegen. Zwar habe Artikel V noch immer Bestand, doch werde man sich zukünftig in andere Richtungen bewegen, und es stelle sich die Frage, wie man die Mittel, die Truppen und das Gerät der NATO den neuen Gegebenheiten anpassen könne. Die neuen Aufgaben lägen in der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Schaffung gemeinsamer Sicherheitsstrukturen. Erfolgreiche Truppeneinsätze, wie die der SFOR, die der Abschreckung dienten, aber auch polizeiliche Aufgaben und humanitäre Operationen zählten ebenso zu diesen neuen Herausforderungen. Ganz wichtig sei auch die Frage der Verteilung der Zuständigkeitsbereiche zwischen Europäern und Amerikanern, und natürlich die der Lastenteilung.

In der allgemeinen Debatte zu diesem Thema erläuterte der Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses, **Stan Sloan**, daß bislang nur ein Entwurf zu dieser Studie existiere und daß dieses ehrgeizige Projekt insofern eine große Herausforderung, aber auch eine Chance für die NATO enthalte, als man sich darüber klar zu werden versuche, wie das Bündnis im 21. Jahrhundert aussehen und was es leisten könne. Man wolle sich bei dieser Studie nicht zu sehr auf die Vergangenheit und auch nicht zu stark auf die Jugoslawienkrise konzentrieren, sondern möglichst ein umfassendes Konzept erarbeiten, in das die Vorschläge und Ideen aller Ausschüsse der NAV einfließen sollten. Abg. **Paecht** (Frankreich) stellte hierzu fest, daß die Tatsache, daß man Veränderungen der NATO für das 21. Jahrhundert plane, auch impliziere, daß die NATO in ihrer jetzigen Form nicht mehr den aktuellen Anforderungen entspreche. Erneuerung und Anpassung an die neuen geopolitischen Strukturen seien erforderlich. Es gehe auch darum zu definieren, welche die zukünftigen Bedrohungen des Bündnisses sein könnten, denn man könne nicht davon ausgehen, daß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht auch andere große Gefahren entstehen könnten. Zu erwägen sei z. B. auch eine Reaktion des Bündnisses auf weltweite Probleme wie die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, der internationale Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Das Anliegen der Europäer zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu finden, sei berechtigt, obwohl man noch weit davon entfernt sei. Deshalb gelte es, im Rahmen der NATO dafür Sorge zu tragen, daß sich die Amerikaner weiter in Europa engagierten. Dazu bemerkte Abg. **Brigitte Schulte** (Deutschland), daß bei einer Diskussion über die Zukunft der NATO vor allem die Frage gestellt werden müsse, warum Europäer und Amerikaner einander bräuchten. Neben Problemen wie dem Bevölkerungsanstieg und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gebe es noch viele Gefahren für den Weltfrieden. Sie betonte, daß 10 % der Bevölkerung im Wohlstand lebten und 90 % versuchten, legal oder illegal an diesem Wohlstand teil-

zuhaben. Auch die NATO trage Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung, und hierbei seien Amerikaner und Kanadier ebenso auf die Europäer angewiesen wie umgekehrt. Schließlich trage man eine gemeinsame Verantwortung für die Entwicklungen in der Welt. Abg. **Brigitte Schulte** sprach sich für eine gemeinsame Politik der Europäer aus, was auch im Interesse der USA liegen müsse. Es müsse in Absprache geplant und gehandelt werden, und die Europäer müßten für die USA verlässliche Partner sein. Bei der Einschätzung von Krisen zeige sich sehr oft, daß die Beteiligten ganz eigene Interessen verfolgten. Das gelte z. B. auch für den Nahost-Konflikt. Abg. **Brigitte Schulte** forderte auch eine bessere Abstimmung zwischen den USA und den Europäern bei der Streitkräfteplanung. Dem pflichtete der Abg. **van Eekelen** (Niederlande) bei, indem er betonte, daß das strategische Konzept der NATO revidiert werden müsse, und daß auch festgelegt werden sollte, wie die politische Mitwirkung der Europäer in der NATO aussehen solle. Er unterstrich, daß angesichts der zahlreichen unvorhersehbaren Entwicklungen, z. B. in Rußland und auf dem Balkan, der Verbreitung der Massenvernichtungswaffen und der Situation im Nahen Osten, es unerlässlich sei, daß die NATO eher verstärkte Sicherheitsstrukturen als Verteidigungsstrukturen entwickle.

Nach Abschluß der Debatte unterrichtete der Ausschußvorsitzende die Ausschußmitglieder über die geplanten zukünftigen Aktivitäten des Ausschusses, zu denen neben der weiteren Befassung mit dem Balkanproblem und mehreren Besuchen und Seminaren in verschiedenen Balkanstaaten, darunter auch im Juni 1998 in Skopje, ein Besuch in der Türkei gehörte. Geplant sei auch die Einrichtung eines neuen Unterausschusses, der sich mit der Reform der NATO und den neuen Aufgaben des Bündnisses befassen solle.

Zum Abschluß ihrer Tagung wählten die Ausschußmitglieder die neuen Amtsträger des Ausschusses für Zivile Angelegenheiten und seines Unterausschusses. Dabei wurde der Ausschußvorsitzende Senator **Migone** (Italien) in seinem Amt bestätigt. Zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurden der griechische Abg. **Papaellias** und der Abg. **McInnis** (Vereinigte Staaten) gewählt. Als Sonderberichterstatter wurde der Abg. **Paecht** (Frankreich) in seinem Amt bestätigt. Zum assoziierten Sonderberichterstatter für das Thema „Organisiertes Verbrechen“ wurde der Abg. **Csoti** (Ungarn) gewählt. Zum Sonderberichterstatter für das Thema „Die Medien auf dem Balkan“ wurde der Abg. **Gheorghiu** (Rumänien) gewählt. Zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Sicherheit und zivile Zusammenarbeit“ wurde die Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurde die Abg. **Briseplère** (Frankreich) in ihrem Amt bestätigt, ebenso Abg. **van Eekelen** (Niederlande) in seinem Amt als Berichterstatter.

Zu Beginn der Sitzung der Arbeitsgruppe „Mittelmeerraum“ gab Abg. **Moya** (Spanien), der den Vorsitzenden Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) vertrat, eine kurze Einführung. Er teilte mit, daß die israelische Delegation darum gebeten habe, die Be-

ratungen zu vertagen, da sie wegen des Jom-Kippur-Tages nicht teilnehmen könne. Er schlage daher vor, die Diskussion auf das Treffen der Arbeitsgruppe „Mittelmeerraum“ im nächsten Monat in der Türkei zu verschieben. In der weiteren Aussprache über den Vertagungsantrag erklärte Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), sie sei mit der bisherigen Arbeit der Arbeitsgruppe sehr unzufrieden, unter anderem sei der Bericht über die Lage im Mittelmeerraum längst überholt. Im übrigen bat sie um Klärung, wer der Anwesenden überhaupt stimmberechtigt sei.

Abg. **Moya** (Spanien) erklärte, der Ständige Ausschuß habe sich dahingehend verständigt, daß vor der Annahme des Berichtes durch die Arbeitsgruppe „Mittelmeerraum“ dieser in den Ausschüssen diskutiert werden müsse, damit von dort Anregungen aufgenommen werden könnten. Theoretisch wäre, da sich die Ausschüsse mit dem Bericht befaßt hätten, eine Annahme möglich. Er beurteile dies jedoch als ein ungünstiges Vorgehen, da bisher zu wenig Zeit zur Verfügung gestanden habe, die Anregungen aus den Ausschüssen zu prüfen und darüber nachzudenken. Insofern wäre eine Bedenkzeit bis zum Treffen in der Türkei sehr nützlich. Er sprach sich daher dafür aus, sowohl den Bericht „Die Rolle der NATO im Mittelmeerraum“ als auch den Bericht „Vier Jahre nach Oslo: Gibt es noch einen Friedensprozeß im Nahen Osten?“ zu vertagen.

Abg. **Mateman** (Niederlande) erklärte, auch seine Darstellung der Studie der Mittelmeergruppe zur Rolle der NATO im 21. Jahrhundert wolle er erst in der Türkei vorstellen und diskutieren lassen.

Nach eingehender Aussprache einigte sich die Arbeitsgruppe darauf, ihre Beratungen zu vertagen und am ersten Tag des Treffens in der Türkei eine Aussprache mit allen Delegationen zuzulassen, am zweiten Tag jedoch die Teilnahme an den Sitzungen der Arbeitsgruppe auf die Mitglieder der Arbeitsgruppe zu beschränken. Zuletzt wählte die Arbeitsgruppe „Mittelmeerraum“ Abg. **Mateman** (Niederlande) zum neuen Vorsitzenden.

Plenarsitzung

In seiner Eröffnungsansprache vor der Nordatlantischen Versammlung ließ ihr Präsident, Senator **William V. Roth** (Vereinigte Staaten) das vergangene Jahr Revue passieren. Die NATO sei ein wichtiger Faktor für Frieden und Stabilität in der transatlantischen Gemeinschaft. Dank der Durchsetzungsfähigkeit und Führung des Bündnisses gebe es in Bosnien Anlaß zu Optimismus, weil es dort im Zusammenwirken mit anderen europäischen Ländern der NATO gelungen sei, die Feindseligkeiten zu beenden. Das behutsame Vorgehen einerseits und die punktuelle geschickte Machtdemonstration andererseits hätten in dieser Region in Verbindung mit internationaler Unterstützung begründete Hoffnung auf Versöhnung geweckt. Anschließend bezeichnete **Roth** die Grundakte mit Rußland als einen Meilenstein auf dem Weg zu einem neuen konstruktiven Dialog zwischen Rußland und dem Westen. Schon zu Beginn dieser neuen Beziehung habe die erste Begegnung auf Minister-

ebene Früchte getragen. Auch das Bündnis selbst habe 1997 produktiv und richtungsweisend gearbeitet; so habe der Madrider Gipfel ein Ergebnis gezeitigt, auf das man fast zehn Jahre hingearbeitet habe: die klare Verpflichtung, sich für die beitrittswilligen Länder Mittel- und Osteuropas zu öffnen. So stehe der Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik noch vor Ostern 1998 an, und in seinem Land – den Vereinigten Staaten – sei mit der Ratifizierung der Beitrittsprotokolle zu rechnen.

Trotz dieser eindrucksvollen Erfolge stehe das Bündnis im nächsten Jahrhundert vor drei Herausforderungen: Erstens, die überflüssige und Zwietracht säende Diskussion über die Lastenteilung. Unbestritten sei, daß sich die Verteidigungsanforderungen grundsätzlich geändert haben, weil die Bedrohungen für die transatlantische Sicherheit sehr viel komplexer, d.h. logistisch wie auch technologisch vielschichtiger geworden seien. Deshalb erforderten Frieden und Freiheit weiterhin finanzielle wie materielle Anstrengungen, die man nicht gratis bekomme. Um keine Unstimmigkeiten aufkommen zu lassen, sei eine transparente Aufstellung der durch die NATO-Erweiterung verursachten Kosten erforderlich, zu denen auch Aufwendungen für die Errichtung von Kommunikationsmöglichkeiten, die Eingliederung in die integrierte Kommandostruktur sowie die Instandsetzung von Flughäfen und Lagerstätten gehörten.

Die Bündnismitglieder rief Präsident **Roth** dazu auf, ihre neuen Missionen wirklich ernst zu nehmen und dies unter Beweis zu stellen, indem sie ihre Streitkräfte gemäß den Richtlinien des Strategischen Konzeptes und den sich daraus ergebenden militärischen Erfordernissen umstrukturieren.

Als zweite Herausforderung hob Präsident **Roth** die wachsende Kluft zwischen der militärtechnologischen Entwicklung innerhalb der Bündnisländer – insbesondere zwischen den USA und Europa – hervor, die auch Gegenstand der von der Versammlung in Auftrag gegebenen Studie sein werde. Dabei verwies **Roth** auf Änderungen von General **Klaus Naumann**, der davor warne, daß ein immer größeres technologisches Gefälle gemeinsame Manöver und Operationen der Bündnisstreitkräfte von Mal zu Mal schwieriger mache.

Drittens bezeichnete Präsident **Roth** die Notwendigkeit der internen Anpassung, d.h. die Reform der NATO-Kommandostruktur, als Grundvoraussetzung für den Ausbau einer Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität. Die Integration neuer Mitglieder sei nur mit einer Straffung der Kommandostrukturen möglich, welche auch der Sicherheit des Bündnisses diene. Abschließend appellierte **Roth** an die Delegierten, daß das Erfolgsgeheimnis des Bündnisses während des Kalten Krieges, nämlich der transatlantische Konsens gepaart mit militärischer Fähigkeit, nun wo der Kalte Krieg beendet sei, nicht an Dynamik verlieren dürfe, denn auch in Zukunft werde die NATO Herausforderungen begegnen müssen, die mitunter jenseits der bekannten Muster und auch jenseits der Grenzen des Bündnisses lägen. Zuletzt erinnerte **Roth** daran, daß die NATO-Erweite-

rung auf einer Zukunftsvision basiere, einer Vision von einem stabilen und leistungsfähigen Europa, in dem Wohlstand und Demokratie gedeihen könnten.

Rede des Präsidenten des Abgeordnetenhauses des rumänischen Parlamentes, Ion Diaconescu

Eingangs bemerkte **Diaconescu**, daß es für ihn als Präsidenten der Abgeordnetenkammer die Erfüllung seiner ganz persönlichen Hoffnungen und Träume sei, an der Tagung der Nordatlantischen Versammlung mitzuwirken, zumal ihn während seiner langjährigen politischen Gefangenschaft und Deportation nie die Hoffnung verlassen habe, daß Rumänien als Teil der westlichen Welt von der euro-atlantischen Wertegemeinschaft nicht im Stich gelassen werde. Präsident **Diaconescu** äußerte seine Überzeugung, daß in Rumänien nicht nur die Jahre des totalitären Alptraums endgültig vorüber seien, sondern auch die schmerzlichen Wunden aus als Erbe dieser Zeit langsam heilten.

Im Mittelpunkt des Interesses seines Landes stehe gegenwärtig die NATO-Erweiterung. Die rumänische Delegation habe die NAV-Herbsttagung zum Anlaß für bilaterale Gespräche mit Vertretern verschiedener Delegationen über dieses Thema genommen. Die grundlegenden weltweiten Veränderungen hätten auch Rumänien erfaßt, das den umfangreichen Prozeß der Anpassung an die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts energisch angepackt habe. Gerade in den letzten elf Monaten seien beachtliche Erfolge erzielt worden; so seien im November 1996 freie und faire Wahlen abgehalten worden und der sich daraus ergebende Machtwechsel habe friedlich und demokratisch stattgefunden. Als Ergebnis dieser Wahlen sei ein Programm zur Förderung wirtschaftlicher und sozialer Reformen in bisher nie gekanntem Ausmaß aufgelegt worden. Dazu habe das Parlament und die Regierung Rumäniens ein Gesetzespaket für alle wichtigen Reformbereiche verabschiedet, u.a. auch zur Erhöhung der Attraktivität des Landes für ausländische Investoren. So nähere sich sein Land dem Standard für eine zukünftige Mitgliedschaft im Bündnis.

Die in Madrid geführte Debatte mit dem Ergebnis einer ersten Erweiterungswelle habe das Land enttäuscht, weil Rumänien auf den ersten Platz der Warteliste verwiesen worden sei. Diese Enttäuschung habe Rumänien inzwischen verwunden, dank der unmittelbar nach dem Gipfel ausgesandten ermutigenden Signale durch den Besuch Präsident Clintons sowie Repräsentanten anderer Länder wie Frankreich, Italien und Deutschland. Für diese Geste danke **Diaconescu** seinen Freunden. Mit großem Interesse beobachte sein Land den Integrationsprozeß der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens, aus dem man Schlußfolgerungen ziehen und Erfahrungen gewinnen wolle. In nächster Zukunft werde Rumänien sein Bekenntnis zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder im politischen Alltag zu untermauern suchen, wirtschaftliche Reformen, Konsolidierung der Marktwirtschaft und Umstrukturierung sowie Modernisierung der Streitkräfte

energisch vorantreiben, und schließlich auch den Forderungen nach technologischer Interoperabilität Genüge tun.

Nicht unerwähnt lassen wolle er die Erfolge – die auch von der Staatengemeinschaft anerkannt würden – bei der Minderheitenfrage; hier habe Rumänien beispielhafte Arbeit geleistet, indem es in kürzester Zeit mit der Unterzeichnung entsprechender Abkommen internationale Standards erreicht habe. Alles in allem hoffe Rumänien aufgrund seiner geopolitischen und geostrategischen Situation, daß es noch vor dem Jahr 2000 in das Bündnis aufgenommen werde, wovon es nicht nur Sicherheit erhoffe, sondern auch seinen Teil beitragen werde.

*Rede des Präsidenten des rumänischen Senats,
Petre Roman*

Zu Beginn seiner Rede erinnerte **Petre Roman** die Delegierten daran, daß er bis vor kurzem einer von ihnen gewesen sei, der seine Tätigkeit in der NAV genutzt habe, um einerseits die demokratische Entwicklung in Rumänien voranzutreiben und um andererseits die Hoffnung seiner Mitbürger auf eine Integration in die Strukturen der NATO zu nähren. Nach wie vor brauche man die NATO, weil die in der Vergangenheit liegenden Konflikte gezeigt hätten, daß sie verursacht worden seien durch zu wenig Wachsamkeit und Achtsamkeit gegenüber den Risiken, die den Frieden gefährdeten. Ohne eine kluge und ethisch begründete Führung stolpere die Demokratie ziellos in Brutalität und Abenteuerum; gerade das verhindere die NATO mit ihrer gemeinsamen Führung und Verantwortung für alle der Demokratie verpflichteten Menschen. Ein wichtiges Ziel der NATO liege darin die Bedeutung von Demokratie, Bürgerrechten und -pflichten zu vertiefen und auszuweiten, so daß der Mann auf der Straße ein Gefühl für Achtung und Würde auf der Grundlage von Gesetzen entwickle.

Europa bestehe nicht mehr aus miteinander verfeindeten Staaten, wozu die NATO – gerade auch die NAV – entscheidend beigetragen habe, indem sie den Weg der Vertrauensbildung beschritten habe. Gerade auch für Rumänien liege in der Vertrauensbildung der Schlüssel zur vollen Mitgliedschaft in der NATO. Dafür sei auf dem Madrider Gipfel eine Tür geöffnet worden und Rumänien hoffe sehr, 1999 der NATO beitreten zu können. In den vergangenen acht Jahren haben auch die Staaten, die erst vor kurzem unabhängig geworden seien, die Hoffnung entwickelt auf Demokratie und Integration in die europäischen und euro-atlantischen Strukturen. Erst in jüngster Zeit habe er die Kaukasusländer Georgien, Armenien und Aserbaidschan besucht, und auch diese Länder hätten trotz ihrer starken nationalstaatlichen Ausrichtung sehr große Hoffnungen auf eine Integration in europäische Strukturen. Deshalb appellierte **Roman** an die NATO, eine neue strategische Vision unter Berücksichtigung des Kaukasus zu entwerfen und sich dabei zu vergegenwärtigen, daß die von der NATO geteilten gemeinsamen Werte und Ziele, auch andere unabhängige Staaten als

neue Mitglieder, die diesen Werten ebenso verpflichtet seien, aufzunehmen.

Rede des NATO-Generalsekretärs, Javier Solana

Zu Beginn seiner Ausführungen würdigte **Solana** die Vorreiterrolle der Parlamentarier der Nordatlantischen Versammlung, die lange vor der Einrichtung des Nordatlantischen Kooperationsrates mit Kollegen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas Kontakt aufgenommen hätten, und ermunterte sie, auch weiterhin die Vorhut für Aktivitäten des Bündnisses zu bilden.

Inzwischen sei die Vision eines vereinten sicheren und friedlichen Europa in greifbarere Nähe gerückt als jemals zuvor in der langen Geschichte dieses Kontinents; daran habe die NATO in den vergangenen Jahren entscheidend mitgewirkt. Infolgedessen hätten drei Partnerländer Beitrittsgespräche aufgenommen, zukünftigen Mitgliedern werde der Zutritt nicht verwehrt, eine neue Partnerschaft mit Rußland sei initiiert worden, durch den euro-atlantischen Partnerschaftsrat seien Konsultationen intensiviert worden, die „Partnerschaft für den Frieden“ sei verstärkt, mit der Ukraine eine Charta unterzeichnet, der Dialog mit den Mittelmeeranrainern aufgenommen worden und letztlich seien auch bei der Reform der NATO-Kommandostruktur weitere Fortschritte erzielt worden. Auch wenn es zunächst unsinnig erscheinen mag, in Zeiten relativen Friedens in Europa die Sicherheit immer noch in das Zentrum des Interesses zu stellen, so sei dies doch darin begründet, daß nur in gesichertem Frieden Freiheit und Demokratie Wurzeln schlagen könnten. Deshalb habe die NATO beschlossen, neue Mitglieder nur dann aufzunehmen, wenn diese dieselben Werte wie die westeuropäischen Länder teilen. Mit der Erweiterung könne jedoch kein Unrecht aus der Vergangenheit repariert werden, sie schaffe vielmehr die Grundvoraussetzungen für zukünftige Stabilität und Wohlstand. Sollte sich die NATO der Erweiterung verweigern, dann würde das Vertrauen der Länder Mittel- und Osteuropas schwinden und sie würden sich nach anderen Sicherheitsallianzen umsehen. Die Beitrittsgespräche mit der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen werden im November abgeschlossen sein und dem folgt als weiterer entscheidender Schritt der Ratifizierungsprozeß in den 16 Mitgliedsländern. Aus Anhörungen vergangene Woche im US-Senat wurde deutlich, daß dabei kritische Fragen gestellt werden. Dies sei durchaus legitim und letztlich auch hilfreich. **Solana** zeigte sich zuversichtlich, daß im Laufe dieser Diskussion die Unterstützung für die Erweiterung der NATO wachsen werde. In diesem Zusammenhang höre er immer wieder das Argument, daß die Kosten der Erweiterung exzessiv seien und unter den Verbündeten unfair aufgeteilt würden. Gegenwärtig arbeite die NATO sehr intensiv an einer Studie zu den konkreten Zahlen, die bis zum Dezember-Treffen der NATO-Außen- und Verteidigungsminister vorliegen würden. Bereits jetzt könne er sagen, daß diese Kosten handhabbar sein und zwischen den zukünftig 19 Verbündeten gerecht aufgeteilt werden. Im übrigen hätten die drei neuen Beitrittskandidaten

wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, nicht nur die Vorzüge einer NATO-Mitgliedschaft sondern auch die damit verbundenen Verpflichtungen uneingeschränkt zu übernehmen. Gleichzeitig widersprach er der Auffassung, daß die Erweiterung der NATO Rußland weiter isolieren werde. Das Gegenteil sei der Fall: durch die Grundakte werde Rußland näher an das Bündnis herangeführt und diese Zusammenarbeit stabilisiere Europa, weil sie neben der NATO auch Rußlands Fähigkeiten stärke, auf Instabilitäten und Krisensituationen an der Peripherie zu reagieren.

In Madrid habe man stets darauf hingewiesen, daß die NATO-Erweiterung kein einmaliger Vorgang sondern ein kontinuierlicher Prozeß sei, währenddessen die Tür zur NATO auch anderen demokratischen Ländern offenstehe. Gleichwohl habe sich verständlicherweise Enttäuschung bei all denjenigen breit gemacht, die nicht zur ersten Beitrittswelle gehörten. Die Beitrittsaspiranten werden ihre Interessen weiterhin energisch vertreten und mit Blick auf die angestrebte Mitgliedschaft in der NATO und der EU die Reformen in ihren Ländern energisch vorantreiben. Exemplarisch nannte **Solana** größere Interoperabilität mit der NATO durch die Teilnahme an der verstärkten „PfP“, intensivere Verteidigungsplanung und ihre Teilhabe an den zukünftigen Hauptquartieren der NATO. In der Grundakte habe man mit Rußland eine engere Kooperation vereinbart und der neu eingerichtete Ständige Gemeinsame Rat habe seine Arbeit unter Teilnahme der NATO-Außenminister und des russischen Außenministers **Primakow** bereits aufgenommen. Das Arbeitsprogramm für Konsultations- und Kooperationsaktivitäten der kommenden Monate werde durch Expertengruppen, die sich mit Problemen wie Katastrophenhilfe, Umwelt und „peace-keeping“ befassen, vorbereitet. Ebenso sei die Situation in Bosnien Diskussionssthema gewesen. Im übrigen trage auch das jüngst eröffnete NATO-Dokumentationszentrum in Moskau dazu bei, die Öffentlichkeit in Rußland über die NATO und ihren breiten Ansatz zur Sicherheit gezielt zu informieren. Für ein umfassendes Verhältnis NATO – Rußland müsse jedoch auch die militärische Dimension mitberücksichtigt werden, und deshalb forderte **Solana** Rußland auf, vorbehaltlos die „PfP“ anzunehmen und militärische Verbindungen zur NATO aufzubauen.

Mit der Unterzeichnung der Charta sei auch die besondere Beziehung zur Ukraine auf gutem Wege, einem Staat, der aufgrund seiner Größe und geostrategischen Lage für die Sicherheit und Stabilität in Europa ausschlaggebend sei. Die Ukraine sei nunmehr ein Partner in der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, und vergangene Woche habe bei einem ersten Treffen der Kommission NATO/Ukraine ein Arbeitsprogramm auf den Weg gebracht werden können; dies beinhalte Fortschritte und ein gemeinsames Vorgehen auf Gebieten wie Krisenmanagement, Rüstungskontrolle sowie die wirtschaftlichen und umweltpolitischen Aspekte der Sicherheit.

Bei alledem nicht zu vergessen sei der Dialog mit den Mittelmeerländern, Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko und Tunesien, der durch die

Schaffung des Mittelmeerausschusses eine institutionelle Grundlage bekommen habe.

Bosnien sei nun fast zwei Jahre befriedet, wozu die NATO und weitere 21 Partner im Rahmen einer internationalen Friedenskoalition beigetragen haben. Die vor wenigen Wochen abgehaltenen Kommunalwahlen seien ein erster Schritt in Richtung Demokratisierung und Versöhnung. Mithin seien auch ermutigende Signale wahrnehmbar, daß die bosnische Bevölkerung zu einer multiethnischen toleranten Gesellschaft zurückfinden wolle. Die NATO müsse einerseits jene Kräfte unterstützen, die das Dayton-Abkommen umsetzen und andererseits jenen entschiedenen Widerstand entgegensetzen, die den Friedensprozeß behindern oder stören wollen. Sich zu einem Zeitpunkt von Dayton zu verabschieden, wo die Hartnäckigkeit und Entschlossenheit der NATO endlich Ergebnisse zeitige, sei seiner Ansicht nach absurd, weil gerade jetzt die Medien demokratisiert würden, die Polizeitruppe gut arbeite, neue Botschafter ernannt worden seien und die gemeinsamen Institutionen funktionieren würden. Schließlich hätten auch die Bemühungen gefruchtet, durch konstanten Druck die Überstellung beschuldigter Kriegsverbrecher nach Den Haag voranzutreiben. Insgesamt betrachtet sei die NATO in den zurückliegenden Jahren erfolgreich gewesen und könne zuversichtlich in die Zukunft blicken, ihre Vorstellung von Partnerschaft und Kooperation in der gesamten euro-atlantischen Region umsetzen zu können.

In der anschließenden Diskussion fragte Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich), ob die Kosten der NATO-Erweiterung nicht etwas konkretisiert werden könnten und ob beabsichtigt sei, diese Kosten offenzulegen. **Solana** bemerkte dazu, daß die NATO momentan sehr viel Energie darauf verwende, eine Studie über die Kosten zu erstellen, die vor der Novembertagung veröffentlicht werden solle, worin die Kosten transparent und aufgeschlüsselt dargestellt werden. Er sei jedoch davon überzeugt, daß die Erweiterung für jedes Land Vorzüge biete, weil sie auf jeden Fall günstiger sei, als wenn die Länder sich individuell um die Sicherheit bemühen müßten. In die gleiche Richtung wies die Frage des Abg. **Estrella** (Spanien), der zunächst bemängelte, daß zu den Kosten wenig Substantielles vorliege und deshalb den Generalsekretär konkret fragte, ob das für die Erweiterung erforderliche Geld durch zusätzliche Beiträge der einzelnen Verbündeten aufzubringen sei oder aus dem NATO-Budget entrichtet werde. **Solana** erneuerte seine Aussage, daß noch vor November eine Übersicht über die Kosten vorliegen werde, warb jedoch auch um Verständnis dafür, daß die Erweiterung in allererster Linie eine politische Entscheidung sei, bei der man natürlich die Kostenfrage nicht ignorieren dürfe. Auf die Frage des Abg. **Volkov** (Rußland), ob in Zukunft auch Rußland Mitglied der NATO werden könne, erwiderte **Solana**, man solle nie nie sagen und verwies darauf, daß auch die heutige Situation noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen sei. Abschließend fragte Abg. **van Traa** (Niederlande), wie man mit den Kriegsverbrechern verfahren werde und wann mit ihrer Überstellung nach Den Haag zu rechnen sei. **Solana** entgegnete, daß bei einigen Län-

dem dahin gehend Erfolge erzielt worden seien, daß jetzt alle Kriegsverbrecher nach Den Haag überstellt werden und dort einen fairen Prozeß erhalten sollten, denn letztlich sei ohne Gerechtigkeit keine Versöhnung und ohne Versöhnung kein Frieden möglich.

Danach stellte der Schatzmeister der Versammlung, **Sir Geoffrey Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) den Geschäftsbericht für das Jahr 1997 und den Haushaltsentwurf für das Jahr 1998 vor, in dem wiederum die Empfehlungen und Anmerkungen der NATO-Rechnungsprüfer und der externen Rechnungsprüfer berücksichtigt worden seien. Daraufhin verabschiedete die Nordatlantische Versammlung in Abwesenheit der deutschen Delegation beide Vorlagen. Per Akklamation wurde der US-amerikanische Senator **William V. Roth** ebenso in seinem Amt als Präsident der Versammlung bestätigt wie die Abg. **Estrella** (Spanien), **Holstein-Campilho** (Portugal) und **Solomon** (Vereinigte Staaten) als Vizepräsidenten. Der Abg. **Paocht** (Frankreich) wurde ebenfalls per Akklamation zum Vizepräsidenten gewählt.

Plenardebatte zum Thema „Den globalen Herausforderungen gemeinsam begegnen – Die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft“

Eingangs sagte die amtierende Leiterin der deutschen Delegation, Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), als unser Präsident, Senator **Roth**, unseren Kollegen **Klaus Francke** gebeten habe, für die heutige Plenardebatte eine politische Erklärung zum Thema „Transatlantische Partnerschaft“ vorzubereiten, habe **Klaus Francke** dies sehr gerne übernommen; nun hinderten ihn leider gesundheitliche Gründe daran, an dieser Tagung teilzunehmen. Anschließend übermittelte Abg. **Brigitte Schulte** seine herzlichen Grüße und brachte die Freude aller Mitglieder der deutschen Delegation darüber zum Ausdruck, daß diese Tagung in Bukarest stattfindet, wofür **Klaus Francke** und sie als Mitglieder des Ständigen Ausschusses gestimmt haben. Im Namen der ganzen deutschen Delegation dankte sie den Rumänen für ihre große Gastfreundschaft, wünschte ihnen viel Erfolg auf ihrem weiteren politischen Weg in die europäische sowie nordatlantische Integration und vergewisserte die rumänische Delegation dabei der deutschen Unterstützung.

Am Vormittag habe NATO-Generalsekretär **Javier Solana** von der Pionierrolle der NATO-Parlamentarier in der Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas gesprochen. Diese Pionierrolle sollten wir wieder übernehmen, wenn es um die neue Rolle der NATO in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gehe; vor allen Dingen, wenn es um die weitere Zusammenarbeit zwischen Nordamerika und Europa gehe. Abg. **Brigitte Schulte** appellierte an die Delegierten, den Bürgern in ihren Ländern deutlich zu sagen, daß die atlantische Zusammenarbeit auch im 21. Jahrhundert benötigt werde. Neue Gefahren für Frieden und Freiheit durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder ethnische, ökonomische und ökologische Konflikte könnten besser gemeinsam begegnet werden, wie

man in Bosnien-Herzegowina, Albanien oder in Mazedonien sehen könne.

Außerdem werde sich auch in der Zukunft bewahrheiten: Gemeinsame militärische Sicherheit sei effektiver und koste weniger, als wenn jedes Land des Bündnisses für seine Sicherheit allein sorgen müßte. Bedauerlicherweise seien zwischen Nordamerikanern und Europäern erneut Diskussionen über die Höhe ihrer finanziellen Aufwendungen im Bündnis oder für die Kosten der NATO-Erweiterung ausgebrochen. Kritisch bemerkte Abg. **Brigitte Schulte**, daß der Friedenseinsatz in Bosnien von der Mehrheit des amerikanischen Kongresses ohne Rücksprache mit den europäischen Kolleginnen und Kollegen finanziell begrenzt worden sei.

Wenn zu solchen ganz normalen Streitpunkten um das liebe Geld auch noch verschärfte Handelskonflikte zwischen den USA und der Europäischen Union oder Kanada und einzelnen europäischen NATO-Staaten hinzuträten, entstehe bei manchen Zeitgenossen der Eindruck, als habe sich dieses Bündnis überlebt. Davon könne gar keine Rede sein, doch müßten alle Parlamentarier aktiver für diese Zusammenarbeit auf allen Gebieten arbeiten.

Die Europäer könnten nur dann mit Fug und Recht größeres Gleichgewicht zwischen den NATO-Partnern einfordern, wenn sie auf ihrem Weg zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auch weitere substantielle Fortschritte machten und bereit seien, mehr Pflichten zu übernehmen; nichts anderes wolle die deutsche Delegation mit ihrem Entwurf einer Plenarentscheidung zum Ausdruck bringen.

Viele der dazu vorliegenden Änderungsanträge könne die deutsche Delegation akzeptieren, so daß es sicherlich nur wenige Streitpunkte geben werde.

Zu Beginn der Aussprache betonte Abg. **Estrella** (Spanien), daß die Nordatlantische Versammlung nach Bukarest gekommen sei, weil ihre Mitglieder davon überzeugt seien, dadurch den Weg für ein gemeinsames Europa weiter zu ebnen. Die NATO-Staaten und die ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten seien nicht mehr verfeindet und die Russische Föderation arbeite mit der NATO zusammen, um den Frieden in der Welt zu erhalten. Die Madrider Entscheidung zeige, daß die NATO bereit sei, auf diese Veränderungen zu reagieren. Mit NATO-Generalsekretär **Solana** vertrete er die Ansicht, daß die Erweiterung eine politische Entscheidung sei, die nicht zu sehr unter Kostengesichtspunkten betrachtet werden dürfe. Spanien gebe für den Frieden in Bosnien jährlich soviel aus, wie die USA für die Erweiterung zahlen sollten. Abschließend unterstützte er die Entschlußfassung, betonte jedoch, daß die darin genannten Schwierigkeiten größtenteils von den Europäern selbst zu lösen seien.

Senator **Rompkey** (Kanada) dankte zu Beginn seines Beitrages den Mitgliedern der amerikanischen Delegation für ihre regelmäßige Teilnahme sowie für ihre Unterstützung der Nordatlantischen Versammlung, zumal es nach seiner eigenen Erfahrung nicht immer ganz leicht sei, dafür im eigenen Parlament das nötige Verständnis zu finden. Allerdings könne

es auch keinen Zweifel daran geben, wo die USA und Kanada stünden; sie seien verlässliche Bündnispartner und hätten von Anfang an jede Friedensmission aktiv unterstützt. Die meisten US-Amerikaner und Kanadier hätten europäische Wurzeln und deshalb ein großes Interesse an einem starken Europa. Doch dürfe darüber nicht vergessen werden, daß Nordamerika z.B. auch im pazifischen Raum engagiert sei. Als Beweis für Kanadas Engagement in Europa führte **Rompkey** die in Italien stationierten Soldaten und die Teilnahme kanadischer Soldaten an IFOR/SFOR in Bosnien ins Feld, welche die nötige Wiederaufbauhilfe der mittel- und osteuropäischen Staaten leisten. Allerdings müsse die Hauptlast von den Europäern selbst getragen werden. Abschließend erinnerte **Rompkey** daran, daß er von Anfang an für eine Sitzung der Nordatlantischen Versammlung in Rumänien gewesen sei, und appellierte am Schluß seiner Intervention an alle Delegierten, sich verstärkt für ein Verbot von Anti-Personen-Minen einzusetzen.

Auch wenn sich gegenwärtig ein neues, stärker kooperierendes Europa entwickle, so erklärte Abg. **Köse** (Türkei), und auch wenn ein neues Bündnis mit reformierten Verfahren und Strukturen entstehe, bliebe der Kern der NATO-Mission doch der gleiche: die Sicherheit und Stabilität der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Dabei sei die NATO ein Zusammenschluß derjenigen Staaten, die für die Menschenrechte ihrer Bürger einstünden. Zu dieser westlichen Welt gehöre auch die Türkei, die allerdings nicht nur im Sicherheits-, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich integriert werden müsse. Innerhalb der Nordatlantischen Partnerschaft müsse Europa mehr Verantwortung übernehmen, denn die Zukunft der NATO werde ganz wesentlich von der Fähigkeit Europas abhängen, mit den Herausforderungen fertig zu werden, die der Zusammenbruch des Warschauer Paktes nach sich gezogen habe.

Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich) sprach sich für die Entschließung aus und legte dar, daß nach seiner Auffassung die Vertrauensbasis zwischen den Partnern ausreichend solide sei, um auch turbulente Phasen zu überstehen. Bei den Kosten der Erweiterung seien viele Aspekte zu berücksichtigen. Europa – gegenwärtig trage es 75 % der Kosten und stelle 50 % der Streitkräfte des Bosnien-Einsatzes – werde seinen Anteil übernehmen. Auch wenn es schwer gefallen sei, die Kandidaten für die erste Erweiterungsrunde auszuwählen, so müßten nun Nägel mit Köpfen gemacht werden, da anderenfalls ein erheblicher politischer Schaden entstehe. Nach seiner Auffassung müßten die Mitgliedstaaten der NATO die Beitrittsländer finanziell unterstützen, weil sie kein Interesse daran haben können, daß der NATO-Beitritt den neuen Bündnisländern soziale Probleme verursache.

In seinem Kurzbeitrag vertrat Abg. **Moors** (Belgien) die Auffassung, die neue Konstellation der Weltordnung verpflichte zur Optimierung der alten Strukturen. Belgien befürworte daher nicht nur eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, sondern insgesamt eine gemeinsame europäische Politik. Dazu gehöre, das Verhältnis der Westeuropäischen Union zur Europäischen Union und zur

NATO neu zu definieren. Mit der „partnership for peace“ habe die NATO ihre Fähigkeit bewiesen, sich an veränderte Bedingungen in der Welt anzupassen. Als weiteren Beweis nannte **Moors** die vereinbarte Erweiterung, die leider die Gefahr von Spannungen zwischen den USA und Europa in sich bergen: Deshalb mahnte er für die Zukunft ein gleichgewichtiges Zusammenwirken der Verbündeten beiderseits des Atlantiks an. Die Nordatlantische Versammlung könne dazu beitragen, entstehende Spannungen abzubauen und auch Belgien verpflichte sich, an einem europäisch-atlantischen Dialog konstruktiv mitzuwirken.

Abg. **Pastuslak** (Polen) erinnerte daran, daß die rasante Entwicklung in der Kommunikationstechnologie zu einem Zusammenrücken der Länder – einem „global village“ – geführt habe, gerade aber in Europa seien alte Konflikte wieder aufgebrochen. Nur durch ein ständiges Zusammenwirken könne Sicherheit und Stabilität bewahrt werden, wobei den USA eine besondere Rolle zufalle, denn die Konflikte nähmen in dem Maße zu, in dem die USA sich zurückzögen. Günstige Voraussetzung für eine transatlantische Kooperation sei das gemeinsame europäische Erbe von USA und Europäischer Union. In der letzten Zeit habe die Wirtschaft gegenüber der Politik deutlich an Bedeutung gewonnen, was ihm Sorge bereite. Dabei erschrecke ihn vor allem die im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung geführte Kostendiskussion; nach seiner Auffassung müßten vielmehr die neuen Aufgaben und Strukturen der NATO im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Abg. **Mateman** (Niederlande) führte aus, daß in allen Ausschüssen die notwendigen Schritte und Reformen zur Vorbereitung der NATO auf das 21. Jahrhundert diskutiert worden seien, um den Interessenausgleich innerhalb des Bündnisses herzustellen. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß den USA als führender globaler Macht eine Sonderrolle zukomme, weil nur die Vereinigten Staaten von Amerika über die neuen militärtechnischen Technologien verfügten. Auf die Wirtschaftsaspekte anspielend sagte **Mateman**, daß die nötige Stabilität in den transatlantischen Beziehungen auf Dauer nur bei einer Handelsliberalisierung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union gewährleistet werden könne. Die makroökonomischen Probleme müßten daher bereinigt werden. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei geeignet, um wichtige Entscheidungen für die Zukunft zu treffen, weil die Vereinigten Staaten von Amerika weder eine einseitige Führungsrolle beanspruchten, noch ein Primat in der internationalen Politik beehrten. Er sehe das Hauptproblem der NATO auch nicht in der Erweiterung an sich, sondern darin, deren Erfordernisse und die damit verbundene Strategie zu begründen. Ziel müsse ein die globale Sicherheit garantierendes Bündnis sein, das sich die Verantwortung und Finanzierung dieser Aufgabe teile.

Abg. **Stangeland** (Norwegen) unterstrich, daß die NATO eine führende Rolle beim Zusammenwachsen Europas spiele. Die Haltung der USA sei für den weiteren Fortschritt in dieser Frage wichtig und dabei komme insbesondere den Kosten eine entscheidende

Rolle zu. Er könne die in den USA geführte Debatte um die Kosten der Erweiterung verstehen, denn die Erweiterung vollziehe sich nun einmal in Europa und nicht in Amerika. Auch in Bosnien sei eine weitere internationale und damit auch amerikanische militärische Präsenz für den Friedensprozeß unerlässlich. Nur wenig habe sich dort bisher an den Haltungen der führenden Politiker geändert, obwohl die auf Ausgleich bedachten Kräfte in den Kommunalwahlen erheblich dazugewonnen hätten.

Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) setzte sich dafür ein, daß möglichst schnell alle Staaten das Protokoll zum Verbot von Anti-Personen-Minen unterzeichneten, wobei es nicht um die in Korea in abgesperrten Gebieten liegenden, kartographierten Landminen gehe. Zur beantragten Entschließung merkte er an, er empfinde es als ungünstig, die Schuld einem Land zuzuschreiben. Die Kosten der Erweiterung bereiteten auch ihm Sorge, allerdings seien sie wesentlich geringer als die des Zweiten Weltkrieges. In der Entschließung solle nach seinem Dafürhalten daher stärker zum Ausdruck gebracht werden, daß die Kosten gerecht auf alle verteilt sein müßten.

Abg. **Just** (Dänemark) sprach sich ausdrücklich gegen die beantragte Entschließung aus. Darin würden vor allem Wirtschafts- und Handelsprobleme angesprochen, für deren Klärung andere Gremien zuständig seien. Die Nordatlantische Versammlung laufe Gefahr, nicht mehr Ernst genommen zu werden, wenn sie sich in Handelsfragen einmische.

Abg. **Papp** (Ungarn) erinnerte daran, daß die Tür zur NATO auch nach dem Gipfel von Madrid offenstehe. Dies sei für die Länder, die in der ersten Erweiterungsrunde nicht dabei seien, wichtig und ermutigend. Neben diesen Ländern wolle Ungarn auch und gerade Rumänien weitreichend unterstützen. Er sei sehr froh darüber, daß sich das Verhältnis zwischen Ungarn und Rumänien nach Madrid nicht verschlechtert habe, sondern sich durch zahlreiche bilaterale Kontakte verbessere. Ungarn werde – dies könne er nur noch einmal betonen – in Zukunft alle rumänischen Schritte in Richtung auf die NATO unterstützen.

Abg. **Lantos** (Vereinigte Staaten) begann seinen Beitrag mit der kritischen Bemerkung, daß Sinn und Zweck der Plenarversammlung nicht die Selbstbeleihräucherung sein dürfe, was ihn veranlasse auf drei Versäumnisse hinzuweisen, die dadurch entstanden seien, daß man nur kurzfristig die Kosten gesehen und dadurch langfristig große finanzielle Belastungen auf sich genommen habe. Zunächst habe der Westen zu lange den Zusammenbruch Rußlands abgeduldet, ferner habe die NATO in Jugoslawien nicht rechtzeitig interveniert und letztlich sei die Haltung der Europäer gegenüber dem Iran zu lax gewesen.

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) griff das Thema Anti-Personen-Minen auf und forderte aus humanitären Gründen ein totales Verbot von Anti-Personen-Minen, die auch das transatlantische Verhältnis belasteten, da der von den USA in Korea verwendete Typ mit seinem Selbstzerstörungsmechanismus nicht hinreichend zuverlässig sei. Bedauerlicherweise gehör-

ten die USA als ehemalige Vorreiter in der Bewegung für ein Verbot von Landminen nun zu den Nichtunterzeichnern des Vertrages von Ottawa und hätten sich ein neunjähriges Moratorium ausbedungen.

Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten) machte zu Beginn seiner Ausführungen deutlich, daß sein Land hoffe, bereits vor Ablauf des Moratoriums in Nordkorea auf Landminen verzichten zu können. An die Entschließung anknüpfend bemerkte Bereuter, daß die USA in einigen Punkten kritisiert worden seien und er erwiderte darauf, daß die transatlantischen Kontakte in den 50-iger und 60-iger Jahren zwar sehr viel intensiver gewesen seien, um den Wiederaufbau Europas zu bewerkstelligen, sich in jüngster Vergangenheit jedoch wieder auf ein Normalmaß eingependelt hätten. Als weiteren Aspekt nannte Bereuter den geopolitischen Einfluß der USA und begrüßte die Bemühungen der europäischen Verbündeten, bei der internationalen Sicherheit eine größere Rolle zu übernehmen. Was auch immer über die Medien verbreitet werde, der Kongreß habe kontinuierlich seine Unterstützung des europäischen Pfeilers der EU verdeutlicht. Kritisch bewertete Bereuter die europäische Haltung zum Irak. Obwohl er verstehe, daß die europäischen Verbündeten einseitige, mit ihnen nicht abgesprochene Maßnahmen der USA mit Sorge betrachteten, warb er auch um Verständnis für die Position seines Landes zum Stop der Produktion von Massenvernichtungswaffen. Keinerlei Verständnis zeigte Bereuter für europäische Verbündete, die im Irak investierten oder Firmen gründeten; dieses unverantwortliche Handeln werde von den USA nicht akzeptiert. Letztlich könne infolgedessen im Kongreß die Frage aufgeworfen werden, warum sich die USA für die Verteidigung Europas finanziell und personell engagieren solle, wenn einige Länder zur Unterminierung amerikanischer Sicherheitsinteressen beitrügen.

In seinem Beitrag wies Abg. **Tamm** (Estland) darauf hin, daß sein Land seit nunmehr sechs Jahren assoziiertes Mitglied der Versammlung sei und währenddessen nie an der Richtigkeit seiner Entscheidung, zur Sicherheit in der Welt beizutragen, gezweifelt habe. Die von den Verbündeten geteilten gemeinsamen Werte – Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft – seien auch in seinem Land akzeptiert. Korrekturen und Reformen seien auf der Verwaltungsebene sowie im militärischen Bereich erforderlich, weil Estland nach seiner Unabhängigkeit 1991 bei Null habe anfangen müssen und sein Land werde nach Kräften darauf hinwirken, die Beitrittskriterien zu erfüllen.

Abg. **van Eekelen** (Niederlande) billigte zunächst den Grundtenor des Entschließungsentwurfs, kritisierte jedoch einige Formulierungen als zu unpräzise: so sei der Hinweis auf eine multipolare Welt angesichts der Tatsache, daß es nur die USA als einzige Supermacht gebe, unzutreffend. Ferner sei es zu kurz gegriffen, den USA Unilateralismus vorzuwerfen, da es für zahlreiche Maßnahmen gute Gründe gebe. Deshalb plädierte er für eine differenzierte behutsame Auseinandersetzung mit den beiderseits des Atlantik vorherrschenden Motiven für staatliches Handeln.

Abg. **Ruberti** (Italien) bemerkte zum Verhältnis NATO-Rußland, daß mit der Grundakte eine Basis für die Zusammenarbeit geschaffen worden sei, so daß die NATO-Erweiterung nicht gegen sondern im Einvernehmen mit Rußland von statten gehen könne. Im übrigen habe Italien stets auch Bukarest und Ljubljana in ihren Beitrittswünschen unterstützt und werde das auch weiterhin tun. Abschließend warnte Ruberti davor, bei der Öffnung zum Osten die Probleme im Mittelmeerraum aus den Augen zu verlieren.

Abg. **Petursdottir** (Island) bezeichnete die transatlantische Partnerschaft als Schwerpunkt der Außenpolitik ihres Landes und erinnerte die Delegierten daran, daß Europa mit Nordamerika eine Wertegemein-

schaft bilde, die es zu wahren gelte. Die NATO sei dabei ein Stabilisierungsfaktor, der zu einem Instrument internationaler Friedensstiftung und -erhaltung fortentwickelt werden müsse.

Zuletzt sprach Abg. **Ruzin** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) und dankte der Versammlung für die Veranstaltung der „Ohrid-Konferenz“, anläßlich derer sich die Delegierten von der Dynamik und Flexibilität in der Umgestaltung seines Landes hätten vergewissern können. Er regte an, die „PfP-Länder“ der nachfolgenden Beitrittswellen durch eine verstärkte Partnerschaft in ihren Bemühungen zu unterstützen und sie stärker in die Beratungen des Ständigen Ausschusses einzubinden.

Bonn, den 12. Januar 1998

Brigitte Schulte

Amtierende Leiterin der Delegation

Florian Gerster

Stellvertretender Leiter der Delegation

Entschließung 272

betr. Stabilität auf dem Balkan und die Rolle der euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen

Die Versammlung,

1. *angesichts der Tatsache*, daß die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Entwicklung der Balkanregion direkte Auswirkungen auf die Sicherheit der Bündnisstaaten hat;
2. *sowie im Hinblick darauf*, daß der Balkan die Region in Europa mit der unmittelbarsten Bedrohung für die Stabilität des Kontinents darstellt;
3. *es daher für notwendig erachtend*, verschiedene Maßnahmen zur Behebung der chronischen Instabilität in dieser Region zu ergreifen;
4. *in der Auffassung*, daß die Europäer, wie in der OSZE, Europäischen Union und der Westeuropäischen Union (WEU) vertreten, eine besondere Verantwortung für die Sicherheit ihres Kontinents tragen;
5. *in der Überzeugung*, daß eine ethnische Teilung von Bosnien und Herzegowina den Konflikt neu entzünden und den Befürwortern „ethnischer Säuberung“ auf tragische Weise einen moralischen und politischen Sieg zugestehen würde;
6. *daher erneut darauf hinweisend*, daß sie die bedingungslose Umsetzung des Dayton Abkommens unterstützt und daß es keine Alternative zur vollständigen Umsetzung des Abkommens von Dayton gibt;
7. *daran erinnernd*, daß eine solche Umsetzung unter anderem die tägliche Zusammenarbeit der Parteien innerhalb gemeinsamer Institutionen, die Übergabe von Kriegsverbrechern an das Haager Kriegsverbrechertribunal, die Aufhebung der Beschränkungen der Freizügigkeit, die Wiederansiedlung von Flüchtlingen unter sicheren Bedingungen, auch in den Regionen, in denen sie zu Minderheiten zählen, eine freie Presse, die die Verschiedenheit der Meinungen achtet, und die Respektierung internationaler Schlichtung hinsichtlich territorialer Verwaltung erfordert;
8. den erzielten Fortschritt bei der Wiederansiedlung der Flüchtlinge *begrüßend* und in diesem Zusammenhang die Bemühungen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) *würdigend*;
9. *andererseits besorgt* über den langsamen Fortgang der Minenräumaktionen;
10. *unter Verurteilung* der völlig fehlenden Kooperationsbereitschaft der serbischen Führung in Pale bei der Übergabe von Kriegsverbrechern sowie der böswilligen Kritik der internationalen Präsenz seitens der von ihr kontrollierten Presse;
11. *mit Bedauern* über die mangelnde Kooperation der kroatischen und serbischen Behörden mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal;
12. *mit Genugtuung* über die seit Beginn des Sommers 1997 von der internationalen Gemeinschaft gezeigte neue Entschlossenheit gegenüber denen, die gegen das Abkommen von Dayton verstoßen;
13. *mit Applaus Kenntnis nehmend* vom Beitrag der SFOR-Truppen zur Herbeiführung des Friedens in Bosnien sowie von der Unterstützung, die die zivilen Organisationen leisten, indem sie helfen, ein Klima der Sicherheit zu schaffen, den zivilen Organisationen logistische Hilfe zur Verfügung stellen und ihnen für die Erfüllung ihrer Aufgaben nützliche Informationen zukommen lassen;
14. *beeindruckt* von den Erfolgen der Abteilung für zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) der SFOR in Bezug auf den Wiederaufbau der Infrastruktur und den zivilen Wiederaufbau;
15. *jedoch Kenntnis nehmend* von den Defiziten in der Zusammenarbeit zwischen den SFOR-Truppen und den zivilen Organisationen aufgrund des Fehlens einer koordinierten Planung von zivilen und militärischen Operationen zu Beginn;
16. *sowie erklärend*, daß ein immanenter Zusammenhang zwischen Sicherheit und Fortschritt beim zivilen Aufbau in Bosnien besteht und daß der Zeitplan und die Art der militärischen Aktivitäten in Bosnien daher vom Fortschritt im Bereich des zivilen Wiederaufbaus abhängig sein müssen;
17. *daher bekräftigend*, daß eine militärische Präsenz in Bosnien nach Ablauf des SFOR-Mandats im Juni 1998 von wesentlicher Bedeutung ist;
18. *in der Überzeugung*, daß die Truppen, die die Nachfolge der SFOR antreten, nach wie vor der NATO unterstellt sein und daher trotz eines größeren europäischen Kontingents weiterhin eine ausreichende amerikanische Militärpräsenz vor Ort einschließen müssen;
19. *in der Überzeugung*, daß die Umsetzung der Wahlergebnisse in Bosnien von allen internationalen Organisationen in Zusammenhang mit dem Dayton Abkommen gemeinsame Anstrengungen erfordert;
20. *in der Überzeugung*, daß die von der internationalen Gemeinschaft in Bosnien, Albanien und der Früheren Jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM) durchgeführten Operationen, die eine enge Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Institutionen erfordern, typisch für Krisen sind, denen sich die europäischen Sicherheitsinstitutionen in absehbarer Zeit gegenübersehen werden;
21. *mit Bedauern* angesichts der Unvollkommenheit der Instrumente, die den europäischen Sicherheitsinstitutionen hinsichtlich Aktionen der internationalen Polizeikräfte und der Wiederherstellung der inneren Ordnung im Rahmen von Maßnahmen zur Friedenserhaltung oder Friedensdurchsetzung zur Verfügung stehen;

22. *mit Genugtuung* über den Erfolg der Operation „Alba“, welche die Wiederaufnahme des demokratischen Prozesses in Albanien ermöglicht hat;
23. gleichzeitig *unterstreichend*, daß eine dauerhafte Stabilisierung Albaniens ein langfristiges Engagement seitens der internationalen Gemeinschaft in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Finanzen und Polizei erfordert;
24. *in der Überzeugung*, daß die dauerhafte Präsenz der UN-Präventionstruppe und die moderate Regierungspolitik der Toleranz es ermöglicht haben, FYROM aus dem Balkankrieg herauszuhalten, und erheblich zu ihrer inneren Stabilisierung beigetragen hat;
25. *im Hinblick* darauf, daß die Bundesrepublik Jugoslawien (FRY) und Kroatien trotz einiger Fortschritte in bezug auf Pressefreiheit, Achtung der Grundfreiheiten und Transparenz von Wahlverfahren noch weit davon entfernt sind wirkliche Demokratien zu sein;
26. dennoch *mit Genugtuung* über den Fortschritt, der bei der Wiedereingliederung Ostslawoniens in Kroatien insbesondere durch die Garantien auf Rechte erzielt wurde, die den Serben von der kroatischen Regierung gegeben wurden;
27. jedoch *unter energischer Verurteilung* der serbischen Politik der Unterdrückung in Kosovo und *unter Aufforderung* der beteiligten Parteien, bei der Durchsetzung ihrer Ziele auf jegliche Form der Gewalt zu verzichten;
28. *in der Überzeugung*, daß eine dauerhafte Stabilisierung des Balkans langfristige Maßnahmen zur Förderung der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung erfordert, wobei die Einführung einer Marktwirtschaft eine entscheidende Rolle spielen wird;
29. *unter Unterstützung* des von der Europäischen Union vorgeschlagenen regionalen Ansatzes bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Balkan sowie der Initiativen für regionale und grenzüberschreitende wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit;
30. *FORDERT* die Regierungen und Parlamente der Mitglieder der Nordatlantischen Allianz *DRINGEND AUF*:
 - a) die militärische Präsenz in Bosnien solange aufrechtzuerhalten, bis die Zusammenarbeit zwischen den drei Gemeinschaften eine ausreichende Qualität und Intensität erreicht hat, um Fortschritte im zivilen Wiederaufbau auf einer selbsttragenden Grundlage zu gewährleisten;
 - b) SFOR mit dem notwendigen Mandat und den erforderlichen Mitteln auszustatten, um ihnen die weitere Verfolgung von Kriegsverbrechern zu ermöglichen, bis die Haupttäter gefaßt sind;
 - c) dem Hohen Beauftragten für Bosnien feste politische Unterstützung zu gewähren, damit er in den Verhandlungen mit den bosnischen Parteien eine ausreichende Autorität ausüben kann, und bestmöglichen Gebrauch von den Instrumenten zu machen, die die verschiedenen vor Ort tätigen internationalen Institutionen zur Verfügung stellen;
 - d) die bilaterale und multilaterale Unterstützung für bosnische Parteien sowie die FRY und Kroatien an die Bedingung zu knüpfen, daß ihre Führungen Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Abkommens von Dayton zeigen;
 - e) im Rahmen dieser Politik der an Bedingungen geknüpften Hilfe einen differenzierten Ansatz zu verfolgen, der auch auf Gemeindeebene angewandt werden kann;
 - f) die Maßnahmen des Hohen Flüchtlingskommissars weiterhin zu unterstützen, einschließlich der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für den UNHCR;
 - g) die notwendigen Finanzen bereitzustellen, damit die Minenräummaßnahmen ohne Verzögerungen erfolgreich abgeschlossen werden können;
 - h) die Entwicklung unabhängiger Medien in Bosnien zu unterstützen, insbesondere sich zu bemühen, den Kanal OTM zu einer Quelle für qualitativ hochwertige Informationen zu machen, die alle Bosnier erreicht;
 - i) die Bemühungen der albanischen Regierung zu unterstützen, die Wirtschaft zu beleben sowie Recht und Ordnung wiederherzustellen, und gleichzeitig den kontinuierlichen Demokratisierungsprozeß in diesem Land sicherzustellen;
 - j) den demokratischen Prozeß in FYROM zu unterstützen und dabei der Erhaltung des friedlichen Miteinanders der ethnischen Gemeinschaften besondere Aufmerksamkeit zu widmen;
 - k) militärische Truppen auf dem Gebiet der FYROM zu belassen, bis die Grenzen zwischen der FYROM und der FRY, Albanien und der FYROM sowie Albanien und der FRY stabil sind;
 - l) bei dem Problem, in den verschiedenen Teilen Bosniens die gewählten Vertreter zu etablieren, ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren;
 - m) ihre Bemühungen zu intensivieren, von der Regierung der FRY eine Lösung des Kosovo-Problems unter Anerkennung der persönlichen und kollektiven Menschenrechte der Albaner und gleichzeitiger Erhaltung der territorialen Unversehrtheit der FRY zu erwirken;
 - n) die gegen die FRY verhängten Sanktionen solange aufrechtzuerhalten, wie das Kosovo-Problem nicht gelöst ist und die FRY sich weiterhin unkooperativ bei der Umsetzung des Abkommens von Dayton zeigt;

- o) den laufenden Demokratisierungsprozeß in Kroatien sowie den Prozeß der friedlichen Wiedereingliederung Ostslawoniens in Kroatien zu unterstützen und notwendigenfalls wirtschaftliche Unterstützung zurückzuhalten;
 - p) die NATO zum Zentrum eines dynamischen Krisenmanagement-Mechanismus in Europa zu machen;
 - q) bei der Reformierung der militärischen Strukturen der NATO die neuen Aufgaben des Bündnisses auf dem Gebiet des Krisenmanagements zu berücksichtigen sowie die notwendigen Schlüsse für die Planung der Truppengattungen, Ausrüstung und Übungen zu ziehen;
 - r) diesbezüglich besonders die Mittel zu berücksichtigen, die erforderlich sind, damit das Bündnis den zivilen Organisationen die notwendige Unterstützung leisten und Operationen zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung in den Ländern durchführen kann;
 - s) eine gemeinsame Planung von Operationen zur Friedenserhaltung und -durchsetzung der NATO und den wichtigsten beteiligten zivilen Organisationen (OSZE, UNHCR, Weltbank, Kommission der EU, Rotes Kreuz etc.) einzuführen;
 - t) die bestehenden Kooperationsprogramme mit den Balkanländern zu intensivieren, um die Demokratisierung ihrer militärischen Einrichtungen zu fördern, und entsprechende Programme dort einzuführen, wo es noch keine gibt;
 - u) die Initiative der Nordatlantischen Versammlung zur Einrichtung eines „Balkandialogs“ zu unterstützen, der Vertreter aller Balkanländer umfassen und den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen ihnen fördern soll, sowie die zivile Kontrolle über die militärischen Einrichtungen in jedem dieser Länder;
 - v) Missionen zur Friedenserhaltung und -durchsetzung zum Kernpunkt der Zusammenarbeit mit den Partnern des Bündnisses in Mittel- und Osteuropa, einschließlich Rußlands und der Ukraine, und des Eingliederungsprozesses zukünftiger Mitglieder zu machen;
31. **FORDERT INSBESONDERE** die Regierungen und Parlamente der europäischen Länder **AUF**:
- a) ihre spezifischen Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Unterhaltung von Streitkräften in angemessenem Umfang und entsprechender Zusammensetzung in Bosnien nach Abzug der SFOR zu überprüfen;
 - b) ihre Bemühungen, insbesondere im Rahmen der WEU, zu verstärken, die albanische Regierung mit umfangreicher technischer und finanzieller Hilfe für die Neubildung einer effektiven nationalen Polizei auszustatten;
 - c) die Initiative dafür zu ergreifen, das Bündnis mit Instrumenten zur Unterstützung von europäischen Ländern auszustatten, in denen sich Recht und Ordnung in einer Krise befinden, durch die Entwicklung der polizeilichen Funktionen bestimmter militärischer Einheiten in den WEU-Mitgliedsländern, durch die Einbeziehung von Zusammenarbeit zwischen polizeilichen und militärischen Einheiten in die Planungen und Übungen der WEU sowie durch die Entwicklung der Kapazitäten der WEU, auf Wunsch eines Landes Polizeikräften technische Unterstützung zu gewähren.
32. **FORDERT EBENSO** die Regierungen und Parlamente der nordamerikanischen Bündnisstaaten **AUF**:
- a) im Kontext des Erweiterungsprozesses über die Konsequenzen nachzudenken, die der Rückzug ihrer Streitkräfte aus Bosnien zum vorgesehenen Termin im Juni 1998 für die Glaubwürdigkeit des Bündnisses hat;
 - b) ohne Verzögerung den Umfang und die Struktur des künftigen amerikanischen Beitrags in Bosnien im Rahmen der auf SFOR folgenden Aktionen zu prüfen, an denen die Europäer verstärkt beteiligt würden.
- Entschliebung 273**
betr. SFOR-Mandat und seine Fortsetzung
- Die Versammlung,
1. *in dem Bewußtsein*, daß es der IFOR/SFOR-Operation zwar gelungen ist, einige Aspekte des Dayton-Abkommens umzusetzen, die Befriedung und der Wiederaufbau Bosniens und Herzegowinas jedoch noch lange nicht abgeschlossen sind;
 2. *in der Überzeugung*, daß die Präsenz ausländischer Truppen und ihr erklärter Wille, jeglicher Gewalt nötigenfalls mit Waffengewalt entgegenzutreten, die Parteien davon abhält, erneut zu den Waffen zu greifen;
 3. *in Anerkennung* des Wertes der Zusammenarbeit zwischen Soldaten der NATO und denen aus Nicht-NATO-Ländern, ferner mit Genugtuung über die tägliche aktive Umsetzung der ständig und generell in NAV- und NATO-Debatten geforderten CJTF-Prinzipien *in Bosnien-Herzegowina* und *in großer Anerkennung* der Teilnahme US-amerikanischer Bodentruppen;
 4. *in Sorge darüber*, daß mit dem Ende des SFOR-Mandats und dem Abzug der daran beteiligten Truppen die Parteien unfähig sein könnten, die volle Umsetzung des Dayton-Abkommens zu bewerkstelligen, und die Kämpfe wieder ausbrechen;
 5. *fordert* die Regierungen und Parlamente der NATO-Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*:
 - a. die fortgesetzte Präsenz einer ausreichend starken, NATO-geführten „peace keeping“-Truppe

mit angemessener Struktur zur vollen Umsetzung des Dayton-Abkommens einschließlich der Festnahme beschuldigter Kriegsverbrecher sowie zur Versöhnung und Einheit des Landes uneingeschränkt zu unterstützen;

- b. sicherzustellen, daß die internationale Gemeinschaft ihr Engagement zur Förderung der Stabilität in vollem Umfang aufrechterhält;
 - c. Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß die militärische Last einer Folgemission unter den europäischen und nordamerikanischen Partnern angemessen verteilt wird.
 - d. die Auflage eines angemessenen Mandats für eine SFOR-Folgeeinheit zu fördern, um weitestgehend sicherzustellen, daß insbesondere in Bosnien und Herzegowina – im ehemaligen Jugoslawien generell – Frieden und Stabilität gedeihen können.
6. fordert die Europäer *dringend auf* zu erkennen, daß sie für die Sicherheit ihres Kontinents eine besondere Verantwortung übernehmen müssen.

EntschlieÙung 274 betr. die NATO nach Madrid

Die Versammlung,

1. in *Anbetracht* der Beschlüsse des Gipfeltreffens des Bündnisses von Madrid;
2. den Beschluß des Madrider Gipfels *begrüßend*, die Tschechische Republik, Ungarn und Polen zu einem Bündnisbeitritt einzuladen;
3. mit *Genugtuung* feststellend, daß mit diesen drei Ländern Verhandlungen über Einzelheiten des Beitritts bereits aufgenommen worden sind;
4. in *Erwartung*, daß die Verhandlungen planmäßig Ende Oktober abgeschlossen sein werden, so daß die Beitrittsprotokolle im Dezember unterzeichnet und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten zur Ratifizierung zugeleitet werden können;
5. sich ihrer besonderen Rolle beim Ratifikationsprozeß *bewußt*, einschließlich der Aufgabe, den nationalen Parlamenten über die tatsächlichen Kosten der NATO-Erweiterung Aufschluß zu geben;
6. mit *Bedauern darüber*, daß die Baltischen Staaten, Rumänien und Slowenien, die in der Madrider Erklärung positiv erwähnt sind, nicht in Madrid eingeladen wurden, dem Bündnis beizutreten;
7. in der *Erkenntnis*, daß Estland, Litauen, Lettland, Rumänien und Slowenien weiterhin die NATO-Mitgliedschaft anstreben und mit Blick auf 1999 ihre Vorbereitungen verstärken;
8. *bekräftigend*, daß der Prozeß der NATO-Erweiterung erst mit dem Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Rumäniens, Sloweniens und anderer abgeschlossen sein wird;
9. in der *Überzeugung*, daß das Bündnis für jeden europäischen Staat – unabhängig von seiner geographischen Lage – offen bleiben muß;
10. in *Anbetracht* der Fortsetzung des PFP-Programms;
11. in der *Erkenntnis*, daß der Ständige Gemeinsame NATO-Rußland-Rat, die besondere Partnerschaft zwischen NATO und Ukraine und der Euro-Atlantische-Partnerschaftsrat (EAPR) eine wichtige Rolle spielen können beim Aufbau eines dauerhaften und umfassenden Friedens in der euro-atlantischen Region auf der Grundlage und in Weiterverfolgung der Werte und Verpflichtungen der OSZE;
12. mit *Genugtuung* über den Beschluß Spaniens, im vollen Umfang an der neuen Kommandostruktur der NATO mitzuwirken und in der *Hoffnung*, daß Frankreich sich zukünftig im vollen Umfang an der neuen NATO-Struktur beteiligen können wird;
13. *erfreut* über die Schaffung der Kooperationsgruppe Mittelmeer;
14. in *Erwartung* weiterer Fortschritte bei der Anpassung des KSE-Vertrages, unter Beachtung der berechtigten Sicherheitsbelange aller Vertragsstaaten;
15. *überzeugt*, daß die Beachtung des Friedensübereinkommens von Dayton von größter Bedeutung für die Wiederherstellungsmaßnahmen nach dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien bleibt;
16. in der *Erkenntnis*, daß NATO und WEU eine wichtige Rolle spielen können bei der Unterstützung des Wiederaufbaus von Albanien und in Anerkennung der führenden Rolle Italiens bei der Bereitstellung der Multinationalen Schutztruppe für dieses Land;
17. in *Anbetracht* der Vereinbarung zwischen den USA und Rußland, Maßnahmen in bezug auf die nuklearen Kurzstreckenwaffen im Rahmen von Start III zu prüfen;
18. mit *Genugtuung darüber*, daß in den Vertrag von Amsterdam neue Elemente einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Petersberg-Aufgaben, darunter humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen aufgenommen wurden;
19. in *Anbetracht* der fehlenden Fortschritte bei der Ausarbeitung der wesentlichen Elemente der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität;
20. in *Anbetracht*, daß die Madrider Erklärung unter Hinweis auf die beitriftswilligen Länder, die 1999 zum Beitritt eingeladen werden sollen, die positiven Schritte zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in zahlreichen südosteuropäischen Ländern, insbesondere Rumänien und Slowenien würdigt, und zugleich in *Anerkennung* der erzielten Fortschritte in Richtung auf größere Stabilität und Kooperation bei den ebenfalls beitriftswilligen Baltischen Staaten;

21. *fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses nachdrücklich auf:*
- a. eine abgestimmte Kostenstudie über die Erweiterung zu erarbeiten, um einen substantiierten Ratifikationsprozeß zu gewährleisten und die Bereitschaft, die Ressourcen für die Erweiterung und eine unterstützende Verstärkungsfähigkeit auf gleichberechtigter Basis bereitzustellen, eindeutig zu bekräftigen;
 - b. schnellstmöglich mit der Ratifizierung der Beitrittsdokumente zu beginnen, um nochmals die Entschlossenheit des Bündnisses, sich neuen Mitgliedern zu öffnen, zu unterstreichen;
 - c. der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen bis zu ihrer Aufnahme Beobachterstatus bei den einschlägigen NATO-Ausschüssen einzuräumen und ihnen zusätzliche Daten in bezug auf die Interoperabilität zur Verfügung zu stellen, um zu gewährleisten, daß diese Staaten bestmöglich vorbereitet sind, um ihren Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen aus einer Mitgliedschaft in einem erweiterten Bündnis nachzukommen;
 - d. einen verstärkten und vertieften Dialog mit jenen Staaten, die danach streben, dem Bündnis beizutreten, nachdrücklich weiterzuverfolgen, um neue Einladungen zu einer frühestmöglichen Zeit – das Ziel ist 1999 – zu erleichtern und die Eröffnung von NATO Informations- und Dokumentationszentren in jenen Staaten, die dies beantragen, in Erwägung zu ziehen;
 - e. die Schaffung zusätzlicher multinationaler Einheiten der Mitgliedstaaten der NATO und der Partnerstaaten zu ermutigen, einschließlich der Prüfung einer möglichen gemeinsamen Einheit mit Rußland;
 - f. Bemühungen zur praktischen Umsetzung der Bestimmungen der NATO-Ukraine-Charta zu intensivieren, indem die Zusammenarbeit zwischen Rada und der NAV gefördert wird;
 - g. Fortschritte zu beschleunigen im Hinblick auf wirksame Mittel, welche die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems der Weiterverbreitung der Massenvernichtungswaffen und deren Trägersysteme ergänzen können, u.a. unter Beteiligung der in Rede stehenden Partner;
 - h. die Arbeit in bezug auf das Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos abzuschließen und eine Lösung auf gleichberechtigter Grundlage für die neue Kommandostruktur der NATO herbeizuführen, um die Beteiligung Spaniens und Frankreichs an der neuen integrierten Struktur zu erleichtern;
 - i. alle notwendigen Mittel und Wege weiterzuverfolgen, um die beschuldigten Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, falls die zuständigen Stellen von Bosnien und Herzegowina dies nicht tun sollten;
 - j. die Notwendigkeit einer verlängerten militärischen Präsenz in Form einer SFOR-Folgemission in Bosnien-Herzegowina nach dem Juli 1998 zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Region in Betracht zu ziehen;
 - k. effizientere Maßnahmen zu fördern, um die umfassende Beachtung der OSZE-Verpflichtungen zu ermutigen, einschließlich einer Änderung der Konsensregelung und der Möglichkeit, andere Sanktionen als politische Maßnahmen zu verhängen;
 - l. die Vertretung des EAPR in der OSZE sowie eine OSZE-Vertretung im EAPR sicherzustellen, um die Transparenz und Harmonisierung der Anstrengungen zu gewährleisten.

Entschließung 275

betr. die Beseitigung von gegen Personen gerichteten Landminen

Die Versammlung,

1. *unter Hinweis* auf die von der Versammlung im Jahre 1994 und 1995 verabschiedeten Entschließungen 249 und 259 über Maßnahmen zur Ausrottung von Landminen;
2. *feststellend*, daß mehr als 110 Millionen gegen Personen gerichtete Landminen in 65 Ländern in der ganzen Welt verlegt sind;
3. *entsetzt darüber*, daß Tausende jedes Jahr durch diese Landminen getötet und verletzt werden;
4. *sich dessen bewußt*, daß bestehende Anstrengungen und Verfahren zur Räumung der Minen nicht ausreichend sind, um das Problem zu bewältigen;
5. *davon überzeugt*, daß es notwendig ist, ein weltweites und umfassendes Verbot in bezug auf die Herstellung, die Lagerung, den Transfer und den Einsatz von gegen Personen gerichteten Landminen zu erreichen;
6. *mit Befriedigung* über die im Oktober 1996 in Ottawa eingeleiteten internationalen Bemühungen, ein solches Verbot bis zum Ende des Jahres 1997 herbeizuführen;
7. *fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses nachdrücklich auf*,
 - a) ein umfassendes Verbot in bezug auf die Herstellung, Lagerung, den Transfer und den Einsatz von gegen Personen gerichteten Landminen abzuschließen, zu unterzeichnen, zu ratifizieren und umzusetzen;
 - b) zusätzliche Ressourcen für die Erarbeitung von Verfahren zur Verfügung zu stellen, die das Ziel verfolgen, die Effizienz der Räumungsanstrengungen zu verbessern und sicherstellen, daß diese Technologien unverzüglich den Nationen zur Verfügung gestellt werden, die unter den Auswirkungen eines großflächigen Einsatzes dieser Landminen zu leiden haben.

Entschließung 276
betr. Informationskriegsführung

Die Versammlung,

1. *in Anbetracht* der wachsenden Abhängigkeit der Nationen von Informationstechnologie und des rapiden Anstiegs der weltweiten Vernetzung;
2. *in dem Bewußtsein*, daß militärische und zivile Systeme der Informationstechnologie eine entscheidende Rolle bei der Durchführung militärischer Operationen spielen; und
3. *besorgt* über die Anfälligkeit ziviler und militärischer Systeme der Informationstechnologie für ein feindliches Eindringen, durch das militärische Operationen und wesentliche zivile Aktivitäten ernsthaft gestört werden könnten; und
4. *besorgt* darüber, daß die Betreiber von Systemen ziviler Informationstechnologie sich den potentiellen Bedrohungen durch eine Informationskriegsführung nicht ausreichend bewußt sind;
5. *mit Genugtuung* über die nationalen Initiativen, die mit dem Ziel ergriffen wurden, potentielle Bedrohungen durch eine Informationskriegsführung einzuschätzen und ihnen entgegenzuwirken;
6. *feststellend*, daß Systeme der Informationstechnologie, die von potentiellen Gegnern betrieben werden, deutliche Möglichkeiten für eine offensive Informationskriegsführung bieten und daß diese Operationen neue Mittel und Wege eines Umgangs mit dem Gegner bereitstellen und die Effektivität der nach traditionellen Methoden geführten Operationen steigern könnten; aber
7. *in dem Bewußtsein*, daß über Probleme wie Einsatzvorschriften und Verantwortung für die Durchführung einer offensiven Informationskriegsführung noch entschieden werden muß;
8. *in der Überzeugung*, daß Bedrohungsanalysen Gegenmaßnahmen und Konzepte für offensive Operationen der Informationskriegsführung vom Bündnis und den Partnernationen gemeinsam entwickelt werden sollten;
9. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses *nachdrücklich auf*:
 - a. potentielle Anfälligkeiten für eine Informationskriegsführung und entsprechende Drohungen gemeinsam einzuschätzen und geeignete Verteidigungsmechanismen und Reaktionen zu entwickeln;
 - b. gemeinsam die Rolle zu bewerten, die offensive Operationen der Informationskriegsführung bei der Durchführung militärischer Operationen spielen könnten und Konzepte und Maßnahmen für die Integration der offensiven und defensiven Informationskriegsführung in militärische Operationen zu entwickeln.

Plenarentschließung 277
Den globalen Herausforderungen
gemeinsam begegnen –
Die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft

Die Versammlung,

1. *feststellend*, daß der Wandel der Weltpolitik, die Herausbildung einer multipolaren Welt und die Notwendigkeit, neue Gefahren für Frieden und Freiheit durch nationalistische, ethnische, religiöse, sozio-ökonomische und ökologische Krisen und Konflikte zu bewältigen, der kooperativen Partnerschaft der euro-atlantischen Allianz eine neue Dimension verliehen haben;
 2. *unterstreichend*, daß das Fundament dieser Partnerschaft weiterhin die Wertegemeinschaft hinsichtlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und Marktwirtschaft bleibt, die eine fundamentale Identität der Interessen begründet und auf der auch weiterhin die transatlantische Partnerschaft fußen wird, ungeachtet des Wandels, der alle Bereiche der transatlantischen Zusammenarbeit berührt;
 3. *besorgt*, daß diese Gemeinsamkeit der transatlantischen Interessen hinter verschiedenen Ansichten und Meinungen in einzelnen Bereichen zurücktreten, daß vorhandene Handelskonflikte und der unzureichende transatlantische Dialog die Gefahr einer Entfremdung zwischen den Bündnispartnern beinhalten und zu einem Bruch in den Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika führen könnte;
 4. *unterstreichend*, daß die USA als Partner für die Garantie der Sicherheit Europas unersetzlich bleiben, und daß die USA und Kanada ihrerseits ein fortgesetztes geopolitisches Interesse an einem stabilen Europa jenseits des Atlantiks haben;
 5. *im Bewußtsein*, daß es Nordamerika und Europa nur in enger Partnerschaft gelingen wird, den globalen Herausforderungen zu begegnen und zu weltweitem Frieden und Stabilität beizutragen, und daß die Bereitschaft zu einer gleichberechtigten Partnerschaft Voraussetzung für eine effiziente multilaterale Kooperation ist;
- fordert* alle Partner des transatlantischen Bündnisses *dringend auf*:
- a. den Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns zur NATO mit überwältigender Mehrheit zu ratifizieren und die in Madrid getroffene Entscheidung, die NATO für weitere qualifizierte Mitglieder – einschließlich Rumäniens, Sloweniens, der Baltischen Staaten und weiterer südosteuropäischer Länder – offen zu halten, erneut zu bekräftigen;
 - b. durch die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung die Grundlagen für eine erfolgreiche globale strategische Partnerschaft zu legen, was für Europa eine größere Fähigkeit zu gemeinsamen Aktionen und einstimmigen Entscheidungen bedeutet, und für die USA

- und Kanada sich zunächst um eine multilaterale Vereinbarung anstelle von unilateralen Maßnahmen zum Erreichen ihrer Ziele zu bemühen;
- c. zu erkennen, daß die Europäer für die Sicherheit ihres Kontinents eine besondere Verantwortung übernehmen müssen;
- d. ein größeres Gleichgewicht zwischen den NATO-Partnern in der europäischen Sicherheitspolitik anzustreben und zu einer gerechteren und angemesseneren Verteilung der Aufgaben und Lasten zu gelangen;
- e. auf die Errichtung eines Rahmens von umfassenden politischen und wirtschaftlichen Konsultationen hinzuwirken, der den Informationsfluß auf allen Ebenen erleichtert und die politische Entscheidungsfindung für beide Seiten transparent macht, gleichzeitig bestehende Gremien für den transatlantischen Dialog wiederzubeleben und den Gedankenaustausch zwischen den nationalen Parlamenten und der NAV über transatlantische Fragen zu verstärken;
- f. auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen und eines intensiven Dialoges gemeinsame Konzepte zu entwickeln und eine gemeinsame Politik aktiv zu verfolgen, insbesondere in Krisenregionen, in denen das gemeinsame Gewicht der transatlantischen Partner zu einer Lösungsfindung beitragen kann;
- g. weiterhin auf die Umsetzung der transatlantischen Agenda von Madrid hinzuwirken, die Bereiche einer intensivierten Zusammenarbeit klar definiert hat;
- h. sicherzustellen, daß die wirtschaftliche Konkurrenz und Subventionierung auf dem Weltmarkt die transatlantischen Beziehungen nicht zerrütten, und daß Streitigkeiten entsprechend den internationalen Regeln und Schiedsverfahren unterworfen werden;
- i. die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Partnern weiter zu verbessern, den transatlantischen Handel zu intensivieren und den transatlantischen Dialog zwischen Geschäftsleuten und Vertretern multinationaler Unternehmen weiter zu fördern.

Das Präsidium und die Vorsitzenden der Ausschüsse und Unterausschüsse**Präsidium****Präsident**

Sen. William V. Roth, Jr. (Vereinigte Staaten)

Vizepräsidenten

Rafael Estrella (Spanien)
 Pedro Holstein-Campilho (Portugal)
 Arthur Paecht (Frankreich)
 Gerald Solomon (Vereinigte Staaten)

Schatzmeister

Sir Geoffrey Johnson Smith (Vereinigtes Königreich)

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten**Vorsitzender**

Gian Giacomo MIGONE (Italien)

Stellvertretende Vorsitzende

Elias Papaelias (Griechenland)
 Hon. Scott McInnis (Vereinigte Staaten)

Generalberichterstatter

Arthur Paecht (Frankreich)

Sonderberichterstatter „Organisierte Kriminalität“

György Csoti (Ungarn)

Sonderberichterstatter „Lage auf dem Balkan“

Costel Georghiu (Rumänien)

Unterausschuß „Zivile Sicherheit und Kooperation“**Vorsitzende**

Alice Mahon (Vereinigtes Königreich)

Stellvertretende Vorsitzende

Paulette Brisepierre (Frankreich)

Berichterstatter

Wim van Eekelen (Niederlande)

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit**Vorsitzender**

Rafael Estrella (Spanien)

Stellvertretende Vorsitzende

Hon. Herbert H. Bateman (Vereinigte Staaten)
 Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Generalberichterstatter

Jan Hoekema (Niederlande)

Unterausschuß

*„Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit
 zwischen Europa und Nordamerika“*

Vorsitzender

Walter Kolbow (Deutschland)

Stellvertretende Vorsitzende

Jean-Michel Boucheron (Frankreich)
 Menzies Campbell (Vereinigtes Königreich)

Ko-Berichterstatter

Sari van Heemskerck Pillis-Duvekot
 (Niederlande)
 Hon. Joel Hefley (Vereinigte Staaten)

Unterausschuß „Die Zukunft der Streitkräfte“**Vorsitzender**

Pedro Holstein-Campilho
 (Portugal)

Stellvertretender Vorsitzender

Colin Kenny (Kanada)

Berichterstatter

Senator Lorenzo Forcieri (Italien)

Assoziierte Berichterstatter

Ion Ratiu (Rumänien)
 Tamas Wachsler (Ungarn)

Unterausschuß „Sicherheit im Norden“**Vorsitzende**

Ingrid Rasmussen (Dänemark)

Stellvertretender Vorsitzender

Longin Pastusiak (Polen)

Ko-Berichterstatter

Jan Hoekema (Niederlande)
 Bill Rompkey (Kanada)

Wirtschaftsausschuß**Vorsitzender**

Thomas J. Bliley (Vereinigte Staaten)

Stellvertretender Vorsitzender

Jos van Gennip (Niederlande)

Generalberichterstatter

Kees Zijlstra (Niederlande)

Unterausschuß „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“**Vorsitzender**

Harry Cohen (Vereinigtes Königreich)

Stellvertretender Vorsitzender

Paul Helminger (Luxemburg)

Berichterstatter

Mariano Alierta (Spanien)

Politischer Ausschuß**Vorsitzender**

Jan Petersen (Norwegen)

Stellvertretende VorsitzendeHon. Torn Lantos (Vereinigte Staaten)
Eleftherios Verivakis (Griechenland)
Peter Viggers (Vereinigtes Königreich)**Generalberichterstatter**

Maarten van Traa (Niederlande)

Unterausschuß**„NATO-Erweiterung und die neuen Demokratien“****Vorsitzender**

Loïc Bouvard (Frankreich)

Stellvertretende VorsitzendeHans-Dirk Bierling (Deutschland)
Bob Wood (Kanada)**Ko-Berichterstatter**Porter J. Goss (Vereinigte Staaten)
Annette Just (Dänemark)**Assoziierter Berichterstatter**

Mircea Pascu (Rumänien)

Unterausschuß**„Transatlantische und Europäische Beziehungen“****Vorsitzender**

Peter Duetoft (Dänemark)

Stellvertretende Vorsitzende

Solveig Petursdottir (Island)

Berichterstatter

Bruce George (Vereinigtes Königreich)

Assoziierter Berichterstatter

Longine Pastusiak (Polen)

Ausschuß für Wissenschaft und Technologie**Vorsitzender**

Sherwood L. Boehlert (Vereinigte Staaten)

Stellvertretende VorsitzendeLord Gladwin of Clee (Vereinigtes Königreich)
Pierre Claude Nolin (Kanada)**Generalberichterstatter**

Lothar Ibrügger (Deutschland)

Sonderberichterstatterin „Anti-Personen-Minen“

Carolyn Parrish (Kanada)

Unterausschuß**„Weiterverbreitung von Militärtechnologie“****Vorsitzender**

Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich)

Stellvertretende VorsitzendeJan Willem van Waning (Niederlande)
Dimitrios Sarris (Griechenland)**Generalberichterstatter**

Hans Roesjorde (Norwegen)

Sondergruppe „Mittelmeerraum“

Diese Gruppe wurde anlässlich der Frühjahrstagung in Athen im Mai 1996 gegründet. Die folgende Zusammensetzung ergab sich anlässlich der Jahrestagung in Paris im November.

Vorsitzender (jährliche Rotation bei den Ausschüssen für Zivile Angelegenheiten, Verteidigung und Sicherheit und beim Politischen Ausschuß)

Wim Antoon Mateman (Niederlande)

Berichterstatter (für zwei Jahre gewählt)

Pedro Moya (Spanien)

Mitglieder (für zwei Jahre gewählt)
Kanada (vakant)

Joseph-Theodor Blank (Deutschland)
Loïc Bouvard (Frankreich)

Paulette BrisePierre (Frankreich)
 Maria Carrilho (Portugal)
 Rafael Estrella (Spanien)
 Porter J. Goss (Vereinigte Staaten)
 Yvon Harmegnies (Belgien)
 Türkei (vakant)
 Tahir Köse (Türkei)
 Rocco Vito Loreto (Italien)
 Nancy Pelosi (Vereinigte Staaten)
 Pouli Yvst Jrgensen (Dänemark)
 Brigitte Schulte (Deutschland)
 Anders C. Sjaastad (Norwegen)
 Spillos Spiliotopoulos (Griechenland)
 Mirko Tremaglia (Italien)
 Elefterios Verivakis (Griechenland)

Präsidentengruppe Stabilität auf dem Balkan

Vorsitzender

Senator William V. Roth (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter

Sari van Heemskerck Pillis-Duvekot (Niederlande)

Belgien

Yvon Harmegnies

Kanada

William Rompkey

Dänemark

Jorgen Estrup
Ingrid Rasmussen

Frankreich

Jean-Michel Boucheron
Loïc Bouvard

Deutschland

Karsten Voigt
Klaus Francke
Walter Kolbow

Griechenland

Elefterios Verivakis
Spillos Spiliotopoulos

Island

Jon Baldvin Hannivalsson

Italien

Bruno Erroi
Giulio Mario Terracini

Luxemburg

Mars di Bartolomeo

Niederlande

Wim Antoon Mateman
Maarten van Traa

Norwegen

Jan Petersen
vakant

Portugal

Joao Amaral
José Pacheco Pereira

Spanien

Rafael Estrella
Javier Ruperez

Türkei

Ahmet Denizolgun

Vereinigtes Königreich

Donald Anderson
Geoffrey Johnson Smith

Vereinigte Staaten

Douglas Bereuter

Albanien

vakant

Bulgarien

Ivan Gaytandjiev

Ungarn

Jenő Racskey

Polen

Longin Pastusiak

Rumänien

Radu Alexandru Timofte

Russische Föderation

vakant